

- Konjunktur verläuft schleppend, Inflation steigt
- Private Krankenzusatzversicherung expandierte 2024 kräftig
- Einfluss der Agrargüter- auf die Lebensmittelpreise schwindet
- Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2025

# WIFO ■ MONATSBERICHTE

## Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

## Editorial Board

**Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma**, Wirtschaftsuniversität Wien

**Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert**, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

**Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD**, Universität Wien

**Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber**, Central European University

## Impressum

**Herausgeber:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

**Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:**  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung  
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,  
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

**Satz:** Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

**Druck:** Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

**Chefredakteur:** apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

**Lektorat:** Mag. Christoph Lorenz, BA •  
**Redaktion:** Tamara Fellinger, Tatjana Weber

**Kontakt:** [redaktion@wifo.ac.at](mailto:redaktion@wifo.ac.at)

## Preise 2025

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 305 € • Einzelheft (Printversion): 30,50 €

## Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

**Medieninhaber (Verleger):** Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2025 • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>



## 98. Jahrgang, Heft 9/2025

### 459-467 ■ **Konjunktur verläuft schleppend, Inflation steigt**

Marcus Scheiblecker

Die Industriekonjunktur im Euro-Raum zeigt seit Jahresbeginn Besserungstendenzen. Auch Österreichs Industrieunternehmen beurteilen ihren Geschäftsgang und den Ausblick wieder etwas zuversichtlicher. Der Stimmungsaufhellung entspricht jedoch bislang keine spürbare Konjunkturbelebung. Die Inflationsrate stieg zuletzt weiter an und erreichte im August nach vorläufigen Berechnungen 4,1%.

**Business Cycle Sluggish, Inflation Rising**

### 468 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

### 469-480 ■ **Private Krankenzusatzversicherung expandierte 2024 kräftig**

Thomas Url

Die österreichische Privatversicherungswirtschaft steigerte 2024 das Prämienvolumen um 5,9%. Die private Krankenversicherung wuchs noch dynamischer als im Vorjahr (+10,7%). Das Prämienwachstum in der Schaden- und Unfallversicherung (+6,6%) entstand überwiegend durch Tarifierhöhungen, die Versicherer vergrößerten aber auch die Zahl versicherter Risiken. Die Lebensversicherung (+1,3%) konnte besonders das Neugeschäft mit Einmalermittlungen sowie fonds- und indexgebundenen Produkten ausbauen. Umfangreiche Hochwasserschäden und höhere Preise für Reparaturen bzw. höhere Wiederbeschaffungswerte steigerten sowohl die Schadenfälle als auch die Aufwendungen pro Fall. Insgesamt legten die Leistungen um 5,8% zu. Das Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft blieb 2024 annähernd konstant und ermöglichte der Branche trotz hoher Leistungen eine stabile Profitabilität. Mit Ausnahme der Lebensversicherung entsprach die Entwicklung auf dem österreichischen Versicherungsmarkt jener auf internationaler Ebene.

**Private Health Insurance Showed Strong Gains in 2024**

### 481-491 ■ **Einfluss der Agrargüter- auf die Lebensmittelpreise schwindet**

Franz Sinabell

Schlüsselkennzahlen zu Österreichs Land- und Forstwirtschaft zeigen für das Jahr 2024 kaum Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, wenngleich es auf der Ebene einzelner Gütermärkte, etwa bei Zuckerrüben, starke Bewegungen gab. Im Außenhandel mit Agrargütern und Lebensmitteln wurden die Importe erneut beträchtlich ausgeweitet. Ein wichtiger Grund dafür war die Verteuerung von Kaffee, Kakao und Südfrüchten, die zunehmend für die derzeit hohe Inflation bei Nahrungsmitteln und Getränken verantwortlich ist. Nach der Phase außerordentlich hoher Preise von im Inland erzeugten Agrargütern im Gefolge der Turbulenzen auf den internationalen Märkten im Jahr 2022 ist das Preisniveau von Getreide und anderen pflanzlichen Produkten deutlich gesunken. In den Lebensmittelpreisen schlägt sich die Verbilligung von Agrargütern nur verzögert und in abgeschwächter Weise nieder. Daten zu den Einkaufspreisen des Lebensmittelhandels bieten genauere Einblicke in die Dynamik der Preisgestaltung. Der Einfluss der Preise landwirtschaftlicher Rohstoffe nimmt dabei ab, da andere Kostenpositionen an Gewicht gewinnen.

**Influence of Agricultural Commodities on Food Prices Wanes**

- 493-510 ■ **Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2025.**  
Sonderthema: Die Rolle von Batteriegroßspeichern in der Energiewende  
Bernhard Kasberger, Daniela Kletzan-Slamanig, Ina Meyer, Asjad Naqvi,  
Thomas Neier, Franz Sinabell, Mark Sommer

Das Jahr 2023 war wirtschaftlich durch Inflation und Rezession gekennzeichnet. Österreich emittierte auch aufgrund der Konjunkturlaute erneut deutlich weniger Treibhausgase als im Vorjahr (–6,6%), und auch der Energieverbrauch ging zurück (–2,5%). Ursächlich für diese Entwicklungen waren die anhaltend hohen Energiepreise infolge des Ukraine-Krieges, die milde Witterung, der Ausbau der erneuerbaren Energietechnologien sowie Verbesserungen in der Energieeffizienz der Kapitalstöcke. Der Treibhausgasausstoß erreichte mit 68,7 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten den niedrigsten Wert seit 1990. Dennoch besteht weiterhin großer Handlungsbedarf, um das österreichische Ziel der Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, insbesondere da die vorläufigen Daten für 2024 auf eine deutliche Verlangsamung der Emissionsminderungen hindeuten. Das diesjährige Sonderthema befasst sich mit dem Potenzial von Batteriegroßspeichern, zur Energiewende beizutragen, indem sie erneuerbare Erzeugungstechnologien, vor allem Photovoltaik, ergänzen. Die Kombination von Batteriespeichern und Photovoltaikanlagen kann in einem klugen Regulierungsumfeld die Strompreise glätten bzw. senken und die Erfordernisse des Netzausbaus reduzieren.

**Key Indicators of Climate Change and the Energy Sector in 2025.** Special Topic: The Role of Grid-scale Battery Storage in the Energy Transition

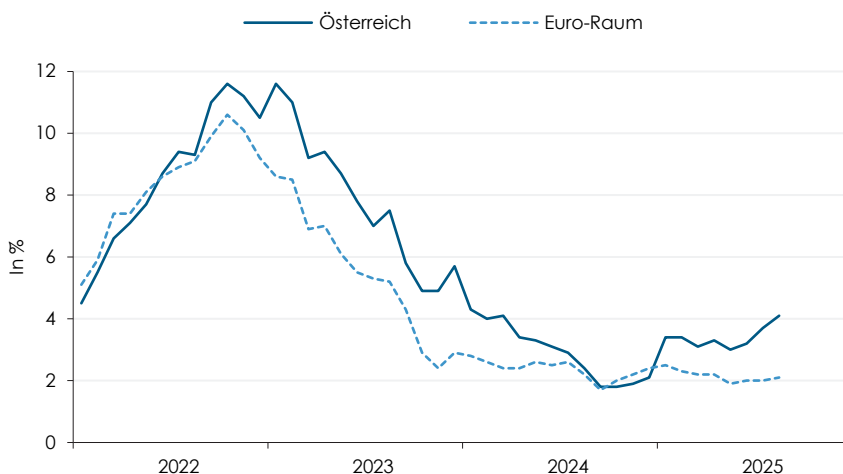
# Konjunktur verläuft schleppend, Inflation steigt

Marcus Scheiblecker

- Die Unternehmensumfrage des WIFO von August 2025 weist auf eine Seitwärtsbewegung der Konjunktur hin.
- In Industrie und Bauwirtschaft hellte sich die Stimmung in den letzten Monaten auf.
- Anders als im Euro-Raum insgesamt zieht die Inflation in Österreich wieder deutlich an.
- Die Arbeitslosigkeit folgt zwar weiterhin einem aufwärtsgerichteten Trend, der Anstieg hat jedoch jüngst an Dynamik verloren.

## Inflation in Österreich und dem Euro-Raum

Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)



**"Nachdem die Inflationsrate in Österreich im IV. Quartal 2024 geringer gewesen war als im Euro-Raum insgesamt, war sie im 1. Halbjahr 2025 im Durchschnitt um rund 1 Prozentpunkt höher. Im Juli und August vergrößerte sich der Abstand weiter."**

Die Inflationsrate in Österreich entfernt sich zunehmend vom Durchschnitt des Euro-Raumes (Q: Eurostat, Macrobond).

# Konjunktur verläuft schleppend, Inflation steigt

Marcus Scheiblecker

## Konjunktur verläuft schleppend, Inflation steigt

Die Industriekonjunktur im Euro-Raum zeigt seit Jahresbeginn Besserungstendenzen. Auch Österreichs Industrieunternehmen beurteilen ihren Geschäftsgang und den Ausblick wieder etwas zuversichtlicher. Der Stimmungsaufhellung entspricht jedoch bislang keine spürbare Konjunkturbelebung. Die Inflationsrate stieg zuletzt weiter an und erreichte im August nach vorläufigen Berechnungen 4,1%.

**JEL-Codes:** E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

**Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun ([astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at)), Ursula Glauninger ([ursula.glauninger@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauninger@wifo.ac.at)), Martha Steiner ([martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 8. 9. 2025

**Kontakt:** Marcus Scheiblecker ([marcus.scheiblecker@wifo.ac.at](mailto:marcus.scheiblecker@wifo.ac.at))

## Business Cycle Sluggish, Inflation Rising

The industrial sector in the euro area has shown signs of improvement since the beginning of the year. Austria's industrial companies are assessing their business performance and outlook somewhat more confidently again. However, the improvement in sentiment has not yet been matched by a noticeable economic upturn. The inflation rate in Austria has recently continued to rise, reaching 4.1 percent in August according to preliminary calculations.

Österreichs Wirtschaft hat nach wie vor Mühe, die längste Rezession der Nachkriegszeit hinter sich zu lassen. Das BIP stieg im II. Quartal real um 0,3% gegenüber der Vorperiode, nach 0,2% zu Jahresbeginn. Hemmend wirkt nicht zuletzt die schwache Industriekonjunktur im Euro-Raum. Auf den deutlichen Anstieg des Industrieproduktionsindex zu Beginn des laufenden Jahres folgte bis zur Jahresmitte ein leichter Rückgang. Im I. Quartal 2025 dürften die verstärkten Einfuhren der USA die europäische Industrieproduktion begünstigt haben. Die vorgezogene Nachfrage zur Vermeidung der angekündigten Importzölle fehlte dann allerdings im II. Quartal.

Die Vorzieheffekte erschweren die Beobachtung der Industriekonjunktur. Klarer spiegelt sich diese in den Konjunkturumfragen, da die Unternehmen bei der Beantwortung Sondereffekte zumeist ausblenden. Laut dem WIFO-Konjunkturtest hellten sich die Lagebeurteilungen der österreichischen Sachgütererzeuger seit dem letzten Tief zum Jahresende 2024 tendenziell auf, so auch im August 2025. Allerdings ist der Anstieg relativ verhalten und bislang zu schwach, um auf einen Aufschwung hinzudeuten. Auch der Index der unternehmerischen Erwartungen lässt derzeit keine nachhaltige Belebung erkennen.

Schwierig bleibt die Lage in der Bauwirtschaft. Zwar berichten die Unternehmen seit Jahresbeginn 2025 über eine leichte Verbesserung, allerdings war in den ersten beiden Quartalen ein Rückgang der Bauwertschöpfung festzustellen.

In den einzelnen Euro-Ländern entwickelte sich die Wirtschaft im laufenden Jahr bisher sehr unterschiedlich. In Deutschland schrumpfte die Wirtschaftsleistung nach dem starken Jahresauftakt (I. Quartal real +0,3%, II. Quartal -0,3%). Gleiches gilt für Italien, jedoch war dort der Rückschlag mit -0,1% geringer (I. Quartal +0,3%). Spanien und Frankreich konnten hingegen im II. Quartal das Wachstum des Vorquartals übertreffen.

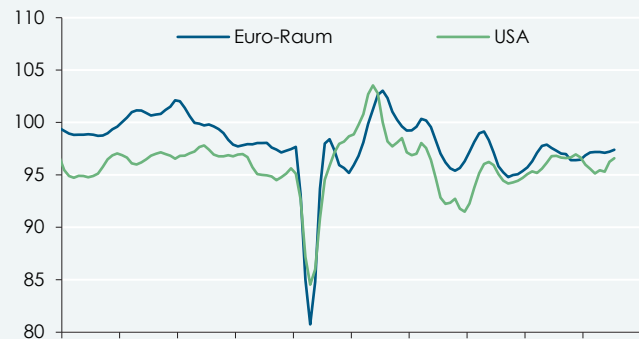
In China ließ das Wirtschaftswachstum im II. Quartal 2025 abermals nach (real +1,1% nach +1,2%), während die USA ihr BIP wieder kräftig steigerten.

Die Inflationsrate stieg in Österreich zu Jahresbeginn erneut deutlich und verharrte in weiterer Folge bei etwas über 3%. Im Juli beschleunigte sich der Preisauftrieb auf 3,7%, im August nach vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria sogar auf 4,1% (laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex – HVPI). Damit hat sich auch der Inflationsabstand zum Durchschnitt des Euro-Raumes wieder beträchtlich auf 2 Prozentpunkte vergrößert.

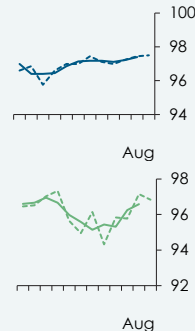
Abbildung 1: **Internationale Konjunktur**

Saisonbereinigt, 2021 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

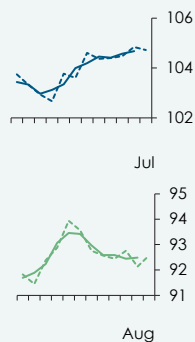
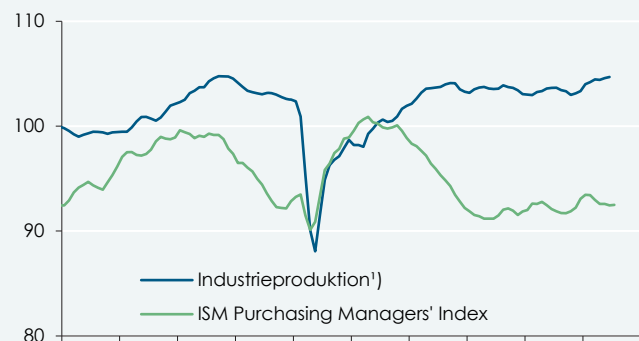
Einkaufsmanagerindex, Gesamtwirtschaft



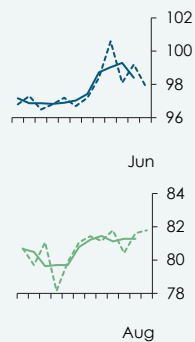
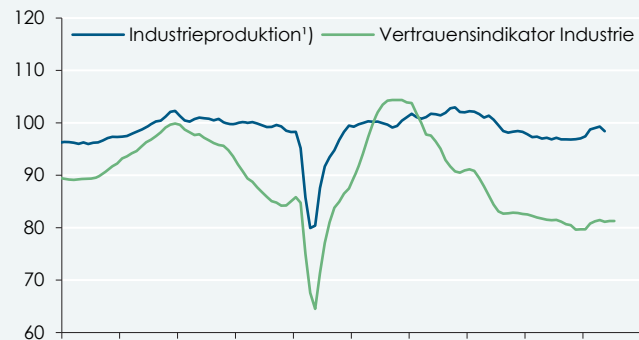
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



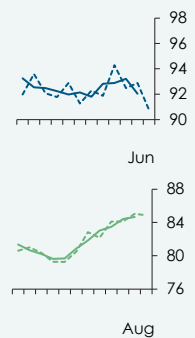
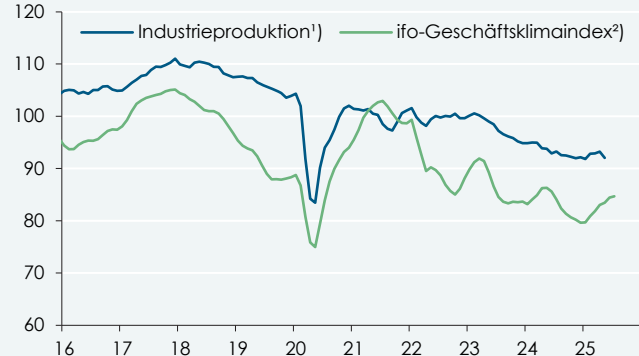
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD, S&P Global. – 1) NACE 2008, Abschnitte B, C und D. – 2) Verarbeitendes Gewerbe.

Aufgrund der anhaltenden Konjunkturlaute stagniert die Zahl der Beschäftigten seit längerem weitgehend, während die Arbeitslosigkeit steigt. Im Juli und August scheint sich

der Anstieg jedoch etwas abgeschwächt zu haben, was möglicherweise der Stabilisierung der Konjunktur zuzuschreiben ist.

## 1. Wirtschaft der USA bislang unverändert dynamisch, Industrie im Euro-Raum schwächelt

Nach einer Schwächephase im I. Quartal 2025 (real  $-0,1\%$ ) gelang den USA im II. Quartal wieder ein robustes Wirtschaftswachstum von  $0,8\%$ . Der vorgezogene Import ließ die Lagerbestände von Jänner bis März kräftig anwachsen, im II. Quartal war ein umgekehrter Effekt zu beobachten.

vorgezogenen Importen der USA profitierte. Im II. Quartal verkehrte sich dieser Effekt ins Gegenteil und die Wirtschaftsleistung nahm kaum mehr zu. Die Industrieproduktion schrumpfte zwar gegenüber dem Vorquartal, war jedoch weit höher als im Vorjahr.

**Die Industriekonjunktur im Euro-Raum bessert sich zwar allmählich, es ist aber noch kein Aufschwung erkennbar.**

Die für die Wirtschaft der USA entscheidende Konsumnachfrage hat seit Jahresbeginn deutlich an Dynamik eingebüßt. Die Angst vor einem Inflationsanstieg infolge der Zollpolitik sowie vor Arbeitsplatzverlusten dürfte die Konsumlaune belasten.

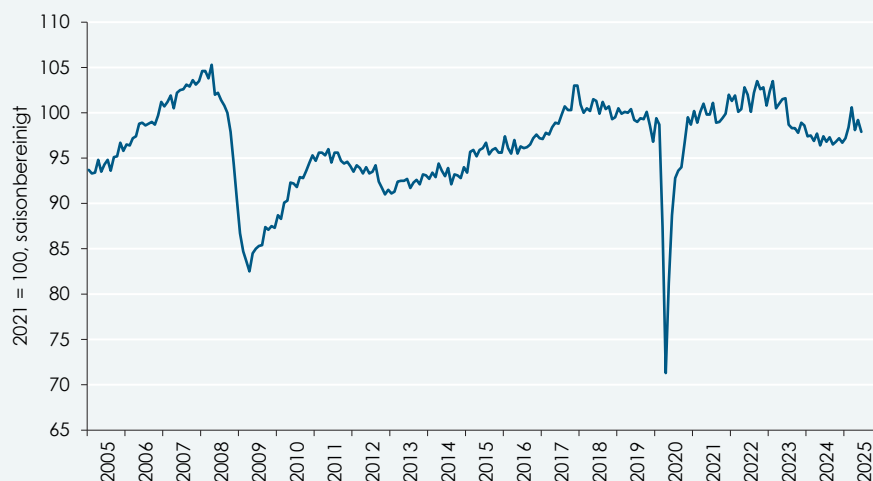
Unternehmensumfragen im Euro-Raum weisen auf eine schrittweise Verbesserung der Stimmung in der Industrie hin. Laut Purchasing Managers' Index (PMI) hellte sie sich im August erneut leicht auf, nachdem sie sich in den Vormonaten stabilisiert hatte. Auch das Industrievertrauen (laut Europäischer Kommission) verbesserte sich im August leicht, vor allem mit Blick auf die aktuellen Lageeinschätzungen.

Bislang entwickelt sich die Inflation in den USA jedoch noch recht verhalten. Im Juni und Juli 2025 betrug der Preisauftrieb jeweils  $2,7\%$ . Preisdämpfend wirkten in den vergangenen Monaten vor allem die Energiepreise, während die Dienstleistungspreise weiter kräftig anstiegen.

Die Inflation im Euro-Raum verharrt derzeit bei  $2\%$  und entspricht damit der Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB). Für August beträgt die vorläufige Schätzung  $2,1\%$  (Juli  $2,0\%$ ). Die Kerninflation (ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak) liegt mit  $2,3\%$  noch etwas über dem Zielwert, weshalb die EZB seit einiger Zeit zögert, die Leitzinsen weiter zu senken. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt seit 11. Juni 2025 unverändert bei  $2,15\%$ .

Gegenläufig zu den USA verlief das unterjährige Wirtschaftswachstum im Euro-Raum. Nach robusten  $0,6\%$  im I. Quartal 2025 verringerte es sich im II. Quartal auf  $0,1\%$ . Treibende Kraft des Zuwachses zu Jahresbeginn war die Industrieproduktion, welche von den

Abbildung 2: **Industrieproduktion im Euro-Raum**



Q: Eurostat, Macrobond. Produktionsindex (ÖNACE 2008, Abschnitte B bis D).

Die deutsche Wirtschaft schrumpfte im II. Quartal um  $0,3\%$  gegenüber der Vorperiode, wodurch der Produktionsanstieg vom Jahresbeginn (I. Quartal  $+0,3\%$ ) wieder ausgeglichen wurde. Auch hierfür dürften die zu

Jahresanfang beobachteten Vorzieheffekte im Außenhandel mit den USA eine wesentliche Rolle gespielt haben. Für die deutsche Gesamtwirtschaft zeigte die Konjunkturumfrage des ifo im August eine leichte Auf-



hellung des Geschäftsklimas; in der Industrie (verarbeitendes Gewerbe) hielt die noch zu Jahresbeginn gemessene Belebung dage-

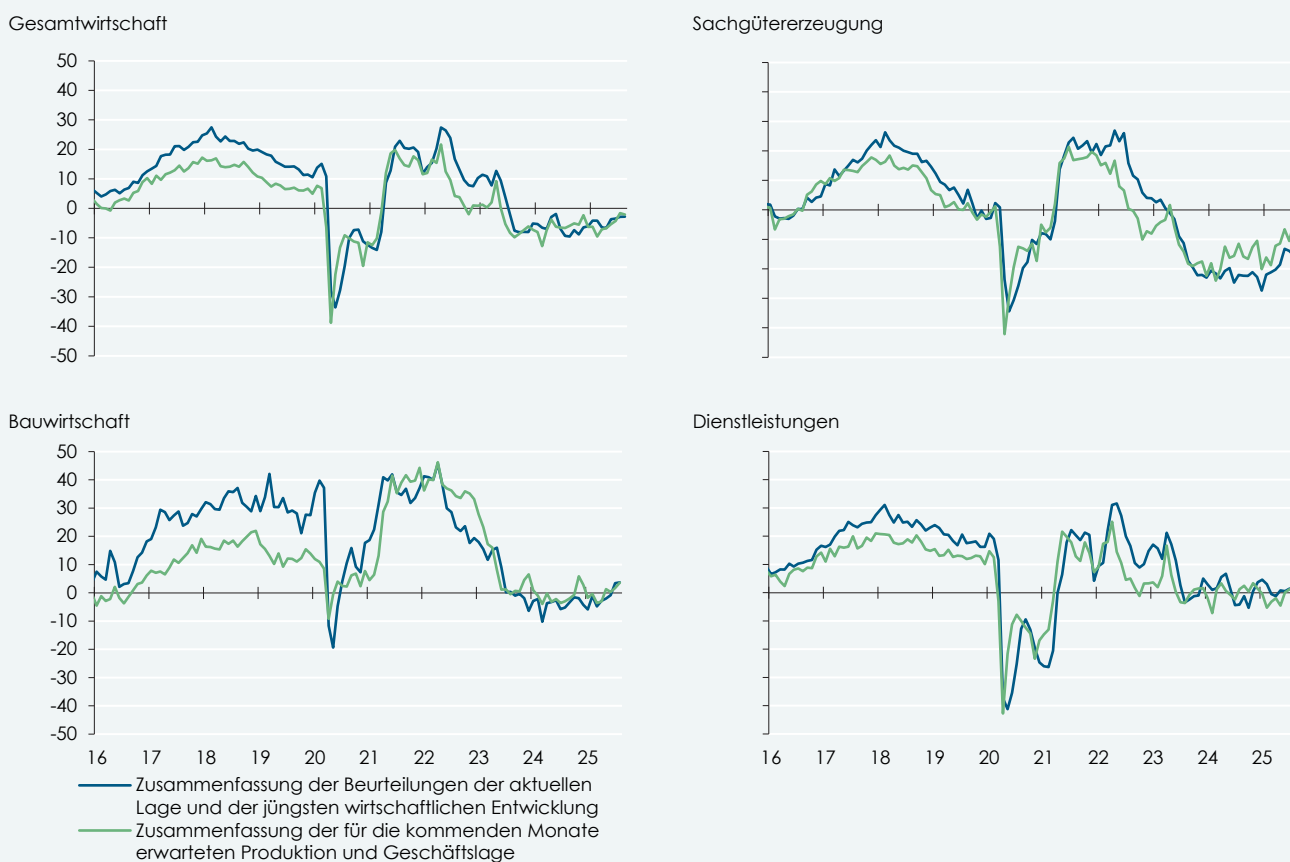
gen nicht an. Vergleichsweise zuversichtlich gestimmt waren nur Erzeuger von Investitionsgütern.

## 2. Österreich: Konjunktur weiter verhalten

Nach Überwindung der längsten Rezession der Nachkriegszeit hat sich in Österreich die Konjunktur auf niedrigem Niveau stabilisiert. Im I. und II. Quartal 2025 konnte jeweils ein moderates Wirtschaftswachstum erzielt werden (+0,2% bzw. +0,3% gegenüber dem Vorquartal). Die Herstellung von Waren konnte im I. Quartal kräftig zulegen (+1,1%), im II. Quartal allerdings nicht daran anknüpfen (+0,3%). Der Bauwirtschaft gelang bis zur Jahresmitte 2025 noch keine Stabilisierung, der Wertschöpfungsrückgang setzte sich fort (I. Quartal 2025 -0,7%, II. Quartal 2025 -0,4%).

Auch in den Bereichen Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Verkehr sowie Beherbergung und Gastronomie schrumpfte die Wertschöpfung in beiden Quartalen in realer Rechnung. Ermöglicht wurde das Wirtschaftswachstum im II. Quartal laut Statistik Austria lediglich von den anderen Dienstleistungsbranchen. So stieg die Wertschöpfung in den Finanz- und Versicherungsleistungen (+2,2%), dem Grundstücks- und Wohnungswesen (+0,4%), den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M und N, +0,5%) und in der öffentlichen Verwaltung i. w. S. (+0,6%).

Abbildung 3: Lagebeurteilung und Erwartungen der Unternehmen



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über Null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter Null pessimistische Einschätzungen an. Saisonbereinigt.

Auf der Nachfrageseite ging der Konsum der privaten Haushalte im II. Quartal um 0,2% zurück und auch die öffentliche Konsumnachfrage legte kaum zu (+0,1%). Die

Bruttoanlageinvestitionen wurden um 0,7% ausgeweitet. Der Export stagnierte bei merklichem Rückgang des Imports (-0,6%).

**Die heimische Konjunktur kommt bisher nicht in Schwung.**

**Ein stagnierender Finanzierungsbedarf der Unternehmen trifft derzeit auf eine etwas weniger restriktive Kreditvergabe.**

Konjunkturumfragen deuten bislang noch nicht auf eine baldige Belebung hin. Der WIFO-Konjunkturklimaindex für die Gesamtwirtschaft verharrte im August im Wesentlichen unverändert auf niedrigem Niveau. Die unternehmerischen Lagebeurteilungen verbesserten sich zwar leicht gegenüber dem Vormonat (+0,1 Punkte), blieben aber mit -2,8 Punkten knapp im skeptischen Bereich. Die Konjunkturerwartungen trübten sich etwas ein (-0,5 Punkte auf -2,1 Punkte). Dämpfend auf den Gesamtindex wirkte sich vor allem die Entwicklung im Dienstleistungsbereich aus, während sich die Stimmung in der Sachgütererzeugung weiter leicht aufhellte.

### 2.1 Banken bei Kreditvergabe an Unternehmen nach wie vor zögerlich

Die außerordentliche Dauer der wirtschaftlichen Schwächephase hat viele Unternehmen vor große finanzielle Herausforderungen gestellt. Die zur Überbrückung der Kon-

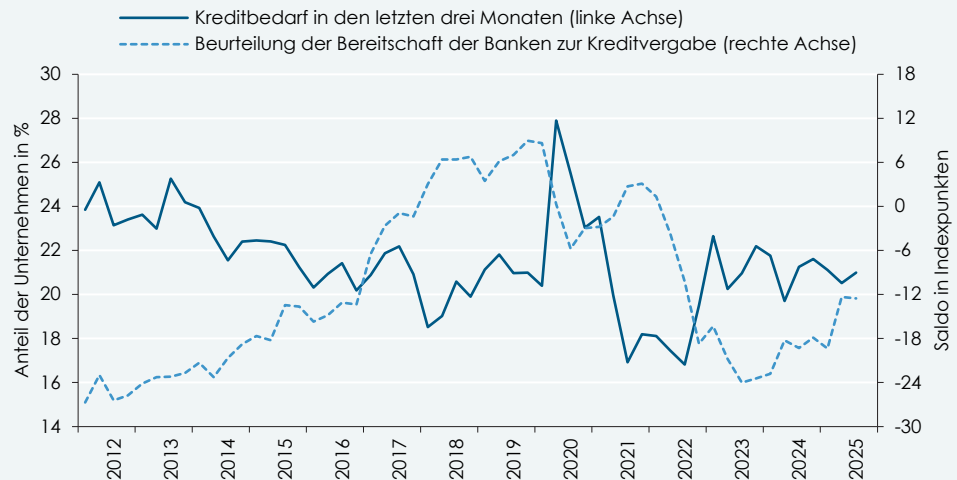
junkturflaute erforderliche Liquidität sollte eigentlich eine erhöhte Nachfrage nach Krediten bedingen. Jedoch dämpfen der nach wie vor getrübt Ausblick und die geopolitische Unsicherheit die Investitionsnachfrage und mithin den Kreditbedarf.

Das WIFO erhebt im Rahmen des Konjunkturtests regelmäßig den Kreditbedarf der Unternehmen. Er blieb in den letzten Jahren im Wesentlichen unverändert. Die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe beurteilten die befragten Unternehmen im August nach wie vor als restriktiv, aber als deutlich großzügiger als in den Vorjahren.

Von den Unternehmen mit Kreditbedarf (ohne Einzelhandel) mussten zuletzt rund 28,8% bei der Höhe oder den Konditionen Abstriche machen. Dieser Wert liegt unter dem Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre (32,2%). Etwa 41,8% der Unternehmen mit Kreditbedarf konnten diesen wie erwartet decken (Fünfjahresdurchschnitt: 40,5%).

Abbildung 4: **Kreditbedingungen österreichischer Unternehmen**

Saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Überdurchschnittlich war mit 29,6% auch der Anteil jener Unternehmen, die trotz Bedarfes keinen Kredit erhielten oder beantragt hatten (Fünfjahresdurchschnitt: 27,3%), weil der Antrag von der Bank abgelehnt wurde (4,6%), die Bedingungen nicht akzeptabel waren (10,5%) oder sie wegen Chancenlosigkeit erst gar nicht versucht hatten, einen Kredit zu erlangen (14,4%).

### 2.2 Stimmung in der Industrie hellt sich langsam auf

Die jüngste Rezession hatte ihren Ursprung in einem europaweit beobachtbaren Nachfragerückgang nach Industriegütern. Er belastete vor allem Wirtschaftsstandorte mit ei-

nem hohen Industrieanteil an der Gesamtwertschöpfung, zu denen auch Österreich zählt. Gerade die Sachgüterproduktion unterliegt stärker Konjunkturschwankungen als andere Wirtschaftsbereiche und reagiert üblicherweise früh auf Veränderungen der Wirtschaftslage.

Laut WIFO-Konjunkturtest haben sich in der heimischen Sachgütererzeugung sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Erwartungen für die Zukunft seit Jahresbeginn 2025 schrittweise verbessert, wenngleich auf niedrigem Niveau. Die Aufhellung der Erwartungen ist umso erstaunlicher, als die Erhöhung der Importzölle durch die USA ausschließlich industrielle Güter betrifft.

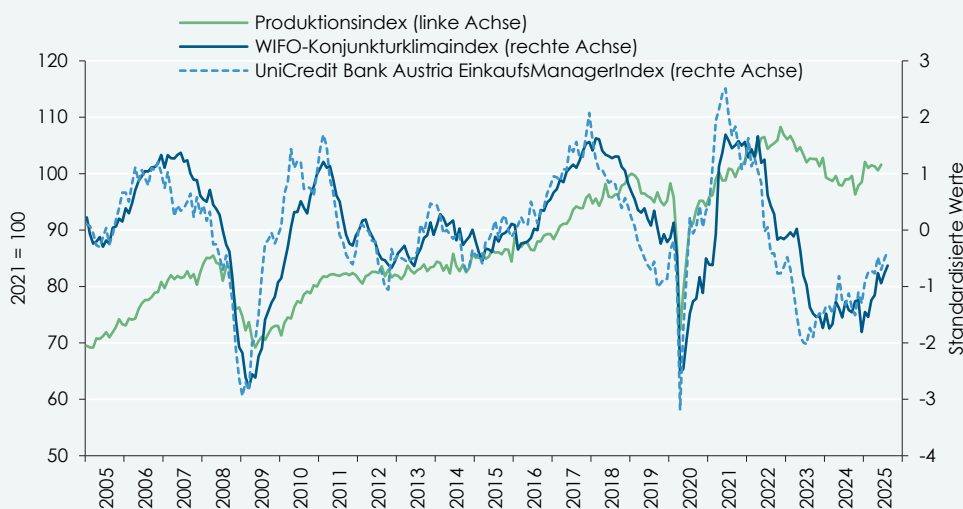
Die Verbesserung der Lageeinschätzungen im August war sektoral breit getragen, ging jedoch vor allem auf Hersteller von Konsum- und Investitionsgütern zurück. Die Erwartungen verbesserten sich dagegen nur in der Konsumgüterbranche, in den Bereichen Investitionsgüter und Vorprodukte trübten sie sich wieder ein. In der Konsumgüterindustrie notieren die Indizes mittlerweile wieder leicht über der Nulllinie, in den beiden anderen Industriezweigen dagegen noch darunter.

Neben dem WIFO-Konjunkturtest deuten auch der österreichische Produktionsindex für die Sachgütererzeugung (Abbildung 5) sowie Indizes der UniCredit Bank Austria (Konjunkturindikator und EinkaufsManagerIndex) seit einiger Zeit auf eine leichte Verbesserung der Industriekonjunktur hin. Ebenso berichtet das WKÖ-Wirtschaftsbarometer für den Sommer 2025 über erste positive Signale, insbesondere in größeren Unternehmen.

**Unternehmensumfragen deuten auf eine leichte Stimmungsaufhellung in der österreichischen Sachgütererzeugung hin.**

Abbildung 5: **Stimmung und Produktion in der Herstellung von Waren**

Saisonbereinigt



Q: UniCredit Bank Austria; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

### 2.3 Inflationsrate steigt wieder

Nachdem der Inflationsdruck im Jahresverlauf 2024 schrittweise nachgelassen hatte, stieg die Inflationsrate im Jänner 2025 sprunghaft an. Ursächlich waren das Auslaufen der Strompreisbremse und einige Tarifierhöhungen im Bereich der administrierten Preise. In den Folgemonaten verharrte die Inflationsrate bei etwas über 3% (laut HVPI) und war damit bereits wieder höher als im Euro-Raum insgesamt. Im Juli beschleunigte

sich der Preisauftrieb erneut auf 3,7% (Euro-Raum: 2,0%) und erreichte im August nach vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria sogar 4,1% (Euro-Raum: 2,1%).

Statistik Austria nennt als Hauptpreistreiber im August die Energiepreise (+8,6 laut HVPI), wobei vor allem die Strompreise deutlich zulegten. Dienstleistungen sowie Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak verteuerten sich mit 4,5% bzw. 4,8% gegenüber dem Vorjahr ebenfalls beträchtlich.

**Während in Österreich die Preise für Energieträger im August kräftig stiegen, sanken sie im Euro-Raum.**

### Übersicht 1: Inflation im August 2025

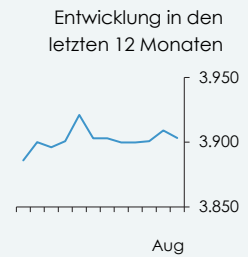
Schnellschätzung Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)

	Österreich	Euro-Raum
	In %	
<b>HVPI insgesamt</b>	<b>4,1</b>	<b>2,1</b>
Nahrungsmittel, Alkohol, Tabak	4,8	3,2
Energie	8,6	- 1,9
Industriegüter	2,0	0,8
Dienstleistungen	4,5	3,1

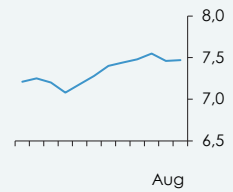
Q: Eurostat, Macrobond.

Abbildung 6: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

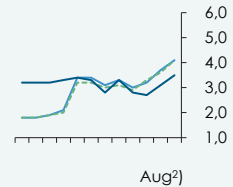
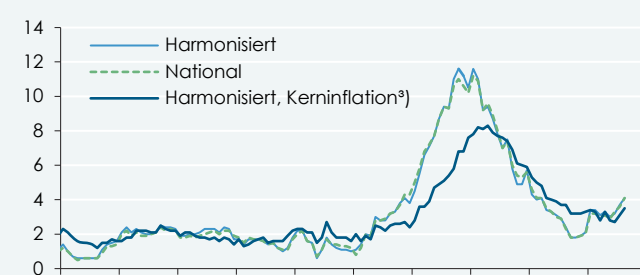
Unselbständig aktiv Beschäftigte<sup>1)</sup>, in 1.000, saisonbereinigt



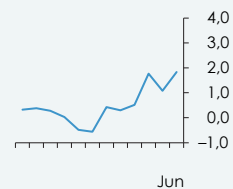
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



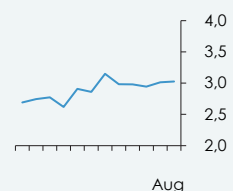
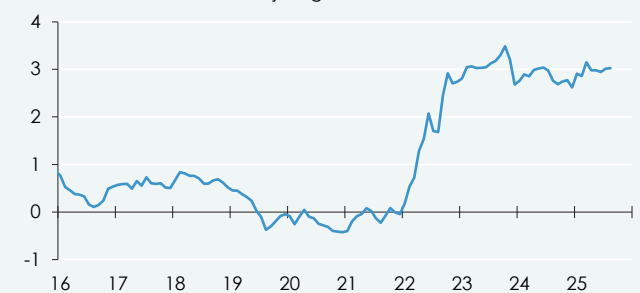
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarktrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – <sup>2)</sup> Schnellschätzung von Statistik Austria. – <sup>3)</sup> Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Auch gegenüber dem Vormonat war eine allgemeine Preissteigerung von 0,3% festzustellen, was auf einen anhaltenden Preisauftrieb hinweist.

Mit 4,1% lag die heimische Inflationsrate im August nicht nur um 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt des Euro-Raumes, sondern sogar im Spitzenfeld der Euro-Länder. Lediglich Estland (6,2%), Kroatien (4,6%) und die Slowakei (4,4%) wiesen laut den vorläufigen Berechnungen noch höhere Inflationsraten auf.

In Österreich verteuerten sich sämtliche Verbrauchskategorien zuletzt weit kräftiger als im Durchschnitt des Euro-Raumes (Übersicht 1). Besonders groß war der Abstand mit über 10 Prozentpunkten bei den Energiepreisen.

#### **2.4 Beschäftigung stagniert, Arbeitslosigkeit steigt**

Die schwache Konjunktur belastet weiterhin den Arbeitsmarkt. Die um saisonale Einflüsse

bereinigte Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten stagnierte nach vorläufigen Berechnungen im August gegenüber dem Vormonat, nachdem sie im Juli leicht gesunken war.

Der seit dem Frühjahr 2023 beobachtbare Aufwärtstrend der Arbeitslosigkeit scheint sich jüngst abgeschwächt zu haben. Im August stagnierte die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen (einschließlich Personen in Schulung) gegenüber dem Vormonat, nachdem sie im Juli sogar leicht gesunken war (-0,7%). Allerdings verringerte sich auch die Zahl der beim Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) gemeldeten offenen Stellen weiter, was die nach wie vor angespannte Wirtschaftslage widerspiegelt.

Die um Personen in Schulung erweiterte Arbeitslosenquote lag im August bei 8,4%, nach 8,2% im Juli (unbereinigt). In absoluter Betrachtung waren im August 367.100 Personen arbeitslos oder in Schulungsmaßnahmen, um 14.900 (+4,2%) mehr als im Vorjahr.

**Die schwache Konjunktur lässt die Beschäftigung seit Ende 2023 weitestgehend stagnieren. Die Arbeitslosigkeit nahm seither deutlich zu.**

## Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

**Rückfragen:** [astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at), [ursula.glauninger@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauninger@wifo.ac.at), [martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)

### Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

### Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres ( $t_0$ ) auf die Veränderungsrate des Folgejahres ( $t_1$ ). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres  $t_1$ , wenn das BIP im Jahr  $t_1$  auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres  $t_0$  (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

### Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

### Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

### Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

### WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

### Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildiener. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

### Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

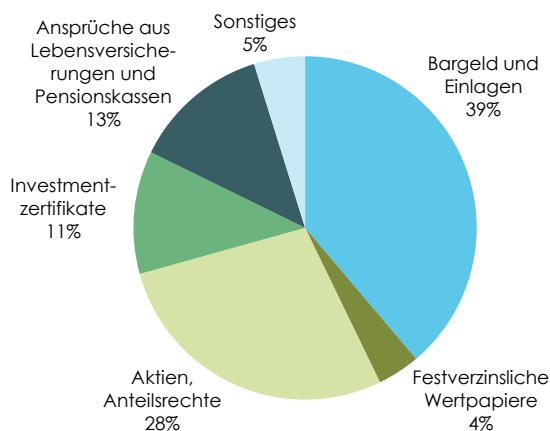
Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

## Private Krankenzusatzversicherung expandierte 2024 kräftig

Thomas Url

- Die Prämieinnahmen der österreichischen Privatversicherungswirtschaft stiegen 2024 in allen Versicherungsabteilungen, in der Lebensversicherung allerdings deutlich schwächer.
- Letztere konnte mit der Dynamik auf internationaler Ebene nicht Schritt halten. Einmalerläge im Neugeschäft entwickelten sich noch am günstigsten.
- Die Tarifsteigerungen für Versicherungsprodukte lagen 2024 über der allgemeinen Inflationsrate.
- Die private Krankenversicherung verzeichnete eine steigende Zahl versicherter Risiken und mehr Leistungsfälle.
- Hochwasserschäden trübten das versicherungstechnische Ergebnis in der Schaden- und Unfallversicherung.
- Ein gutes Veranlagungsergebnis sorgte für eine stabile Profitabilität der Versicherungswirtschaft.

### Verteilung des privaten Geldvermögens 2024



**"Lebensversicherungen profitierten 2024 von der verstärkten Nachfrage der privaten Haushalte nach längerfristigen Veranlagungsformen."**

Das Geldvermögen der privaten Haushalte stieg 2024 um 47,0 Mrd. € (+5,6%). Die Ersparnisse übertrafen die Kursgewinne von Wertpapieren. Die privaten Haushalte investierten vermehrt in Produkte mit längeren Laufzeiten; davon konnte auch die Lebensversicherung profitieren, trotzdem verlor sie weiter an Marktanteil (Q: OeNB. Gesamtes Geldvermögen: 880,5 Mrd. €).

# Private Krankenzusatzversicherung expandierte 2024 kräftig

Thomas Url

## Private Krankenzusatzversicherung expandierte 2024 kräftig

Die österreichische Privatversicherungswirtschaft steigerte 2024 das Prämienvolumen um 5,9%. Die private Krankenversicherung wuchs noch dynamischer als im Vorjahr (+10,7%). Das Prämienwachstum in der Schaden- und Unfallversicherung (+6,6%) entstand überwiegend durch Tarifierhöhungen, die Versicherer vergrößerten aber auch die Zahl versicherter Risiken. Die Lebensversicherung (+1,3%) konnte besonders das Neugeschäft mit Einmalerlägen sowie fonds- und indexgebundenen Produkten ausbauen. Umfangreiche Hochwasserschäden und höhere Preise für Reparaturen bzw. höhere Wiederbeschaffungswerte steigerten sowohl die Schadenfälle als auch die Aufwendungen pro Fall. Insgesamt legten die Leistungen um 5,8% zu. Das Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft blieb 2024 annähernd konstant und ermöglichte der Branche trotz hoher Leistungen eine stabile Profitabilität. Mit Ausnahme der Lebensversicherung entsprach die Entwicklung auf dem österreichischen Versicherungsmarkt jener auf internationaler Ebene.

**JEL-Codes:** G22, E21, G18 • **Keywords:** Privatversicherung, Geldvermögensbildung

**Begutachtung:** Josef Baumgartner • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nathalie Fischer ([nathalie.fischer@wifo.ac.at](mailto:nathalie.fischer@wifo.ac.at)), Ursula Glauningner ([ursula.glauningner@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauningner@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 9. 9. 2025

**Kontakt:** Thomas Url ([thomas.url@wifo.ac.at](mailto:thomas.url@wifo.ac.at))

## Private Health Insurance Showed Strong Gains in 2024

The Austrian private insurance industry increased its premium volume by 5.9 percent in 2024. Private health insurance continued to accelerate its momentum (+10.7 percent). Premium growth in property and casualty insurance (+6.6 percent) was mainly based on rate hikes, but insurers also increased the number of covered risks. Life insurance (+1.3 percent) performed well with new business concentrated in single premiums and fund- and index-linked products. Extensive flood damages and higher prices for repairs and replacement values increased both the number of claims and expenses per claim. Overall, claims payments increased by 5.8 percent. Investment income remained virtually constant in 2024, enabling the industry to maintain stable profitability despite high claims payments. With the exception of life insurance, developments on the Austrian insurance market were in line with international trends.

**Hohe Realeinkommenszuwächse, eine Ausweitung der Beschäftigung und die höhere Sparneigung beflügelten 2024 die Lebensversicherung in Europa.**

**Die europäische Nicht-Lebensversicherung entwickelte sich 2024 uneinheitlich.**

## 1. Die Privatversicherungswirtschaft im internationalen Vergleich

In der Europäischen Union hielt 2024 das moderate Wirtschaftswachstum an und die Inflationsrate näherte sich weiter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank (EZB). Kräftige Lohnsteigerungen ermöglichten den unselbstständig Erwerbstätigen einen Ausgleich zuvor erlittener Kaufkraftverluste. In Verbindung mit einer Ausweitung der Beschäftigung stiegen die verfügbaren Haushaltseinkommen. Die privaten Haushalte reagierten darauf sowohl mit einer Ausweitung der Konsumausgaben als auch mit einer Anhebung ihrer Sparquote (Europäische Kommission, 2025).

In diesem günstigen Umfeld expandierte der europäische Versicherungsmarkt 2024 stark. Sowohl die Lebens- als auch die Nicht-Lebensversicherung konnten ihre Prämieinnahmen deutlich steigern. Die Lebensversicherung profitierte von der allgemein hohen Nachfrage nach Sparprodukten und in der Nicht-Lebensversicherung reagierten die Tarife positiv auf die robuste Nachfrage und die Teuerung in den Vorjahren.

Das Prämienwachstum in der europäischen Lebensversicherung übertraf 2024 mit 13,3% deutlich den Vorjahreswert (-1,9%), wobei die Streuung im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beträchtlich war. Für die international tätigen österreichischen Versicherungskonzerne erwies sich das Marktumfeld in der Lebensversicherung als schwierig, weil das Marktwachstum in den größeren Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas (MOSOEL) – mit Ausnahme Rumäniens – unterdurchschnittlich blieb.

In der europäischen Nicht-Lebensversicherung legte das Prämienaufkommen um 7,3% zu; auch in diesem Segment gab es im EWR eine breite regionale Streuung, die vor allem durch kleinere Märkte getrieben war. Auf den für österreichische Versicherer wichtigen Märkten der MOSOEL zeigte die Nicht-Lebensversicherung ebenfalls kein einheitliches Bild und wich sowohl positiv als auch negativ vom EWR-Durchschnitt ab.



Der österreichische Gesamtmarkt entwickelte sich zwar günstig, konnte aber nicht mit dem durchschnittlichen Wachstum auf europäischer Ebene Schritt halten. Die abgegrenzten Prämieinnahmen stiegen 2024 um 5,9%, wobei die Lebensversicherung mit +1,3% wieder ein Lebenszeichen von sich gab. Kraftvoll zeigte sich die private Krankenzusatzversicherung mit +10,7%, während die Schaden-Unfallversicherung einen

Prämienanstieg von 6,6% verzeichnete. Die Verteilung der Prämien verschob sich damit weiter in Richtung der Kranken- und der Schaden-Unfallversicherung (Übersicht 1). Infolge der dynamischen Geschäftsentwicklung stieg auch die Versicherungsdurchdringung in Österreich auf 4,4% des BIP, blieb allerdings deutlich unter dem Wert im EWR (7,1%).

### Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung <sup>1)</sup>	Versicherungsdurchdringung <sup>1)</sup>
	Mio. €	In % des gesamten Prämienvolumens			In % des BIP
2020	19.076	28,1	12,8	59,2	4,7
2021	19.676	27,3	12,8	59,9	4,6
2022	20.699	25,7	12,7	61,6	4,3
2023	21.799	23,3	13,1	63,6	4,3
2024	23.084	22,3	13,7	64,0	4,4

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Auf Basis verrechneter direkter inländischer Prämien.

Im laufenden Jahr wird sich die weltweite Prämienentwicklung laut der Prognose von Swiss Re (2025) im Vergleich zum Vorjahr verlangsamen, weil die Wirtschaftsentwicklung durch die hohe geopolitische Unsicherheit gedämpft wird und die Preissetzungsfähigkeit der Versicherer im Nicht-Lebensversicherungsgeschäft abnimmt. Vom Zollkonflikt mit den USA wird ein preisdämpfender Effekt auf die EU ausgehen, und auch das zaghafte Wirtschaftswachstum verringert den Preisdruck. Dadurch sollten 2025 auch die Leistungen in der Sachversicherung schwächer zulegen. Zusätzlich dürften Versicherungen mit Bezug zum Außenhandel (Transport- und Kreditversicherung) geringere Vertragszahlen erzielen. Die Lebensversicherung wird 2025 eher indirekt durch die Folgewirkungen der Zölle auf die Zinspolitik der Zentralbanken und auf den Arbeitsmarkt betroffen sein. Ein positives versicherungstechnisches Ergebnis und steigende Überschüsse aus der Finanzgebarung dürften eine stabile Entwicklung der Profitabilität ermöglichen.

In ihrem Dashboard beurteilt die europäische Aufsichtsbehörde EIOPA<sup>1)</sup> regelmäßig die Risikolage der Versicherungswirtschaft. Im aktuellen Dashboard vom Juli 2025 stehen mit einer Ausnahme alle Risikoindikatoren auf mittlerem Niveau: nur für Marktrisiken wird ein hohes Niveau ausgewiesen. Marktrisiken beschreiben das Risiko von Kursverlusten auf den Anleihen- und Aktienmärkten. Die Anleihekurse sind derzeit sehr volatil und auf den Aktienmärkten erkennt EIOPA zurzeit ein hohes Potenzial für Überbewertungen. Die Entwicklung der Immobilienpreise verläuft noch gespalten: während die Preise für Wohnbauten 2024 wieder anzogen, sind die Bewertungen von Gewerbebauten

weiterhin rückläufig. Mit Blick auf die nächsten 12 Monate erwartet EIOPA weiter steigende Marktrisiken, höhere makroökonomische Risiken und vergrößerte Risiken in den Bereichen Umwelt, Soziales und Steuerung (ESG). Die Risiken infolge der unsteten Zollpolitik der USA und das hohe politische Risiko im Nahostkonflikt werden durch sinkende Inflationsraten im Euro-Raum und die damit verbundene Aussicht auf eine lockere Geldpolitik nicht vollständig ausgeglichen.

Die Bedeckungsquote (SCR-Quote) misst die Widerstandsfähigkeit von Versicherungsunternehmen, wenn unerwartet hohe Schadenzahlungen mit Verlusten in der Veranlagung zusammentreffen. Die SCR-Quote ist das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel eines Versicherungsunternehmens zu dessen Solvenzkapitalanforderung (Solvency Capital Requirement – SCR). Die SCR schätzt die Höhe unvorhergesehener Verluste in den nächsten 12 Monaten auf einem Sicherheitsniveau von 99,5% unter der Annahme, dass der Geschäftsbetrieb fortgesetzt wird. Dabei sollen alle quantifizierbaren Risiken berücksichtigt werden, denen ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist. Innerhalb des europäischen Binnenmarktes lag die SCR-Quote Ende 2024 im Durchschnitt bei 241%, d. h. das Eigenkapital der Versicherungsunternehmen war knapp zweieinhalbmal so hoch wie ihre SCR. Die österreichischen Versicherer verzeichneten im europäischen Vergleich eine hohe SCR-Quote von 293% (Abbildung 1) und lagen damit etwas unter dem guten Vorjahreswert. Ende 2024 wiesen laut EIOPA knapp drei Viertel der heimischen Versicherer eine SCR-Quote von über 240% aus.

**Im laufenden Jahr erzeugen geopolitische Risiken ein schwieriges Umfeld für die Versicherungswirtschaft.**

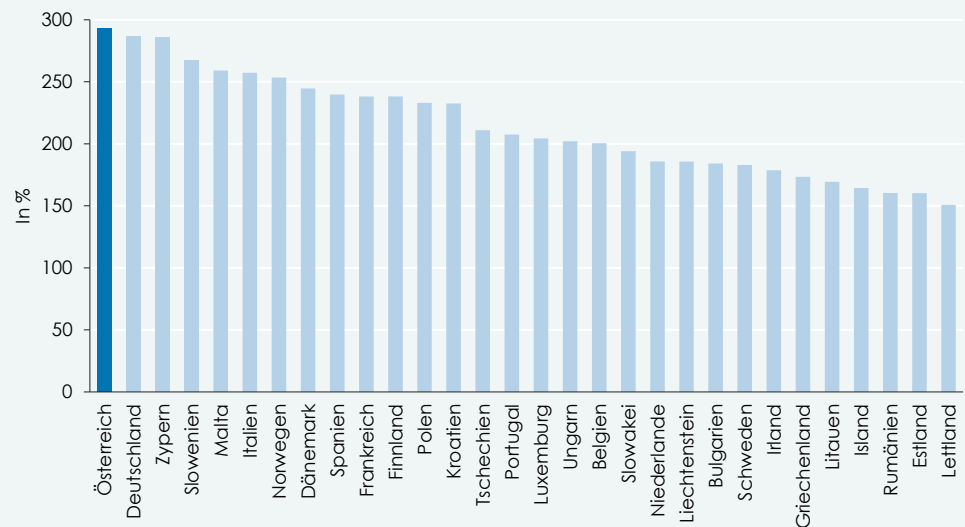
**Österreichs Versicherer wiesen 2024 im europäischen Vergleich hohe Solvenzkapitalquoten auf.**

**Auf dem Risk-Dashboard von EIOPA für die Versicherungswirtschaft stehen derzeit nur Marktrisiken.**

<sup>1)</sup> Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung

[https://www.eiopa.europa.eu/tools-and-data/insurance-statistics\\_en](https://www.eiopa.europa.eu/tools-and-data/insurance-statistics_en).

Abbildung 1: Solvenzkapitalanforderung (SCR-Quoten) im europäischen Vergleich 2024



Q: EIOPA (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung).  
SCR-Quote . . . Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel zum Solvenzkapitalerfordernis.

## 2. Neue regulatorische Vorgaben für die Versicherungswirtschaft

Die Aktualisierung von Solvency II erleichtert die Berichtspflichten kleiner Versicherer.

Die Versicherungswirtschaft unterliegt seit 17. Jänner 2025 dem Digital Operational Resilience Act (DORA). Das DORA-Vollzugsgesetz (BGBl. I Nr. 112/2024) überträgt die Vorgaben aus der EU-Verordnung 2022/2554 in das österreichische Recht. Darin wird die Finanzmarktaufsicht Österreich (FMA) zur zuständigen Behörde ernannt und kontrolliert nun die Einhaltung der Regeln für das Management von Risiken in der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT); sie umfassen die Behandlung, Klassifizierung und Meldung IKT-bezogener Vorfälle und das Testen der Abwehrfähigkeit gegen Cyber-Angriffe sowie das Risikomanagement von IKT-Dienstleistungen externer Anbieter. In Bezug auf IKT-Drittdienstleistungen beteiligt sich die FMA am europäischen Überwachungsrahmen, mit dem das Risiko einer zu hohen Abhängigkeit von einzelnen IKT-Drittdienstleistern identifiziert und minimiert werden soll.

Für digitale Geschäftsabschlüsse mit Endkunden trat am 28. Juni 2025 das Barrierefreiheitsgesetz (BGBl. I Nr. 76/2023) für die Versicherungswirtschaft in Kraft. Es soll ein Umfeld mit barrierefreien Produkten und Dienstleistungen gewährleisten, das beeinträchtigte Personen die selbstbestimmte Lebensführung erleichtert. Neben der Erfüllung technischer Anforderungen müssen auch die Inhalte der Homepages so niederschwellig gestaltet werden, dass sie für eine breite Öffentlichkeit zugänglich sind.

Die Aktualisierung der Solvency-II-Richtlinie und eine neue Richtlinie zur Schaffung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung

von Versicherungen (Insurance Recovery and Resolution Directive – IRRD) wurden am 8. Jänner 2025 im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Sie sind von den Mitgliedsländern innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umzusetzen. Die neuen Vorschriften zu Solvency II ändern die Eigenkapitalanforderungen auf mehrfache Weise (Deloitte, 2025):

- Durch das neue Verfahren wird die Extrapolation des risikofreien Zinssatzes langsamer auf den 100-jährigen Zielwert konvergieren und damit stärker von Marktschwankungen des letzten beobachteten Terminkurses abhängen (Actuarial Association of Europe, 2021).
- Die Volatilitätsanpassung wird modifiziert und der Kapitalkostensatz von 6% auf 4,75% gesenkt; letzteres wird die Kapitalerfordernisse der Versicherungswirtschaft vermindern.
- Auf der Veranlagungsseite wurden die Anforderungen für die Hinterlegung von langfristigen Investitionen in Aktien mit Eigenkapital gesenkt.

Unter den neuen Vorgaben zur Verbesserung der Steuerung (Governance) sieht die Europäische Kommission auch die Möglichkeit des Einsatzes makroprudenzieller Instrumente durch die Aufsichtsbehörden vor. Weiters sollen Versicherungsunternehmen die vorgeschriebene Berichterstattung im Solvenzreport (SFCR) ab nun so gestalten, dass Kund:innen verständlichere und kompaktere Informationen erhalten als Finanzmarktexpert:innen. Zusätzlich gibt es Erleichterungen für kleinere Versicherungsunternehmen; sie umfassen die Berechnung der

versicherungstechnischen Rückstellungen, eine Ausnahme von der Erstellung des Liquiditätsplans, die Möglichkeit zur Übertragung mehrerer Schlüsselfunktionen auf eine Person und gelockerte Berichtspflichten. Kleine und nicht komplexe Versicherungsunternehmen werden von der Aufsicht als "Small and Non-Complex Undertakings" (SNCU) eingestuft. Die umfangreichen Kriterien zur Abgrenzung von SNCU gegenüber konventionellen Versicherern sind in Art. 29a der überarbeiteten Richtlinie festgelegt. Die europäische Interessensvertretung der Versicherungswirtschaft schätzt den Umfang der regulatorischen Erleichterungen als zu gering ein (Insurance Europe, 2025) und stellte fest, dass der Entwurf weder die Bestrebungen der Europäischen Kommission zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit erfüllt noch die Proportionalität von Solvency-II-Vorgaben herstellt.

Im Juli 2025 eröffnete EIOPA einen bis zum Herbst laufenden Konsultationsprozess mit dem Ziel, die aufsichtsrechtlichen und öffentlichen Berichtspflichten unter Solvency II zu verringern. Diese Initiative setzt die Bemühungen der Europäischen Kommission um, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu steigern, indem der Berichtsaufwand um mindestens 25% sinkt. Einerseits werden dazu die Berichtsvorlagen an die adaptierten Solvency-II-Vorgaben angepasst und andererseits einige Berichtsformulare gestrichen. Zudem wird von vierteljährlichen auf jährliche Datenlieferungen umgestellt. EIOPA erwartet davon eine Verminderung der Berichtspflichten um rund ein Viertel. Da der größte Teil der Kosten im Zusammenhang mit Berichtspflichten bei der Einrichtung der Berichtssysteme in Form von Fixkosten entsteht (Pitlik & Url, 2020), sind von

der geringeren Berichtsfrequenz kaum Kostenentlastungen zu erwarten.

Versicherer veranlagten ihre Reserven laufend auf dem Kapitalmarkt. Solvency II gibt für alle Veranlagungsformen das Mindestmaß an Eigenkapitalhinterlegung vor. In diesem Zusammenhang schlägt EIOPA eine Anhebung der Eigenkapitalquote für Kryptoveranlagungen von derzeit 80% auf 100% vor.

EIOPA unterwarf 2024 48 europäische Versicherungsgruppen einem Stresstest. Aus Österreich nahm die Vienna Insurance Group daran teil. Im Ergebnisbericht sieht EIOPA (2024) die europäische Versicherungswirtschaft ausreichend mit Eigenkapital ausgestattet, um auch umfassende Krisenszenarien zu bestehen. Bis auf 8 Versicherer blieben alle Gruppen ohne zusätzliche Maßnahmen über der Mindestsolvenzquote von 100% (vgl. Abbildung 1); nach dem Einsatz zusätzlicher Maßnahmen erfüllten alle Gruppen die regulatorischen Mindestanforderungen. Die FMA führte 2024 einen zusätzlichen Stresstest für österreichische Versicherungsunternehmen durch. Angenommen wurden gleichzeitige Zins-, Inflations- und Marktrisikoschocks. Die Versicherer erwiesen sich gegenüber den vorgegebenen Schocks als robust. Da die Wertverluste der Veranlagungen höher ausfielen als die Verminderung der versicherungstechnischen Rückstellungen, verringerte sich der durchschnittliche Eigenmittelüberschuss der Lebens- und Kompositversicherer von 1,42 auf 1,3 im Zins- und Marktrisikoschock und auf 1,24 bei zusätzlichem Schaden- und Kostenanstieg. Im Fall der Nicht-Lebensversicherer sank er von 5,24 auf 4,64 im Zins- und Marktrisikoschock und auf 3,34 bei zusätzlichem Schaden- und Kostenanstieg (Finanzmarktaufsicht Österreich, 2025c).

**EIOPA nahm im Juli 2025 den Konsultationsprozess zur Reduktion aufsichtsrechtlicher und öffentlicher Berichtspflichten auf.**

**Kryptoveranlagungen sind in Zukunft vollständig mit Eigenkapital zu hinterlegen.**

**Der FMA-Stresstest für heimische Versicherer verlief erfolgreich.**

### 3. Tarifsteigerungen für Versicherungsprodukte übertrafen 2024 den allgemeinen Preisauftrieb

Die Verbraucherpreisinflation in Österreich ließ im Jahr 2024 deutlich nach (Übersicht 2), wenngleich die Steigerungsrate des harmonisierten Verbraucherpreisindex (+2,9%) um 0,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt des Euro-Raumes lag. Der Inflationsabstand wurde durch den in Österreich relativ späten Rückgang der Energiepreise stärker gedämpft, als er durch den lebhaften Preisauftrieb bei Dienstleistungen vergrößert wurde.

Sachversicherungen sind auf der Leistungsseite vom allgemeinen Preisauftrieb betroffen. Höhere Reparaturkosten und Wiederbeschaffungswerte steigern den Aufwand für die Schadensbehebung und müssen durch Tarifanpassungen gedeckt werden. In Versicherungsverträgen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr erfolgen indexbasierte Tarifierhöhungen mit einer entsprechenden Verzögerung. Übersicht 2 macht dieses

Muster anschaulich und zeigt, dass der Inflationsschub zu etwas abgeschwächten und um ein Jahr verzögerten Tarifierhöhungen führte. Während demnach die Tarife der im Verbraucherpreisindex erfassten Versicherungsprodukte 2024 noch kräftig stiegen, lag die allgemeine Teuerungsrate bereits nahe am Zielwert der EZB.

Die höchsten Tarifsteigerungen wies der VPI 2024 für Hausratsversicherungen aus. In der Sachversicherung wurden auch Kfz-Teilkaskoversicherungen empfindlich teurer, während sich die Preisdynamik bei anderen Versicherungen entspannte. Die Tarife in der privaten Gesundheitsversicherung wurden gemessen am VPI ebenfalls überdurchschnittlich erhöht. Obwohl sich die Tarifierhöhungen in der ersten Jahreshälfte 2025 verlangsamen, dürften Versicherungen auch 2025 preistreibend wirken.

**Hausratsversicherungen verzeichneten 2024 laut VPI die höchsten Tarifsteigerungen.**

## Übersicht 2: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex

	2025 Gewicht in %	2021	2022	2023	2024	2025 <sup>1)</sup>
			Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Tarifprämien für						
Hausratsversicherung	0,403	+ 0,7	- 2,5	+ 6,5	+ 9,0	+ 4,7
Bündelversicherung für Eigenheim	0,513	+ 0,3	+ 4,2	+ 9,6	+ 4,5	+ 4,5
Private Gesundheitsversicherung	1,484	+ 2,2	+ 2,1	+ 5,4	+ 8,1	+ 4,7
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	1,148	+ 1,1	+ 1,4	+ 10,1	+ 5,5	+ 2,6
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,032	+ 1,1	+ 4,6	+ 4,3	+ 4,1	+ 1,6
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,175	- 1,0	+ 2,5	+ 13,2	+ 7,6	+ 5,4
Privatversicherungsformen insgesamt	3,756	+ 1,3	+ 1,9	+ 8,0	+ 6,7	+ 4,0
Verbraucherpreisindex insgesamt		+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,2
Beitrag der Privatversicherungsformen	Prozentpunkte	+ 0,05	+ 0,08	+ 0,32	+ 0,27	+ 0,15

Q: Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Jänner bis Juli.

### Die hohe Schadenquote im Jahr 2024 wurde durch Leistungen der Sturmschadenversicherungen verursacht.

Die durchschnittliche Prämie je Risiko ist ein Vergleichsmaßstab für die Prämiensteigerungen laut Verbraucherpreisindex, weil sie auch andere Preisgestaltungsmöglichkeiten wie z. B. Rabatte, die Prämienrückgewähr, Leistungseinschränkungen oder Haftungsausschlüsse berücksichtigt. In einzelnen Versicherungskategorien kann allerdings eine Verschiebung der Nachfrage zu höheren oder niedrigeren Versicherungssummen die Vergleichbarkeit beeinträchtigen. Die durchschnittliche Prämie in der Kfz-Haftpflichtversicherung stieg 2024 mit +4,7% etwas schwächer als die Kfz-Haftpflichttarife laut VPI (Übersicht 2); ähnliches gilt mit +7,4% für die Kfz-Kaskoversicherungen. Der geringe Unterschied deutet darauf hin, dass alternative Elemente der Tarifgestaltung 2024 kaum genutzt wurden. Insgesamt legte die durchschnittliche Prämie in der Sachversicherung um 4,8% zu (2023 +6,6%).

Die Schadenquote im direkten Geschäft der Schaden-Unfallversicherung stieg 2024 auf 67,6% an und lag damit um mehr als eine Standardabweichung über dem langfris-

tigen Durchschnittswert von 62,6%. Die Schadenquote misst den Anteil der Leistungen an den gesamten Prämieinnahmen. Ein überdurchschnittlich hoher Wert deutet im Regelfall Druck zu Prämien erhöhungen an. Die überdurchschnittlichen Leistungen im Jahr 2024 gingen jedoch auf Schäden im Zusammenhang mit Naturgefahren zurück. So verursachte allein das Hochwasser im Herbst Versicherungsschäden im Ausmaß von 600 bis 700 Mio. € (Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs – VVO, 2024). Vor diesem Hintergrund ist eher ein Ausgleich über die versicherungstechnischen Rückstellungen als über Tarifierhöhungen zu erwarten. Dennoch steht der Bereich Sturmschaden, zu dem auch die Elementarversicherungen zählen, wegen hoher Schadenquoten bereits seit einigen Jahren unter Ertragsdruck. Unterdurchschnittlich war die Schadenquote 2024 in der umsatzstarken Kfz-Haftpflichtversicherung; auch die allgemeine Haftpflicht- und die Einbruchdiebstahlversicherung verzeichneten 2024 niedrige Schadenquoten.

## 4. Lebensversicherung durch Realeinkommenszuwächse gestärkt

Nach den Realeinkommensverlusten des Jahres 2023 ermöglichten im Folgejahr hohe Tariflohnabschlüsse und die weiterhin gute Beschäftigungslage einen Anstieg der realen verfügbaren Einkommen privater Haushalte um 3,5%. Dieser Aufholeffekt schlug sich allerdings nicht in einer entsprechenden Ausweitung der privaten Konsumausgaben nieder, sondern in vermehrter Spartätigkeit. Die Haushalte sparten 2024 11,7% ihres verfügbaren Einkommens und steigerten damit ihre Sparquote gegenüber dem Vorjahr um 3 Prozentpunkte. Dementsprechend nahm ihr Finanzvermögen 2024 um 47 Mrd. € auf insgesamt 881 Mrd. € zu. Der Zuwachs entstammte im Ausmaß von 30 Mrd. € den laufenden Ersparnissen (2023: 11 Mrd. €), der Rest folgte aus Kurssteigerungen.

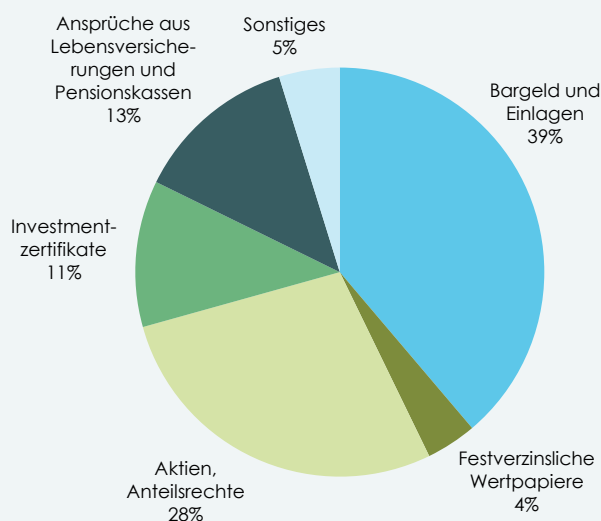
Im Juni setzte die EZB ihre erste Leitzinssenkung seit 2022 um und führte danach den Hauptrefinanzierungssatz bis zum Jahresende schrittweise auf 3,15% zurück. Mit der geldpolitischen Wende verloren liquide Anlagen an Attraktivität und die privaten Haushalte verschoben ihre Einlagen in der Kreditwirtschaft zu länger gebundenen Sparprodukten. Die Neuveranlagung konzentrierte sich daher auf gebundene Einlagen (+9,9 Mrd. €), langfristige verzinsliche Wertpapiere (+4,1 Mrd. €) und Investmentzertifikate (+3,7 Mrd. €). Die geringe Risikobereitschaft prägte weiterhin die Struktur des Finanzvermögens in Österreich (Abbildung 2). Einlagen in den Kreditinstituten dominierten vor den Unternehmensanteilen Selbständiger (Anteilsrechten).

Die vorwiegend der Altersvorsorge gewidmeten Teile des Finanzvermögens sind in Österreich in Lebensversicherungen und kapitalgedeckten Betriebspensionen veranlagt. Ihr Anteil ging 2024 leicht auf 13,0% zurück (2023: 13,3%), wobei dem Abbau von Ansprüchen gegenüber den Lebensversicherungen um 860 Mio. € ein Aufbau von

Ansprüchen in kapitalgedeckten Betriebspensionen um 580 Mio. € gegenüberstand. Dennoch legten die Forderungen privater Haushalte gegenüber Lebensversicherungen um 605 Mio. € zu, weil entsprechend hohe Kapitalerträge auf den Konten inländischer Anwartschaftsberechtigter gutgeschrieben wurden.

**Die Forderungen der privaten Haushalte an die Lebensversicherungen legten 2024 zu.**

Abbildung 2: **Verteilung des privaten Geldvermögens 2024**



Q: OeNB. Gesamtes Geldvermögen: 880,5 Mrd. €.

Der Trend zur längerfristigen Veranlagung beflügelte auch das Geschäft mit Einmalanlagen. Quer über alle Typen der Lebensversicherung (klassisch, fonds- und indexgebunden sowie hybrid) stieg das Prämienvolumen des polizierten Neugeschäftes mit zweistelligen Wachstumsraten. Unter den Produkten mit laufenden Prämienzahlungen verzeichneten nur die fonds- und indexgebundenen sowie hybride Lebensversicherungen Zuwächse. Die klassische Lebensversicherung mit laufenden Prämienzahlungen konnte sich dem Abwärtssog auch 2024 nicht entziehen. Insgesamt wurden die Prämieinnahmen nach zwei Jahren des Umsatzrückgangs wieder ausgeweitet (Übersicht 3), obwohl die Zahl der versicherten Risiken um 3% niedriger war als 2023.

Das Neugeschäft mit Ablebensversicherungen konnte 2024 wieder deutlich gesteigert werden. Die Zahl der Neuverträge mit laufenden Prämieinzahlungen stieg gegenüber dem Vorjahr um ein Viertel; die damit verbundenen Prämieinnahmen nahmen um knapp ein Fünftel auf 41 Mio. € zu. Da Ablebensversicherungen oft zur Besicherung von Krediten eingesetzt werden, bildeten sinkende Zinssätze für neue Wohnbaukredite

und ein Ende der Schwächephase in der Neuvergabe solcher Kredite die Grundlage für den Aufschwung. Mit dem Auslaufen der makroprudenziellen Einschränkungen für die Kreditvergabe an private Haushalte im Sommer 2025 könnte die Ablebensversicherung weiter profitieren. In der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung blieb das Neugeschäft mit 5 Mio. € in etwa konstant, während in der Pflegeversicherung sowohl die Zahl der Neuverträge als auch das damit verbundene Prämienvolumen weiter erheblich schrumpften.

Auch die prämiengünstige Zukunftsvorsorge behielt 2024 trotz einer leichten Zunahme der abgeschlossenen Neuverträge (2024: 8.077) ihre Abwärtsbewegung bei. Seit der Halbierung der Förderprämie im Jahr 2012 sinkt die Zahl der Verträge; die schwierige Darstellung der Kapitalgarantie bei niedrigen Zinssätzen wirkt ebenfalls dämpfend. Da nur noch vier Versicherer neue Verträge zeichneten und auslaufende Verträge kaum verlängert wurden (Finanzmarktaufsicht Österreich, 2025b), reduzierte sich der Bestand an Verträgen weiter auf 782.000 (2023: 839.000). Das Prämienvolumen lag mit 637 Mio. € um 4,8% unter dem Vorjahreswert.

**Das Neugeschäft mit Ablebensversicherungen konnte 2024 wieder deutlich gesteigert werden.**

**In der prämiengünstigen Zukunftsvorsorge hielt die Abwärtsbewegung an.**

**Das Veranlagungsergebnis der Lebensversicherung war 2024 leicht rückläufig.**

Das in der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge verwaltete Kapital blieb mit 8,69 Mrd. € nahezu stabil (2023: 8,75 Mrd. €), und die Anbieter erzielten 2024 eine volumengewichtete Rendite von 2,9%. Die staatliche Prämie wurde weiter mit 4,25% der jährlichen Einzahlung festgelegt; das entspricht dem Mindestwert der Förderung. Der gesetzlich zulässige Höchstwert für die jährliche Einzahlung stieg auf 3.337,85 € und übertraf die durchschnittliche jährliche Einzahlung von 815 € deutlich.

Die Lebensversicherer erreichten 2024 nicht mehr das erfolgreiche Veranlagungsergebnis des Vorjahres (Übersicht 3). Dafür waren

ungünstigere Rahmenbedingungen auf den Anleihemärkten verantwortlich. Der deutsche Rentenmarktindex (REX), der die Performance einer Investition in deutsche Bundesanleihen misst, verzeichnete 2024 eine Gesamttrendite von nur 1,1% (2023: 3,5%), weil ein Teil der Zinserträge durch Kursverluste korrigiert wurde. Die Entwicklung auf den Aktienmärkten war zwar erfreulicher – der MSCI-Weltmarktindex auf Euro-Basis legte im Jahresverlauf um 27,2% zu – ist aber wegen des geringen Anteils von Aktien im Portfolio der heimischen Versicherer für das Veranlagungsergebnis in der Lebensversicherung kaum relevant.

### Übersicht 3: Lebensversicherung

	Bruttoprämien Abgegrenzt	Nettoprämien <sup>1)</sup>	Selbstbehalt- quote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Aufwendungen für Versiche- rungsfälle	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
	Mio. €		In %		Mio. €	
2020	5.355	5.269	98,4	1.396	7.934	- 1.959
2021	5.376	5.288	98,4	1.661	7.202	314
2022	5.318	5.234	98,4	1.326	7.233	- 4.075
2023	5.078	5.000	98,4	1.564	7.294	- 677
2024	5.142	5.064	98,5	1.440	6.818	- 242
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
2020	- 1,4	- 1,3	+ 0,2	- 21,2	+ 8,4	- 517,5
2021	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 19,0	- 9,2	- 116,0
2022	- 1,1	- 1,0	+ 0,1	- 20,2	+ 0,4	- 1.399,0
2023	- 4,5	- 4,5	+ 0,0	+ 18,0	+ 0,8	- 83,4
2024	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,0	- 8,0	- 6,5	- 64,2

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – <sup>1)</sup> Geschätzt.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle waren 2024 rückläufig, lagen aber weiterhin über den Prämieinnahmen (Übersicht 3). Daher setzte sich der Abbau versicherungstechnischer Rückstellungen fort, allerdings in deutlich geringerem Umfang als zuletzt. Das versicherungstechnische Ergebnis der

Lebensversicherung blieb mit 245 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres und entsprach nahezu dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT). Bei konstantem Eigenkapital verblieb die Eigenkapitalverzinsung in der Lebensversicherung auf dem Vorjahresniveau (9,5%; 2023: 9,6%).

## 5. Krankenzusatzversicherung profitiert von hoher Nachfrage

Vorläufige Berechnungen der Statistik Austria für 2024 zeigen einen Zuwachs der laufenden Gesundheitsausgaben um 8,0% auf 57 Mrd. € bzw. 11,8% des BIP (2023: 11,2%). Der Zielsteuerungsplan Gesundheit sieht für das Jahr 2024 ein Wachstum der Obergrenze für laufende Gesundheitsausgaben (ohne Langzeitpflege) der Bundesländer und der Österreichischen Gesundheitskasse von 6,7% vor. Diese Vorgabe dürfte angesichts der vorläufigen Zahlen deutlich überschritten worden sein. Das lag teilweise an der Zunahme der Zahl anspruchsberechtigter Personen in der öffentlichen Krankenversicherung (+0,5%) und teils an der hartnäckig hohen Inflation des Vorjahres, die auch die Kosten für Heilbehandlungen in die Höhe trieb. Die Verschiebung von öffentlichen zu

privaten Ausgaben für laufende Behandlungen hielt 2024 an, wobei private Ausgaben bereits 23,7% der laufenden Ausgaben ausmachten.

Die Prämieinnahmen der Krankenzusatzversicherungen zogen auch 2024 deutlich an (Übersicht 4). Die lebhafteste Dynamik war vor allem Tarifanpassungen in der privaten Krankenzusatzversicherung (Übersicht 2), aber auch der Ausweitung versicherter Risiken um 2% zuzuschreiben. Wie schon in den beiden Vorjahren expandierten die Leistungen kräftig, wobei sich die Leistungsstruktur weiter in Richtung kleinerer Eingriffe verschob. Die Zahl der Schaden- und Leistungsfälle wuchs um 22,2% auf 6,7 Mio. €, sodass

**Mengen- und Tarifsteigerungen sorgten 2024 für zusätzliche Umsätze in der privaten Krankenzusatzversicherung.**

die durchschnittliche Leistungshöhe in der Krankenversicherung auf knapp 400 € sank.

Die Aufwendungen für Spitalskosten und Arzthonorare in Spitälern waren mit rund 1,2 Mrd. € nach wie vor der größte Ausgabenposten der privaten Krankenzusatzversicherungen. An zweiter Stelle folgten die

Aufwendungen für Arztleistungen im niedergelassenen Bereich, die 2024 um knapp ein Viertel stiegen. Weiterhin dynamisch wuchsen auch die Ausgaben für Medikamente (+19,4%) und für nicht-ärztliche Leistungen wie etwa Therapien (+12,5%).

#### Übersicht 4: Private Krankenversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Schadenquote	Überschuss aus der Finanzgebarung	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €	Mio. €	In %	Mio. €	Mio. €
2020	2.433	1.512	62,2	189	590
2021	2.524	1.519	60,2	217	608
2022	2.628	1.709	65,0	174	546
2023	2.860	1.896	66,3	199	544
2024	3.166	2.149	67,9	280	565
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
2020	+ 4,0	- 5,0	- 8,7	- 20,5	+ 29,3
2021	+ 3,8	+ 0,4	- 3,2	+ 15,2	+ 3,0
2022	+ 4,1	+ 12,5	+ 8,1	- 20,1	- 10,1
2023	+ 8,8	+ 10,9	+ 1,9	+ 14,4	- 0,5
2024	+ 10,7	+ 13,4	+ 2,4	+ 40,9	+ 3,9

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Die Prämienhöhe für private Krankenzusatzversicherungen hängt in Österreich u. a. vom Lebensalter bei Vertragsabschluss ab. Da in der Folge keine altersbedingten Prämien erhöhungen vorgesehen sind, müssen für die höheren Behandlungskosten am Lebensende ausreichende Rückstellungen aufgebaut werden, die eine Erfüllbarkeit der Leistungen über die gesamte Vertragslaufzeit gewährleisten. Diese Rückstellungen werden mit einem Vermögen besichert, das auch Kapitalerträge abwirft. Im Jahr 2024 konnte der Überschuss aus der Finanzge-

barung markant gesteigert werden. Dies ermöglichte eine Ausweitung der versicherungstechnischen Rückstellungen (Übersicht 4) und den Aufbau von Eigenkapital.

Das versicherungstechnische Ergebnis der privaten Krankenversicherung übertraf mit 159 Mio. € den Spitzenwert des Jahres 2021 und entsprach ungefähr dem EGT. Trotz des höheren Eigenkapitals stieg die Eigenkapitalrendite auf 25,0% (2023: 16,3%). Damit blieb die Krankenversicherung auch 2024 der profitabelste Versicherungszweig.

## 6. Hochwasser steigerte Leistungen in der Schaden- und Unfallversicherung

Die Schaden-Unfallversicherung profitierte 2024 vom Bevölkerungswachstum (+0,5%), der steigenden Zahl privater Haushalte (+1,0%) und Unternehmen (+1,6%) sowie von der Ausweitung des Kfz-Bestandes (+1,2%). Unter diesen positiven Rahmenbedingungen nahmen die Versicherer um 1,4% mehr Risiken in Deckung. Besonders dynamisch zeigte sich die Luftfahrtversicherung (+23%), weil für die gewerbliche Nutzung von Drohnen eine Haftpflichtversicherung vorgeschrieben ist. Die Maschinen- und Elektrogeräte- (+16,3%) und die Maschinen-Betriebsunterbrechungsversicherung (+9,1%) verzeichneten ebenfalls ein lebhaftes Wachstum. Rückläufig waren die Vertragszahlen hingegen in der Kühltgut- (-6,8%) und der

Kreditversicherung (-6,3%). Das Volumen ausstehender Handelskredite zwischen nichtfinanziellen Unternehmen war 2024 zwar konjunkturbedingt leicht rückläufig, die vermehrten Insolvenzen erhöhten aber gleichzeitig das Risiko von Forderungsausfällen, sodass eine höhere Nachfrage nach Kreditversicherungen zu erwarten gewesen wäre. Die Sturmschaden- und Kleinelementarversicherung reagierte mit +1% an zusätzlichen versicherten Risiken kaum auf die Berichterstattung über das ausgedehnte Hochwasser im Herbst 2024. In Kombination mit Tarifierhöhungen (Übersicht 2) blieb das Prämienvolumen auf Expansionskurs (Übersicht 5).

**Das Hochwasser in Nordostösterreich verursachte 2024 Auszahlungen in der Höhe von 600 bis 700 Mio. €.**

**Die Arbeitsteilung zwischen dem Katastrophenfonds und privaten Naturgefahrenversicherungen ist verbesserungsfähig.**

Die Leistungen der Versicherungswirtschaft stiegen 2024 wegen der Hochwasserschäden in Nordostösterreich kräftig. In weiten Teilen Niederösterreichs wurden 30- bis 100-jährliche Ereignisse gemessen, an vielen Flüssen sogar noch deutlich seltenere Hochwasserspitzen. Erste Schätzungen des Verbands der Versicherungsunternehmen Österreichs (VVO) ergaben hochwasserbezogene Leistungen im Ausmaß von 600 bis 700 Mio. € (VVO, 2024), was ungefähr der Hälfte des Gesamtschadens von 1,3 Mrd. € entspricht, den das Hochwasserereignis vom Herbst 2024 angerichtet hatte (Friesenbichler et al., 2024). Nach einer Zusage der Europäischen Kommission über eine Auszahlung aus dem Europäischen Solidaritätsfonds von 43 Mio. € wurde die Ersatzquote des Katastrophenfonds für Hochwasserschäden von 20% auf 50% angehoben; in Härtefällen wurden 80% gewährt.

Umfangreiche Vorsorgemaßnahmen und intensive Hilfsleistungen der Einsatzkräfte hielten die Hochwasserschäden in Grenzen. Die aktuelle Version des HORA<sup>2)</sup> ermöglicht unter anderem eine 3D-Simulation von Hochwasserereignissen für jedes Gebäude in Österreich, mit der sich auch die Wirksamkeit einfacher Hilfsmaßnahmen wie etwa der Errichtung von Sandsackbarrieren ermitteln lässt. Ein effizientes Risikomanagement für Naturgefahren würde eine Konzentration öffentlicher Mittel auf die Prävention, die unmittelbaren Hilfsmaßnahmen und die Wiederinstandsetzung der öffentlichen Infrastruktur erfordern. Der Aufwand für die Reparatur von Schäden an Privat- und Betriebsobjekten ließe sich dagegen effizienter durch eine verpflichtende Katastrophenversicherung bei privaten Versicherungsunternehmen absichern (Sinabell & Url, 2007). Vorschläge für die Umsetzung einer Privatversicherung für Naturkatastrophen werden seit mehr als einem Jahrzehnt diskutiert.

#### Übersicht 5: Schaden- und Unfallversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Überschuss aus der Finanzgebarung	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €			
2020	11.288	287	6.989	10
2021	11.776	1.217	8.274	18
2022	12.753	705	8.474	25
2023	13.861	1.308	9.096	- 1
2024	14.776	1.237	10.372	14
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
2020	+ 2,3	- 70,5	+ 1,3	- 67,9
2021	+ 4,3	+ 323,3	+ 18,4	+ 85,1
2022	+ 8,3	- 42,0	+ 2,4	+ 40,0
2023	+ 8,7	+ 85,4	+ 7,3	-
2024	+ 6,6	- 5,4	+ 14,0	-

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Hinsichtlich des Überschusses aus der Finanzgebarung konnte die Schaden-Unfallversicherung das Rekordergebnis des Vorjahres nicht ganz erreichen (Übersicht 5). Die erfolgreiche Veranlagung ermöglichte es aber, das schwache versicherungstechnische

Ergebnis von 64 Mio. € auszugleichen und ein EGT von 1,3 Mrd. € auszuweisen. Dies erlaubte den Aufbau von Eigenkapital und eine Eigenkapitalrendite von 2,8% (2023: 3,2%).

## 7. Stabiles Veranlagungsergebnis in der Versicherungswirtschaft

Die EZB reagierte ab Mitte 2024 auf die nachlassende Inflation und begann mit der Senkung der Leitzinssätze. Innerhalb von vier Terminen senkte sie den Hauptrefinanzierungssatz auf 3,15%. Im Herbst folgte die Federal Reserve Bank der USA dem Beispiel des Euro-Raumes. Die EZB zog sich auch stärker aus dem Anleihenmarkt zurück. Die Wiederveranlagung abreifender Wertpapiere

innerhalb des Pandemie-Notfallkaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) wurde zur Jahresmitte 2024 halbiert und Ende 2024 vollständig eingestellt, und der Abbau im Rahmen des normalen Wertpapierankaufprogrammes (Asset Purchase Programme – APP) fortgesetzt.

<sup>2)</sup> Natural Hazard Overview and Risk Assessment (<https://hora.gv.at/#/chwrz:-/bgrau/a-/@47.72463.13.50823.8z>).



Die Anleihenmärkte zeigten sich 2024 weder vom geldpolitischen Kurswechsel noch vom hohen Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hand beeindruckt. Die Rendite für Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren (Benchmark) bewegte sich nur in einer engen Bandbreite und kehrte zum Jahresende wieder zu den Ausgangswerten vom Jänner 2024 zurück (Euro-Raum) bzw. lag nur geringfügig darüber (USA +0,3 oder Japan +0,4 Prozentpunkte). Die Zinsstrukturkurve blieb im Jahresverlauf negativ, näherte sich aber zusehends der Nulllinie an. Wesentlich größer waren die Kursbewegungen auf den Aktienmärkten. Ein weltweites Aktienportfolio (MSCI-World) erzielte umgerechnet in Euro und einschließlich der Dividendenzahlungen einen Zugewinn von 27,2%.

Die zur Ermittlung des Solvenzkapitals wichtige "Risk-Free Interest Rate" (RFR) von EIOPA reicht über einen Horizont von 150 Jahren und dient zur Berechnung der Barwerte zukünftiger Einnahmen und Ausgaben in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz. Über einen Horizont von 2 bis zu rund 20 Jahren Restlaufzeit stieg die RFR im Jahresverlauf 2024 im Durchschnitt um 0,32 Pro-

zentpunkte, was den Barwert erwarteter Einnahmen- und Ausgabenströme verringerte.

Der vermehrte Abschreibungsbedarf auf Kapitalanlagen von 0,8 Mrd. € (2023: 0,5 Mrd. €) führte 2024 zu einer geringeren Übertragung von Kapitalerträgen in die versicherungstechnische Rechnung. Die Rendite auf versicherungswirtschaftliche Kapitalanlagen lag 2024 nur in der Krankenversicherung über dem Vorjahreswert. In der Lebensversicherung und in der Schaden-Unfallversicherung konnte dennoch die umlaufgewichtete Rendite auf österreichische Staatsanleihen übertroffen werden (Übersicht 6).

Die in Übersicht 6 ausgewiesenen Renditen beruhen auf dem Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft aus Erträgen der Kapitalanlagen und Zinserträgen nach Abzug von Aufwendungen für Kapitalanlagen und Zinsaufwendungen ohne die fonds- und indexgebundene Lebensversicherung (Url, 1996). Dies entspricht nicht der Gutschrift von Kapitalerträgen auf den Konten der Versicherten, sondern dem Veranlagungserfolg der Gesamtbranche.

Während die Anleihenmärkte kaum Richtung nahmen, entwickelten sich die Aktienmärkte 2024 sehr dynamisch.

Die höhere Risk-Free Interest Rate von EIOPA dämpfte 2024 den Barwert zukünftiger Einnahmen- und Ausgabenströme.

Der hohe Abschreibungsbedarf auf Veranlagungen verminderte die Übertragung von Kapitalerträgen in die versicherungstechnische Rechnung.

Übersicht 6: Renditen der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Sekundärmarktrendite Bund	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung
	Rendite in %			
2020	- 0,3	2,7	2,3	1,1
2021	- 0,3	3,2	2,5	4,6
2022	1,3	2,6	1,8	2,6
2023	3,0	3,1	2,0	4,8
2024	2,8	3,0	2,6	4,4

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, OeNB, WIFO-Berechnungen.

Die klassische Lebensversicherung ist mit Garantien ausgestattet und in der Schaden-Unfallversicherung muss das veranlagte Kapital jederzeit zur Finanzierung eines außerordentlichen Schadenereignisses zur Verfügung stehen. Deshalb veranlagt die Versicherungswirtschaft ihr Anlagevermögen konservativ. Das Portfolio bestand 2024 zum

Großteil aus festverzinslichen Anleihen (37%). Die Versicherer legten 19% ihres Vermögens in Investmentfonds und 26% in Beteiligungen an. Investitionen in Immobilien machten 9% der Veranlagung aus, Kredite und Hypotheken 5%. Noch geringer war der Anteil von Aktien mit 1,3% (FMA, 2025a).

## 8. Literaturhinweise

Actuarial Association of Europe – AAE (2021). Extrapolation of the Risk-Free Interest Rate Term Structure in the Context of the Solvency II Review. <https://actuary.eu/wp-content/uploads/2021/07/AAE-Extrapolation-paper-final.pdf>.

Baumgartner, J., Bierbaumer, J., Bilek-Steindl, S., Bitschi, B., Glocker, C., & Schratzenstaller, M. (2025). Zweites Rezessionsjahr in Österreich. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 199-215. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58156226>.

Deloitte (2025). Solvency II review 2025. <https://www.deloitte.com/lu/en/our-thinking/future-of-advice/solvency-ii-review-2025.html>.

Europäische Kommission (2025). European Economic Forecast – Spring 2025. *European Economy Institutional Paper*, (318).

European Insurance and Occupational Pensions Authority – EIOPA (2024). 2024 Insurance Stress Test. [https://www.eiopa.europa.eu/document/download/f8a234b0-a84a-49ff-975e-c47f8849bfc0\\_en?file\\_name=Report%20-%20Insurance%20Stress%20Test%202024.pdf](https://www.eiopa.europa.eu/document/download/f8a234b0-a84a-49ff-975e-c47f8849bfc0_en?file_name=Report%20-%20Insurance%20Stress%20Test%202024.pdf).

Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2025a). 2024 – Jahresbericht der Finanzmarktaufsichtsbehörde.

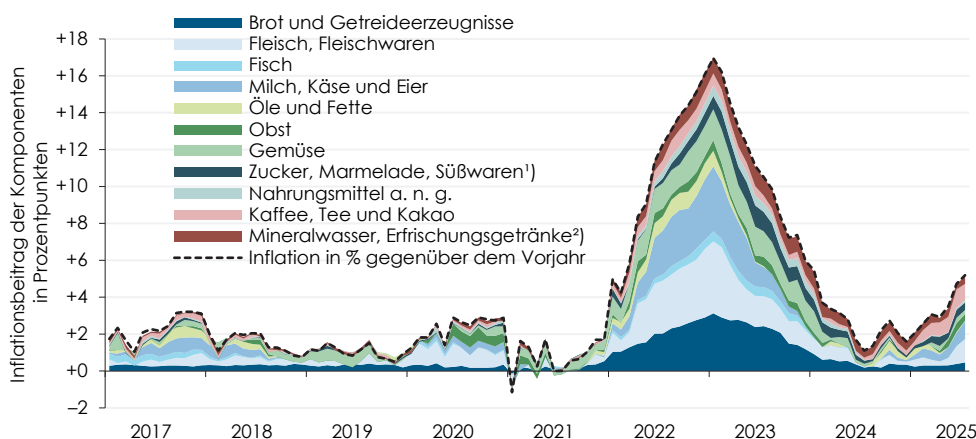
- Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2025b). *Der Markt für die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge 2024*.
- Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2025c). *Bericht der FMA zur Lage der österreichischen Versicherungswirtschaft 2024*.
- Friesenbichler, K., Ialongo, L., Klimek, P., Renhart, A., & Sinabell, F. (2024). A Rapid Assessment of the Economic Impact of the Central European Flood 2024 on Austria. *WIFO Research Briefs*, (14). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54462430>.
- Haindl, A., Bachner, F., Brzozowska, Z., Carrato, G., Ellmerer, E., & Gredinger, H. (2025). *Monitoringbericht Zielsteuerung-Gesundheit Berichtsjahr 2024*. Gesundheit Österreich GmbH. [https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitsreform-\(Zielsteuerung-Gesundheit\)/Zielsteuerung-Gesundheit---Monitoringberichte.html](https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitsreform-(Zielsteuerung-Gesundheit)/Zielsteuerung-Gesundheit---Monitoringberichte.html).
- Insurance Europe (2025, 5. September). Solvency II reform falls short in making Europe more competitive, warn insurers. <https://www.insuranceeurope.eu/news/3412/solvency-ii-reform-falls-short-in-making-europe-more-competitive-warn-insurers>.
- Pitlik, H., & Url, T. (2020). *Schätzung der Kosten staatlicher Regularien in der österreichischen Versicherungsbranche*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4149696>.
- Sinabell, F., & Url, T. (2007). *Effizientes Risikomanagement für Naturgefahren am Beispiel von Hochwasser*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4063722>.
- Swiss Re (2025). *World Insurance in 2025: A Riskier, More Fragmented World Order*. *Sigma*, (2).
- Url, T. (1996). *Kennzahlen zur österreichischen Versicherungswirtschaft*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4042682>.
- Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs – VVO (2024, 20. September). *Hochwasser: Österreichische Versicherer befürchten Rekordschadenssumme von 600-700 Mio. Euro*. <https://www.vvo.at/presse-artikel/hochwasseroesterreichische-versicherer-befuerchten-rekordschadenssumme-von-600-700-mio-euro/>.

# Einfluss der Agrargüter- auf die Lebensmittelpreise schwindet

Franz Sinabell

- Aggregierte Erfolgskennzahlen zum österreichischen Agrarsektor zeigen nur geringe Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, wenngleich es auf einzelnen Märkten, etwa jenem für Zuckerrüben, zu starken Bewegungen kam.
- Obwohl das Produktionsvolumen und die Preise für Agrargüter gegenüber 2023 sanken, nahm das Einkommen in der Landwirtschaft wieder leicht zu, da die Umweltförderungen ausgeweitet wurden.
- Der Importüberschuss bei Agrargütern und Lebensmitteln erreichte 2024 mit über 2 Mrd. € einen neuen Höchstwert, nachdem die Handelsbilanz in den Jahren 2020 bis 2022 nahezu ausgeglichen gewesen war.
- In der Forstwirtschaft war die Produktion 2024 höher als im Vorjahr, allerdings sanken die Holzpreise. Somit veränderten sich die wirtschaftlichen Erfolgsfaktoren kaum.
- Eine genauere Betrachtung der Komponenten, die zu Preisveränderungen bei Lebensmitteln führen, zeigt einen schwindenden Einfluss der Agrarrohstoffpreise im Allgemeinen. Derzeit sind jedoch verknappte Rohstoffe aus dem Ausland für den Preisanstieg mitverantwortlich.

## Zusammensetzung der Inflation bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken



Die Verteuerung von Lebensmitteln hat nach dem Höhepunkt in den Jahren 2022 und 2023 erneut Fahrt aufgenommen. Vorwiegend aus heimischen Rohstoffen erzeugte Produkte wie Mehl und Brot tragen derzeit kaum zum Preisauftrieb bei. Dagegen verteuern sich Kakao und Kaffee seit 2024 stark. Im Juli 2025 betrug die Inflationsrate bei Nahrungsmitteln 5,2% und lag damit über der Gesamtinflation (Q: WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond; Statistik Austria, Verbraucherpreisindex (VPI bzw. HVPI). – 1) Zucker, Marmelade, Honig, Schokolade, Süßwaren. – 2) Mineralwasser, Erfrischungsgetränke und Säfte).

**"Der Vorschlag der österreichischen Bundesregierung für mehr Transparenz bei den Lebensmittelpreisen geht in die Richtung eines Preismonitorings wie in Frankreich. Dort wird bereits seit über einem Jahrzehnt für eine große Zahl an Lebensmitteln die Zusammensetzung der Preise im Detail ausgewiesen."**

# Einfluss der Agrargüter- auf die Lebensmittelpreise schwindet

Franz Sinabell

## Einfluss der Agrargüter- auf die Lebensmittelpreise schwindet

Schlüsselkennzahlen zu Österreichs Land- und Forstwirtschaft zeigen für das Jahr 2024 kaum Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, wenngleich es auf der Ebene einzelner Gütermärkte, etwa bei Zuckerrüben, starke Bewegungen gab. Im Außenhandel mit Agrargütern und Lebensmitteln wurden die Importe erneut beträchtlich ausgeweitet. Ein wichtiger Grund dafür war die Verteuerung von Kaffee, Kakao und Südfrüchten, die zunehmend für die derzeit hohe Inflation bei Nahrungsmitteln und Getränken verantwortlich ist. Nach der Phase außerordentlich hoher Preise von im Inland erzeugten Agrargütern im Gefolge der Turbulenzen auf den internationalen Märkten im Jahr 2022 ist das Preisniveau von Getreide und anderen pflanzlichen Produkten deutlich gesunken. In den Lebensmittelpreisen schlägt sich die Verbilligung von Agrargütern nur verzögert und in abgeschwächter Weise nieder. Daten zu den Einkaufspreisen des Lebensmittelhandels bieten genauere Einblicke in die Dynamik der Preisgestaltung. Der Einfluss der Preise landwirtschaftlicher Rohstoffe nimmt dabei ab, da andere Kostenpositionen an Gewicht gewinnen.

**JEL-Codes:** E32, E66, Q18 • **Keywords:** Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Preisanalyse

**Begutachtung:** Ina Meyer • **Wissenschaftliche Assistenz:** Dietmar Weinberger ([dietmar.weinberger@wifo.ac.at](mailto:dietmar.weinberger@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 15. 9. 2025

**Kontakt:** Franz Sinabell ([franz.sinabell@wifo.ac.at](mailto:franz.sinabell@wifo.ac.at))

## Influence of Agricultural Commodities on Food Prices Wanes

Key aggregate figures on Austria's agriculture and forestry sectors show little change for 2024 compared to the previous year, although there were significant fluctuations in individual commodity markets, such as sugar beet. In foreign trade in agricultural goods and foodstuffs, imports expanded considerably once again. One important reason for this was the rise in the price of coffee, cocoa and tropical fruits, which is increasingly responsible for the current high inflation in food and beverages. Following a period of exceptionally high prices for domestically produced agricultural goods in the wake of the turmoil on international markets in 2022, the price level of cereals and other plant products has fallen significantly. The fall in agricultural commodity prices is only reflected in food prices with a delay and to a lesser extent. Data on food retail purchase prices provide more detailed insights into pricing dynamics. The influence of agricultural commodity prices is declining as other cost items gain in importance.

## 1. Einkommen in der Landwirtschaft 2024 leicht höher, in der Forstwirtschaft unmerklich niedriger als im Vorjahr

**Während Schlüsselkennzahlen zum Agrarsektor kaum Veränderungen gegenüber dem Vorjahr zeigen, gab es auf einzelnen Gütermärkten deutliche Bewegungen.**

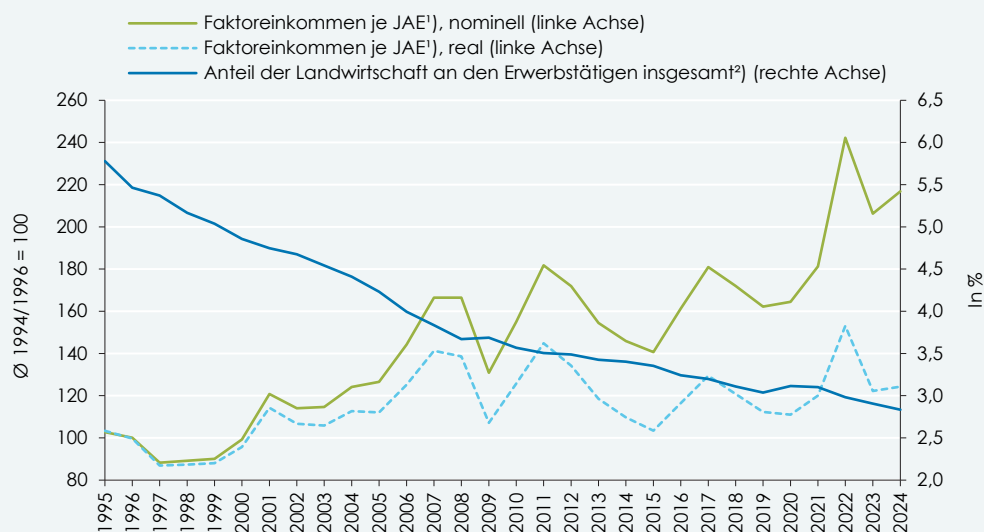
Im Jahr 2024 erhöhte sich das Faktoreinkommen in der österreichischen Landwirtschaft nach dem herben Einbruch im Vorjahr (rund –600 Mio. €; Sinabell, 2023) um 2,7% auf gut 3 Mrd. €. Da die Zahl der Beschäftigten neuerlich abnahm (–2,3%), betrug der Einkommenszuwachs pro Jahresarbeitseinheit nominell 5,1% und real 2,8% gegenüber dem Vorjahr. Das reale Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit (JAE) erreichte somit wieder das bereits vor etwa 20 Jahren gemessene Niveau (Abbildung 1).

In der österreichischen Forstwirtschaft verringerte sich das Faktoreinkommen im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um 1,4% auf 1,1 Mrd. €. Da die Beschäftigung leicht zunahm, fiel das Faktoreinkommen je JAE um

3,8% geringer aus, blieb mit 61.810 € aber mehr als doppelt so hoch als in der Landwirtschaft (26.480 €).

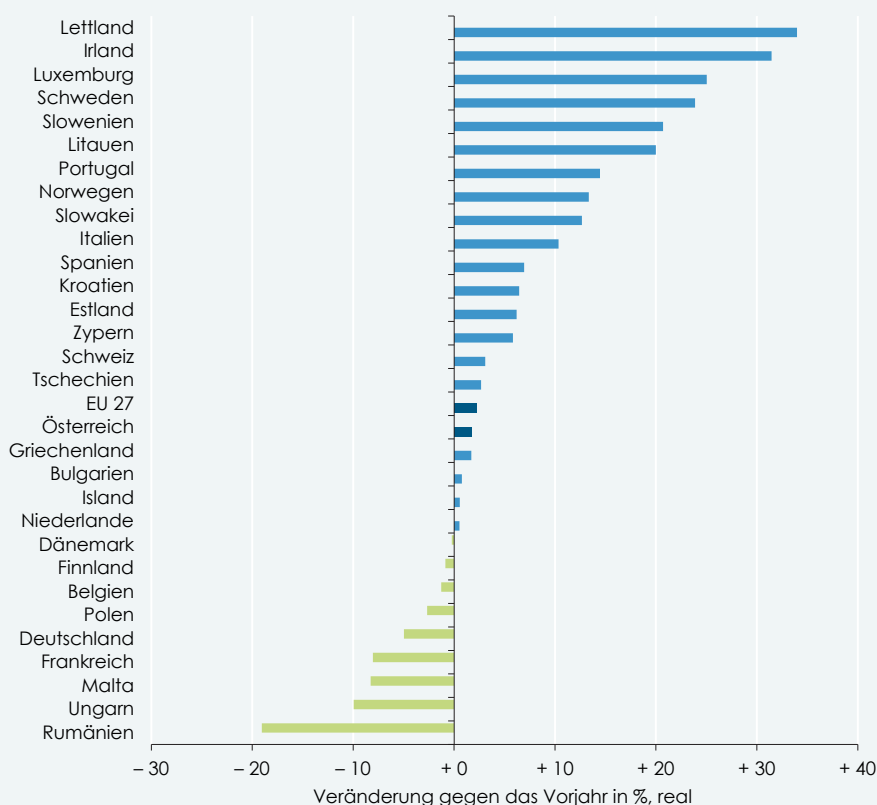
Der Beschäftigtenstand der Landwirtschaft betrug 2024 knapp 116.000 Jahresarbeitseinheiten. Nachdem er sich in den Jahren 2020 und 2021 stabilisiert hatte, entspricht die Rate der Abwanderung nun wieder dem in der Vergangenheit beobachteten Trend. In der Forstwirtschaft wurde die Beschäftigung 2024 um 2,6% auf über 18.000 Vollzeitkräfte ausgeweitet. Dort schwankt der Beschäftigtenstand von Jahr zu Jahr um etwa 1.000 bis 2.000 Personen, da Schadereignisse immer wieder zu nicht geplanten Arbeitsspitzen führen.

Abbildung 1: **Faktoreinkommen in der Landwirtschaft und Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen**



Q: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria, LGR01 Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, Werte zu jeweiligen Preisen (in Mio. €) ab 1995, Datenstand Juli 2025; WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> JAE: landwirtschaftlicher Arbeitseinsatz (entlohnt und nichtentlohnt) gemessen in Jahresarbeitseinheiten bzw. Vollzeitäquivalenten (Zahl der auf Normalarbeitszeit umgerechneten Beschäftigungsverhältnisse). – <sup>2)</sup> Gemessen in Vollzeitäquivalenten (VZÄ).

Abbildung 2: **Indikator A: Index des realen Faktoreinkommens in der Landwirtschaft je JAE 2024**



Q: Statistik Austria, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, Stand Juli 2025; Eurostat, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung – Einkommen des Landwirtschaftssektors (Indikatoren A, B, C), Datenstand August 2025, Daten abgefragt am 5. 9. 2025; WIFO-Berechnungen. JAE: landwirtschaftlicher Arbeitseinsatz (entlohnt und nichtentlohnt) gemessen in Jahresarbeitseinheiten bzw. Vollzeitäquivalenten.

In der Europäischen Union stieg das landwirtschaftliche Einkommen je JAE im Jahr 2024 etwa im gleichen Umfang wie in Österreich, wobei es zwischen den Ländern große Unterschiede gab (Abbildung 2). Besonders deutliche Rückgänge verzeichneten Rumänien (-19%) und Ungarn (-10%), außergewöhnliche Zuwächse dagegen Lettland (+34%), Irland (+32%), Luxemburg (+25%) und Schweden (+24%). Obwohl innerhalb der EU

die Preise wichtiger Agrargüter sehr ähnlich sind und sich meist in die gleiche Richtung verändern, entwickeln sich die Agrareinkommen Jahr für Jahr sehr unterschiedlich. Dies liegt vor allem an länderspezifischen Schwankungen im Ertrag wichtiger Kulturpflanzen und an Zahlungen zur Stützung des Einkommens bzw. zum Ausgleich von Schäden.

**Der Produktionswert der Landwirtschaft nahm 2024 geringfügig ab, wobei sowohl das Produktionsvolumen als auch die Preise sanken.**

## 2. Produktionswert der Land- und Forstwirtschaft 2024 etwas geringer

Im Jahr 2024 betrug der Produktionswert der österreichischen Landwirtschaft knapp unter 10 Mrd. € (nominell) und war somit um 2,1% niedriger als im Jahr davor. Ausweitungen nicht trennbarer nichtlandwirtschaftlicher Nebentätigkeiten um 6,5% und landwirtschaftlicher Dienstleistungen um 2,7% konnten die Verringerung der Produktion pflanzlicher Güter (-5,8%) und der Güter tierischer Herkunft (-0,1%) nicht ausgleichen.

Im Pflanzenbau kam es bei den meisten Gütern kaum zu Veränderungen gegenüber dem Jahr 2023. Das Produktionsvolumen nahm um 0,4% ab und die Preise verringerten sich um 1,7%. Beträchtlich ausgeweitet wurde die Produktion von Zuckerrüben (+28%), Kartoffeln (+22%) und Eiweißpflanzen (+12%). Während sich der Preis für Eiweißpflanzen kaum vom Vorjahr unterschied, verbilligten sich Zuckerrüben um fast 52% und Kartoffeln um 13%.

Übersicht 1: **Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen in der österreichischen Landwirtschaft**

	Wert		2024	2024 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Volumen 2024 2023 = 100	Preise 2024
	2022	2023 Mio. €				
<b>Zu Erzeugerpreisen</b>						
Pflanzliche Produktion <sup>1)</sup>	5.098	4.415	4.157	- 5,8	97,8	96,3
+ Tierische Produktion	4.479	4.739	4.732	- 0,1	101,1	98,8
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	9.577	9.154	8.889	- 2,9	99,5	97,6
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	415	416	427	+ 2,7	98,7	104,0
= Landwirtschaftliche Erzeugung	9.993	9.570	9.317	- 2,6	99,5	97,9
+ Nicht trennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	580	624	665	+ 6,5	102,4	104,0
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	10.573	10.194	9.982	- 2,1	99,6	98,3
<b>Zu Herstellungspreisen</b>						
Pflanzliche Produktion	5.091	4.408	4.151	- 5,8	97,8	96,3
+ Tierische Produktion	4.485	4.745	4.739	- 0,1	101,1	98,8
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	9.575	9.152	8.889	- 2,9	99,5	97,6
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	415	416	427	+ 2,7	98,7	104,0
= Landwirtschaftliche Erzeugung	9.991	9.568	9.317	- 2,6	99,5	97,9
+ Nicht trennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	580	624	665	+ 6,5	102,4	104,0
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	10.571	10.193	9.982	- 2,1	99,7	98,3
- Vorleistungen insgesamt <sup>1)</sup>	6.126	5.861	5.647	- 3,6	101,8	94,7
<b>= Bruttowertschöpfung</b>	<b>4.446</b>	<b>4.332</b>	<b>4.334</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>96,8</b>	<b>103,4</b>
- Abschreibungen	2.453	2.658	2.731	+ 2,8	100,6	102,2
<b>= Nettowertschöpfung</b>	<b>1.992</b>	<b>1.674</b>	<b>1.603</b>	<b>- 4,2</b>	<b>90,7</b>	<b>105,6</b>
± Saldo sonstiger Produktionsabgaben, Subventionen	1.573	1.314	1.466	+ 11,6		
<b>= Faktoreinkommen bzw. Nettowertschöpfung zu Faktorkosten</b>	<b>3.565</b>	<b>2.988</b>	<b>3.069</b>	<b>+ 2,7</b>		
<b>Nominales Faktoreinkommen je JAE<sup>2)</sup></b>	<b>1.000 €</b>	<b>29,58</b>	<b>25,19</b>	<b>+ 5,1</b>		

Q: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria, LGR01 Landwirtschaftliche Gesamtrechnung gemäß ESVG 2010, zu laufenden Preisen, Revisionsstand Juli 2025; WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich innerbetrieblich erzeugter und verbrauchter Futtermittel. – <sup>2)</sup> JAE: landwirtschaftlicher Arbeits-einsatz (entlohnt und nichtentlohnt) gemessen in Jahresarbeitseinheiten bzw. Vollzeitäquivalenten (Zahl der auf Normalarbeitszeit umgerechneten Beschäftigungsverhältnisse).

## Übersicht 2: Subventionen und Steuern in der österreichischen Landwirtschaft

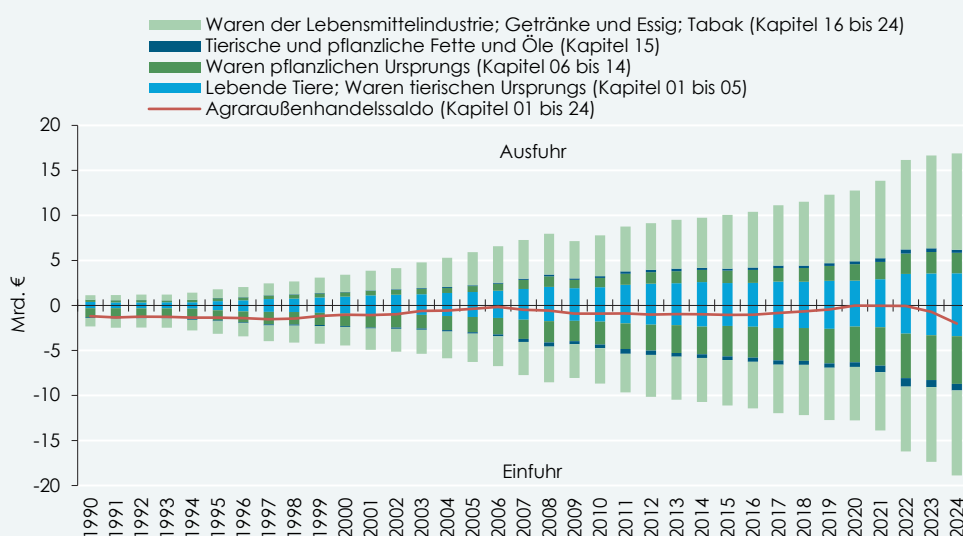
	2023	2024	2024
	Mio. €		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderungen insgesamt	1.539	1.683	+ 9,4
Gütersubventionen	8	8	+ 2,9
Sonstige Subventionen	1.485	1.617	+ 8,9
Direktzahlungen <sup>1)</sup>	563	562	- 0,2
Agrarumweltmaßnahmen (ÖPUL) <sup>2)</sup>	527	585	+ 11,0
Ausgleichszulage für naturbedingte Nachteile	264	289	+ 9,5
Entlastungsmaßnahmen <sup>3)</sup>	19	47	+ 154,3
Sonstiges	113	135	+ 19,0
Minderung Vorleistungen <sup>4)</sup>	47	58	+ 24,4
Steuern und Abgaben	180	159	- 11,5
Gütersteuern	9	8	- 10,6
Sonstige Produktionsabgaben	171	151	- 11,6

Q: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria, LGR01 Landwirtschaftliche Gesamtrechnung gemäß ESVG 2010, zu laufenden Preisen, Revisionsstand Juli 2025. – <sup>1)</sup> Ohne Junglandwirteförderung (als Vermögenstransfer verbucht) und Öko-Regelung (beim ÖPUL eingeschlossen). – <sup>2)</sup> Gemäß Österreichischem Programm für umweltgerechte Landwirtschaft (ÖPUL), ab 2023 einschließlich Öko-Regelung. – <sup>3)</sup> Bodenbewirtschaftungsbeitrag (2023: 2. Stufe des Stromkostenzuschusses sowie Soforthilfemaßnahmen für Ackerbau, Almwirtschaft und Puthaltung). – <sup>4)</sup> Temporäre Agrardieselmrückvergütung, Rückvergütung CO<sub>2</sub>-Bepreisung.

In der Tierhaltung stieg die Produktionsmenge leicht um 1,1%, allerdings sanken die Preise um 1,2%, sodass der Produktionswert gegenüber dem Vorjahr geringfügig abnahm. Mit Ausnahme der Rindfleischproduktion, die um 1,1% zurückging, wurde die Produktion in allen Bereichen der tierischen Erzeugung ausgeweitet, vor allem in der

Kategorie "sonstige Tiere" (+3,9%), zu der Geflügel, Schafe, Ziegen und Einhufer zählen. Die Milchproduktion stieg nur leicht um knapp 1%. Höhere Preise wurden für Rind- und Geflügelfleisch erzielt. Milch wurde hingegen billiger abgesetzt (-2,2%) und die Preise von Schweinefleisch waren um fast 6% niedriger als 2023.

Abbildung 3: Österreichs Außenhandel mit Agrargütern und Lebensmitteln nach Warenabschnitten des Harmonisierten Systems (KNO)



Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

### 3. Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft stagniert

Die Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereiches (Produktionswert) war im Jahr 2024 wie erwähnt um 2,1% niedriger als im Vorjahr, während die Kosten für Vorleistungen um 3,6% sanken. Die Bruttowert-

schöpfung lag mit 4,3 Mrd. € somit nahezu auf dem Niveau von 2023 (Übersicht 1).

Wie bereits in den Vorjahren stiegen auch 2024 die Abschreibungen (+2,8%). Dadurch

Mit 4,3 Mrd. € war die Bruttowertschöpfung in der heimischen Landwirtschaft praktisch gleich hoch wie 2023. Die Faktoreinkommen stiegen aufgrund höherer Subventionen um 2,7%.

verringerte sich die Nettowertschöpfung um 4,2%. Der Saldo der sonstigen Produktionsabgaben und -subventionen erhöhte sich zugunsten der Landwirtschaft auf knapp 1,5 Mrd. € und war um 11,6% höher als 2023 (Übersicht 2). Diese Veränderung folgt

einerseits aus einer Ausweitung der Förderungen um 9,4% und andererseits aus einer Verringerung der Steuern und Abgaben um 11,5%. Besonders ins Gewicht fiel die Erhöhung der Prämien für das Agrarumweltprogramm um fast 60 Mio. €.

**Hatte Österreich in den Jahren 2020 bis 2022 Agrargüter und Lebensmittel noch in nahezu gleichem Umfang auswie eingeführt, so erreichte 2024 der Überschuss der Importe bereits einen Wert von über 2 Mrd. €.**

#### 4. Außenhandelsbilanz bei Agrargütern und Lebensmitteln deutlich ungünstiger als in den Jahren zuvor

Seit dem EU-Beitritt vor drei Jahrzehnten hat sich Österreichs internationale Wettbewerbsposition kontinuierlich verbessert (vgl. Rütten & Sinabell, 2025). In den Jahren 2020 bis 2022 war der Wert der Ausfuhren von Agrargütern und Lebensmitteln fast so hoch wie der Wert der Einfuhren, und die Handelsbilanz dieser

Güter somit weitgehend ausgeglichen. 2023 kam es allerdings zu einer Trendwende, die sich 2024 verfestigte: Mit 18,8 Mrd. € überstieg der Wert der Importe jenen der Exporte um 2,2 Mrd. € (Berechnung gemäß KNO; Abbildung 3 und Übersicht 3).

### Übersicht 3: Österreichs Außenhandel mit Agrargütern und Lebensmitteln 2024

Kombinierte Nomenklatur – KNO

	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
	Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt	EU 27
	Anteile in %		Mio. €	
<b>I Lebende Tiere; Waren tierischen Ursprungs</b>	<b>21,1</b>	<b>18,1</b>	<b>+ 155,3</b>	<b>+ 49,6</b>
01 Lebende Tiere	0,9	1,4	- 124,1	- 157,3
02 Fleisch und Fleischwaren	8,6	7,0	+ 142,1	- 9,5
03 Fische, Krebstiere, Weichtiere	0,4	2,3	- 367,1	- 144,0
04 Milch, Milcherzeugnisse, Eier und Honig	10,8	6,8	+ 539,1	+ 355,9
05 Andere Waren tierischen Ursprungs	0,4	0,5	- 34,7	+ 4,6
<b>II Waren pflanzlichen Ursprungs</b>	<b>13,5</b>	<b>28,1</b>	<b>- 3.024,9</b>	<b>- 1.865,3</b>
06 Waren pflanzlichen Ursprungs	0,3	2,5	- 425,0	- 412,7
07 Gemüse, Wurzeln, Knollen	1,3	4,8	- 676,1	- 560,8
08 Früchte	2,2	8,6	- 1.266,5	- 486,7
09 Kaffee u. Ä., Gewürze	1,3	3,4	- 421,5	- 275,7
10 Getreide	3,7	3,9	- 121,6	- 62,3
11 Müllereierzeugnisse	2,2	1,0	+ 169,1	+ 131,1
12 Ölsaaten und ölhaltige Früchte	2,5	3,4	- 220,5	- 160,1
13 Schellack, Gummen, Harze und andere Pflanzensäfte	0,1	0,4	- 58,2	- 35,7
14 Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs	0,0	0,0	- 4,6	- 2,6
<b>III Tierische und pflanzliche Fette und Öle sowie deren Spaltprodukte; zubereitete Speisefette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs</b>	<b>2,0</b>	<b>3,9</b>	<b>- 400,8</b>	<b>- 374,2</b>
15 Tierische und pflanzliche Öle und Fette	2,0	2,9	- 400,8	- 374,2
<b>IV Waren der Lebensmittelindustrie; Getränke, alkoholhaltige Flüssigkeiten und Essig; Tabak</b>	<b>63,4</b>	<b>50,0</b>	<b>+ 1.267,1</b>	<b>+ 236,2</b>
16 Zubereitungen von Fleisch, Fischen u. Ä.	4,8	3,2	+ 201,4	+ 225,6
17 Zucker und Zuckerwaren	2,8	2,7	- 27,1	- 122,1
18 Kakao, Kakaozubereitungen	4,8	5,2	- 174,9	- 34,2
19 Zubereitungen aus Getreide und anderen Backwaren	10,1	9,4	- 80,4	- 185,2
20 Zubereitungen von Gemüse und Früchten u. Ä.	6,9	7,2	- 197,8	- 47,8
21 Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	7,8	7,2	- 45,5	- 219,7
22 Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	18,7	6,6	+ 1.908,9	+ 992,2
Energydrinks	2,2	0,4	+ 290,2	+ 234,1
23 Rückstände und Abfälle, Tierfutter	7,3	6,0	+ 114,6	- 35,1
24 Tabak und Tabakwaren	0,2	2,4	- 432,2	- 337,4
			Mio. €	
<b>Agrarhandel insgesamt laut KNO</b>	<b>16.881,75</b>	<b>18.885,09</b>	<b>- 2.003,3</b>	<b>- 1.953,6</b>
Agrarhandel insgesamt laut SITC <sup>1)</sup>	16.609,84	18.752,59	- 2.142,8	- 2.092,5
			Veränderung gegen das Vorjahr in %	
<b>Agrarhandel insgesamt laut KNO</b>	<b>+ 1,3</b>	<b>+ 8,7</b>	<b>- 182,2</b>	<b>- 42,9</b>
Agrarhandel insgesamt laut SITC <sup>1)</sup>	+ 1,8	+ 8,5	- 120,2	- 29,6

Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2024: endgültige Werte. Ein positives Vorzeichen von Saldenveränderungen ist als Rückgang des Importüberschusses zu interpretieren. SITC . . . Standard International Trade Classification, Rev. 4. – <sup>1)</sup> Die Summen nach KNO- und SITC-Nomenklatur weichen wegen des jeweiligen Aggregationsverfahrens (SITC 0, 1, 21, 22, 29, 4) und der zunehmenden Zahl von Positionen, die in der KNO-Außenhandelsdatenbank der Geheimhaltung unterliegen, voneinander ab.



Österreich exportiert vor allem Milch und andere Produkte tierischen Ursprungs und erzielt dabei sowohl gegenüber anderen EU-Ländern als auch gegenüber Drittländern einen deutlichen Überschuss. In beträchtlichem Ausmaß importiert werden lebende Tiere, die in Österreich geschlachtet und verarbeitet werden, sowie Fische, Krebse und Weichtiere (Übersicht 3).

In der Kategorie der Waren pflanzlichen Ursprungs importiert Österreich mit Ausnahme der Müllereierzeugnisse in allen Positionen deutlich mehr Güter als es exportiert.

Besonders groß ist der Überhang der Einfuhren bei Früchten, Gemüse, Ölsaaten, Kaffee und Gewürzen.

Lebensmittelindustriewaren werden dagegen deutlich häufiger exportiert als importiert. Besonders hoch ist der Überschuss der heimischen Ausfuhren in der Position "Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig". Hohe Importüberhänge gibt es dagegen bei Tabak und Tabakwaren, Kakao und Kakaobereitungen sowie bei Zubereitungen von Gemüse und Früchten.

## 5. Forstwirtschaft steigerte Produktion trotz sinkender Preise

In der heimischen Forstwirtschaft wurden 2024 knapp 20 Mio. Erntefestmeter eingeschlagen (ohne Rinde). Wie schon in den Jahren zuvor war die Menge an Schadholz infolge von Borkenkäferbefall beträchtlich (2,75 Mio. Efm), aber rückläufig. Die Menge des übrigen Schadholzes war mit 8,26 Mio. Efm jedoch deutlich höher. Der Normaleinschlag betrug 9,02 Mio. Efm (Abbildung 4). Die kontinuierliche Ausweitung der Holzproduktion ist zu einem Gutteil auf die Ausdehnung der Waldflächen in den letzten Jahrzehnten zurückzuführen (vgl. Sinabell, 2023).

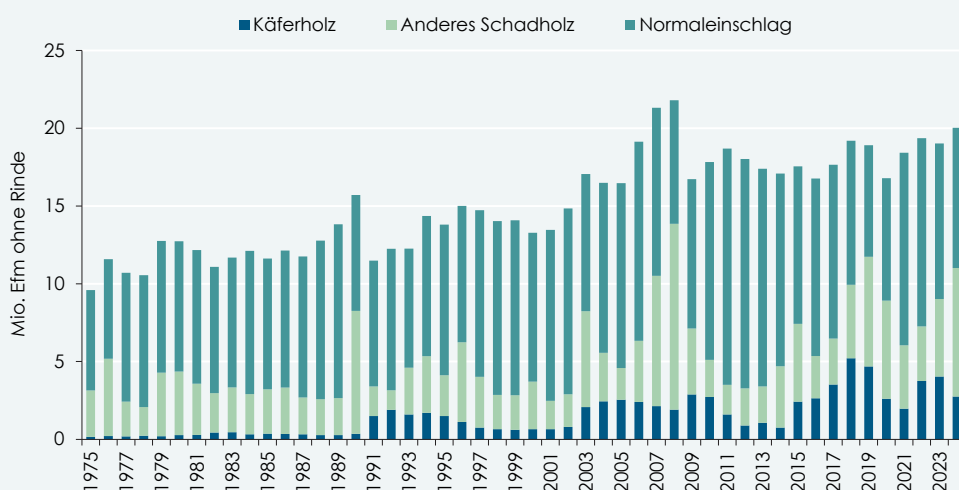
Nach dem Höchststand im Jahr 2022 sanken die Preise für Holz im Jahr 2024 neuerlich leicht. Während das Preisniveau von Schleifholz bereits wieder den niedrigen Wert von 2010 erreichte, waren die Preise für Nadelsägerundholz immer noch deutlich höher als vor zehn Jahren (Abbildung 5).

Trotz der Ausweitung der Holzernte war der Produktionswert forstwirtschaftlicher Güter im Jahr 2024 wegen der niedrigeren Preise um 3,1% geringer als im Vorjahr. Bei der Interpretation dieser Zahl ist allerdings zu beachten, dass der nicht geerntete Nettozuwachs an Holz im wirtschaftlich genutzten Ertragswert in die Berechnung eingeht.

Der Wert forstwirtschaftlicher Dienstleistungen erhöhte sich leicht um 0,6%, während der Wert der nicht trennbaren nichtforstwirtschaftlichen Nebentätigkeiten im gleichen Umfang sank. Der Produktionswert der Forstwirtschaft war mit 2,9 Mrd. € nur um 0,9% niedriger als im Jahr 2023. Sowohl die Brutto- als auch die Nettowertschöpfung verringerten sich, obwohl der Wert der bezogenen Vorleistungen um 3,7% sank. Da höhere Subventionen den Rückgang der Nettowertschöpfung nicht ausgleichen konnten, fiel das Faktoreinkommen mit 1,1 Mrd. € um 1,1% geringer aus als 2023 (Übersicht 4).

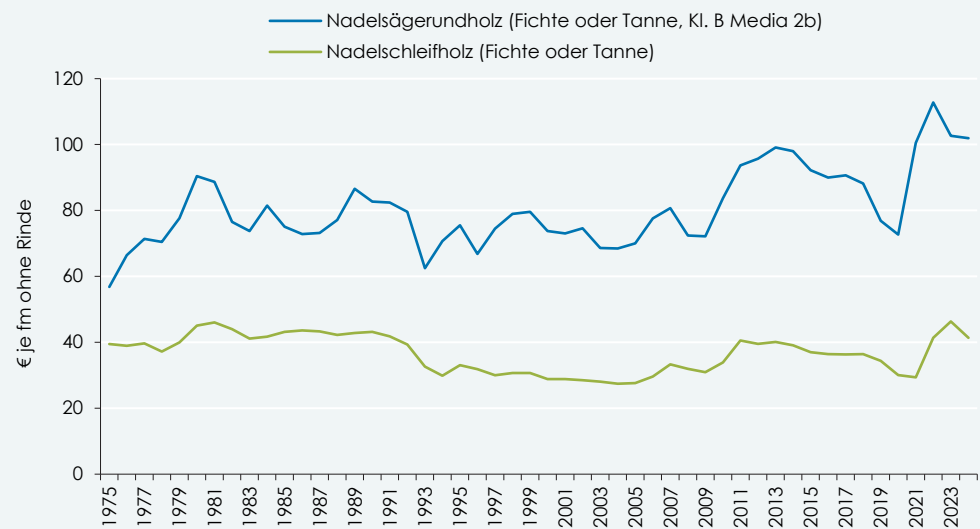
**Die Holzpreise sanken 2024 neuerlich. Das Produktionsniveau der österreichischen Forstwirtschaft war dennoch höher als 2023.**

Abbildung 4: **Holzeinschlag in Österreich**



Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen (<https://info.bml.gv.at/themen/wald/wald-in-oesterreich/wald-und-zahlen/Holzeinschlag.html>); Bundesforschungszentrum für Wald, Dokumentation der Waldschädigungsfaktoren (<https://www.bfw.gv.at/dokumentation-waldschaedigungsfaktoren/>).

Abbildung 5: Entwicklung der nominellen Holzpreise in Österreich



Q: Statistik Austria, Land- und forstwirtschaftliche Erzeugerpreise (<https://www.statistik.at/statistiken/land-und-forstwirtschaft/land-und-forstwirtschaftliche-oekonomie-und-preise/erzeugerpreise>).

#### Übersicht 4: Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen in der österreichischen Forstwirtschaft

	2020	2021	2022	2023	2024	2024
	Mio. € zu Herstellungspreisen					Veränderung
						gegen das
						Vorjahr in %
Zu Herstellungspreisen						
Erzeugung forstwirtschaftlicher Güter	1.394,3	2.032,2	2.559,6	2.533,7	2.456,0	- 3,1
Waldbäume und Forstbaumpflanzen	451,3	700,6	877,6	861,6	756,3	- 12,2
Waldbäume <sup>1)</sup>	441,8	689,2	865,8	849,0	743,0	- 12,5
Forstbaumpflanzen	9,5	11,4	11,7	12,6	13,3	+ 5,2
Rohholz	943,0	1.331,6	1.682,0	1.672,1	1.699,7	+ 1,7
Rohholz für die stoffliche Nutzung	643,9	1.055,5	1.261,2	1.118,0	1.197,7	+ 7,1
Sägerundholz	545,8	955,2	1.116,2	946,8	1.049,0	+ 10,8
Industrierundholz	98,2	100,3	145,0	171,2	148,7	- 13,2
Rohholz für die energetische Nutzung <sup>2)</sup>	299,1	276,1	420,8	554,1	502,0	- 9,4
+ Erzeugung forstwirtschaftlicher Dienstleistungen	252,7	273,6	326,6	328,6	378,4	+ 15,2
+ Nicht trennbare nichtforstwirtschaftliche Nebentätigkeiten	58,8	59,0	73,3	72,9	79,3	+ 8,8
+ Andere Produkte <sup>3)</sup>	10,2	13,1	12,1	11,1	11,4	+ 3,5
= Erzeugung des forstwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	1.715,9	2.377,9	2.971,6	2.946,2	2.925,2	- 0,7
- Vorleistungen	980,7	1.390,5	1.657,6	1.596,6	1.595,4	- 0,1
<b>= Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen</b>	<b>735,2</b>	<b>987,4</b>	<b>1.314,0</b>	<b>1.349,6</b>	<b>1.329,7</b>	<b>- 1,5</b>
- Abschreibungen	193,9	198,9	217,2	229,9	231,1	+ 0,5
<b>= Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen</b>	<b>541,3</b>	<b>788,5</b>	<b>1.096,8</b>	<b>1.119,7</b>	<b>1.098,6</b>	<b>- 1,9</b>
± Saldo sonstige Produktionsabgaben bzw. Subventionen	+ 4,4	+ 38,3	+ 38,3	+ 28,3	+ 33,8	+ 19,5
<b>= Faktoreinkommen</b>	<b>545,7</b>	<b>826,8</b>	<b>1.135,1</b>	<b>1.147,9</b>	<b>1.132,4</b>	<b>- 1,4</b>
<b>Nominelles Faktoreinkommen je JAE<sup>2)</sup></b>	<b>1.000 €</b>	<b>31,45</b>	<b>47,66</b>	<b>65,46</b>	<b>64,27</b>	<b>- 3,8</b>

Q: Statistik Austria, Forstwirtschaftliche Gesamtrechnung. Stand Juli 2025. – <sup>1)</sup> Nettozuwachs von Holz im wirtschaftlich genutzten Ertragswald. – <sup>2)</sup> Brennholz und Waldhackgut. – <sup>3)</sup> Nebennutzungen, sonstige forstwirtschaftliche Erzeugnisse.

## 6. Daten zum Preisgefüge von Lebensmitteln zeigen abnehmenden Einfluss der Agrarrohstoffpreise

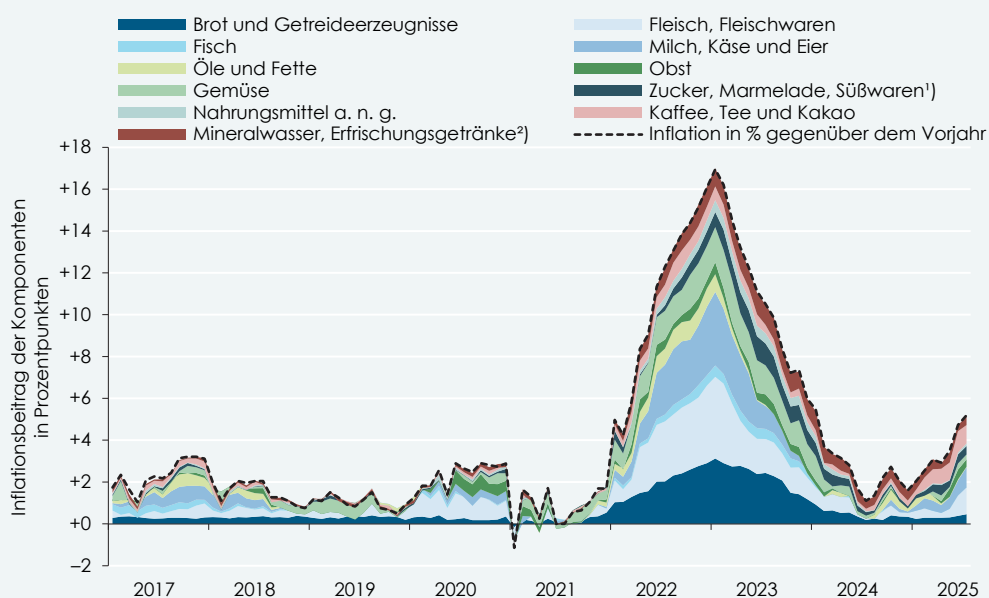
Die Verteuerung von Lebensmitteln, die sich ab 2022 stark beschleunigt hatte und 2024 wieder abgeklungen war, hat 2025 neuerlich Fahrt aufgenommen. Da Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ein hohes Gewicht im Warenkorb haben, waren die Beiträge zur Steigerung der Inflation beträcht-

lich. Vor dem rasanten Preisanstieg gab es im Jahr 2021 sogar kurze Phasen, in denen die Nahrungsmittelpreise die Inflation maßgeblich dämpften (Abbildung 6). In den Jahren 2022 bis 2024 trugen dann alle Kategorien von Nahrungsmitteln nahezu im gleichen Umfang zur Teuerung bei. Im Jahr 2025

änderte sich die Lage. Während bei Brot und Getreideerzeugnissen kaum noch Preissteigerungen zu sehen waren, verteuerten

sich Kakao, Kaffee und auch Südfrüchte empfindlich.

Abbildung 6: **Zusammensetzung der Inflation bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken**



Q: WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond; Statistik Austria, Verbraucherpreisindex (VPI bzw. HVPI). – <sup>1)</sup> Zucker, Marmelade, Honig, Schokolade, Süßwaren. – <sup>2)</sup> Mineralwasser, Erfrischungsgetränke und Säfte.

Abbildung 7 veranschaulicht anhand ausgewählter Indizes Preisentwicklungen entlang der Lieferkette, die das Preisgefüge von Lebensmitteln beeinflussen. So notierte der Index der Agrarrohstoffpreise (inländische Ware) zuletzt unter dem Niveau von 2022, und der Erzeugerpreisindex der heimischen Lebensmittelindustrie nur leicht darüber. Allerdings sind die Preise importierter Güter seither stark gestiegen und noch im Steigen begriffen. Kaffee und Kakao tragen dazu besonders bei (Abbildung 9). Sie haben sich seit Anfang 2024 beträchtlich verteuert. Die Preisanstiege sind auf die hohe internationale Nachfrage bei knappem Angebot zurückzuführen, das aus Ernteaufällen und sich verschlechternden Produktionsbedingungen folgt.

Die Verteuerung von Lebensmitteln ist nicht einfach zu erklären. Ein Verweis auf die Rohstoffpreise reicht jedenfalls nicht aus, um den Preisanstieg von Gütern im Lebensmittel Einzelhandel zu begründen. Seit dem Jahr 2022 ist es für etwa 15% der Güter, die Teil des VPI-Warenkorbes von Nahrungsmitteln sind, möglich, tiefere Einblicke in das Preisgefüge zu gewinnen, zumal die Agrarmarkt Austria seitdem Berichte zur Preistransparenz

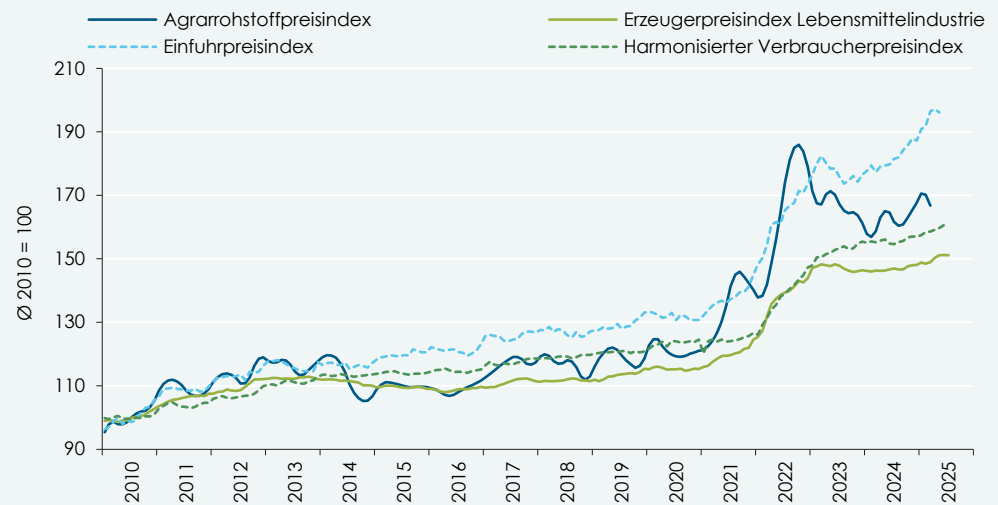
im Lebensmitteleinzelhandel veröffentlicht (Agrarmarkt Austria, 2025).

Abbildung 8 zeigt das Preisgefüge am Beispiel von Weizen und Weizenmehl. Der Rohstoff Weizen verteuerte sich zu Beginn der Beobachtungsperiode kräftig. In der Darstellung wird angenommen, dass aus 1 kg Weizen 0,7 kg Mehl hergestellt werden können. Die helle Fläche veranschaulicht die Differenz zwischen dem Weizen- und dem Mehlpreis vor Steuern im Lebensmitteleinzelhandel. Für die Jahre ab 2022 ist es möglich, die Preisdifferenz in zwei Teile zu zerlegen, da der Preis bekannt ist, zu dem der Lebensmittelhandel das Mehl von den Lieferanten bezieht. Welche Kostenkomponenten ihrerseits die Preisgestaltung der Mühlen und des Handels bestimmen, ist nicht bekannt, da weder die Lebensmittelindustrie noch der Lebensmitteleinzelhandel Kalkulationen auf Produktebene veröffentlichen und dazu in Österreich auch keine anderen Quellen verfügbar sind. In der Landwirtschaft ist die Situation anders. Anhand von Standardberechnungen ist bekannt, wie sich die Produktionskosten von Weizen zusammensetzen<sup>1)</sup>.

**In Österreich tragen steigende Lebensmittelpreise maßgeblich zur hohen Inflation bei. Eine genauere Betrachtung der einzelnen Komponenten, die zu Preisänderungen bei Lebensmitteln führen, zeigt einen abnehmenden Einfluss der Agrarrohstoffpreise.**

<sup>1)</sup> Siehe dazu <http://idb.agrarforschung.at>.

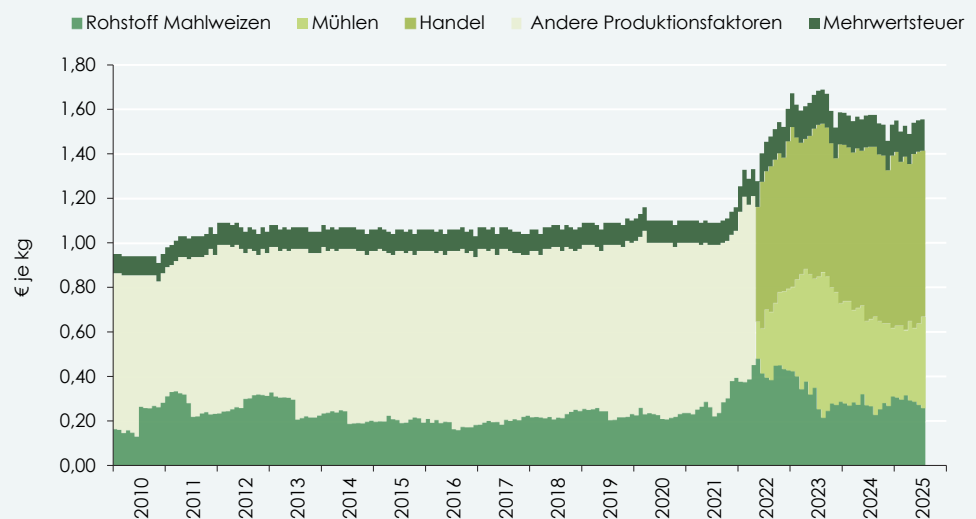
Abbildung 7: Entwicklung der Nahrungsmittelpreise entlang der Lieferkette



Q: Eurostat, Instrument zum Monitoring der Lebensmittelpreise (Daten abgerufen am 9. 9. 2025). Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel.

Abbildung 8: Zusammensetzung des Verbraucherpreises für 1 kg Weizenmehl

Vereinfachte Darstellung



Q: WIFO-Berechnungen auf Basis von Statistik Austria, Verbraucherpreisindex (VPI bzw. HVPI); Statistik Austria, Land- und forstwirtschaftliche Erzeugerpreisstatistik; Agrarmarkt Austria, Marktinformation – Milch und Milchprodukte; Agrarmarkt Austria, Bericht zur Preistransparenz im Lebensmitteleinzelhandel. Annahme: 1 kg Weizen entspricht 700 g Mehl.

Wie das Beispiel Weizenmehl veranschaulicht, sank der Anteil des Agrarrohstoffpreises am Endverbraucherpreis von knapp 30% im Jahr 2022 auf zuletzt deutlich unter 20%. Der Anteil von Transportkosten und Löhnen hat dagegen zugenommen, wobei sich die Beiträge derzeit nicht beziffern lassen, da es dazu in Österreich keine produktbezogenen Statistiken gibt.

Die österreichische Bundesregierung hat Anfang September 2025 ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Inflation

vorgestellt (Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus, 2025). Als wichtigste Maßnahmen im Bereich der Lebensmittel- und Energiepreise nennt die Pressemitteilung folgende Punkte:

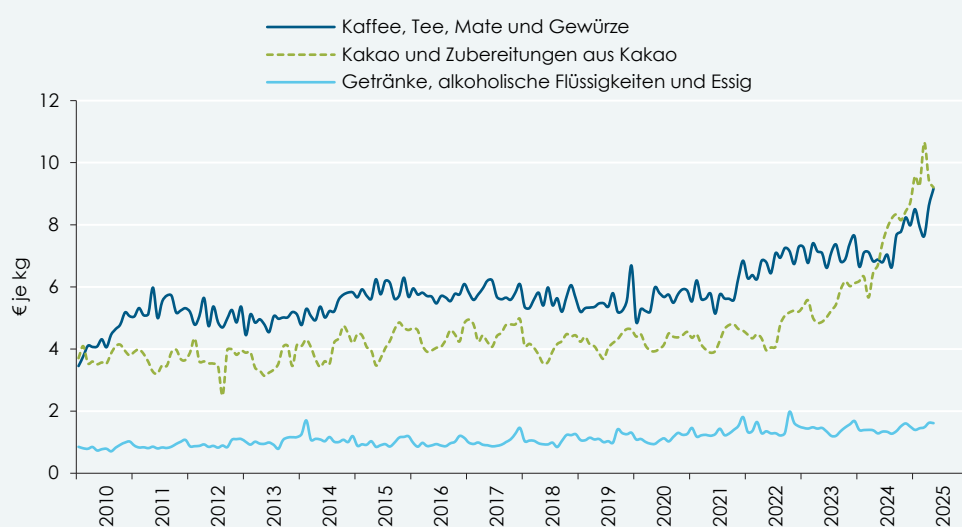
- Die Bekämpfung des sogenannten "Österreich-Aufschlags": Durch die Abschaffung territorialer Lieferbeschränkungen soll verhindert werden, dass große Lebensmittelhersteller mit entsprechender Marktmacht kleinen Ländern wie

- Österreich ungünstigere Konditionen oktroyieren;
- eine Allianz mit dem Lebensmittelhandel für faire Lebensmittelpreise, um gemeinsam Preissteigerungen entgegenzuwirken;
- verstärkte Kontrollen, um irreführende Rabatte und Preisangaben hintanzuhalten;
- die Schaffung einer gesetzlichen Kennzeichnungspflicht von Shrinkflation (versteckte Preiserhöhungen durch Mengenreduzierung), die Neuauflistung der Preiskommission sowie eine bessere Grundpreisauszeichnung;
- den Aufbau einer Preistransparenz-Datenbank entlang der Wertschöpfungskette;
- die Aufnahme von Strom und Gas ins Preisgesetz, um bei Marktversagen konsequente staatliche Eingriffe zu ermöglichen;
- einen Energiekrisenmechanismus zur Vermeidung plötzlicher Preisausschläge;

- neue Energiegesetzesvorhaben zur Senkung der Energiepreise, sowie
- die Stärkung der Wettbewerbsbehörde zur Kontrolle des Marktes.

Der Vorschlag zur Verbesserung der Preistransparenz geht in Richtung eines Preismonitorings, wie es in Frankreich bereits umgesetzt ist. Dort gibt es bereits seit über zehn Jahren ein umfangreiches Monitoring, das jährlich für eine große Zahl von Lebensmitteln die Zusammensetzung der Preise im Detail ausweist. Die Auswertungen zeichnen nicht nur die Entwicklung der Lebensmittelpreise nach, sondern schlüsseln auch die einzelnen Kostenkomponenten, die Preisänderungen erklären können, auf den verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette auf. Wie ein solches Preismonitoring auch in Österreich umgesetzt werden könnte, wurde von Renhart et al. (2024) umrissen.

Abbildung 9: Entwicklung der Einheitswerte (Unit Values) in der Einfuhr von Kaffee, Kakao und Getränken



Q: WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

## 7. Literaturhinweise

Agrarmarkt Austria (2025). Bericht zur Preistransparenz im Lebensmitteleinzelhandel. <https://www.ama.at/marktinformationen/preistransparenz/aktueller-bericht>.

Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (2025, 3. September). Gemeinsam am Aufschwung arbeiten: Wachstum und Beschäftigung, leistbare Preise und standortpolitische Maßnahmen für alle – Bundesregierung schnürt Paket für den Herbst. <https://www.bmwef.gv.at/Presse/AktuellePressemeldungen/Regierungsklausur.html>.

Renhart, A., Baumgartner, J., Pekanov, A., & Sinabell, F. (2024). Preistransparenz entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette. Entwicklung eines Konzepts einer Preisdatenbank zur Erhebung von Daten in der Lebensmittelwertschöpfungskette in Österreich. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/49731973>.

Rütten, S., & Sinabell, F. (2025). Drei Jahrzehnte Landwirtschaft und Agrarpolitik im Ländervergleich. Eine Fallstudie zu Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz. *WIFO-Monatsberichte*, 98(8), 445-455. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/61869324>.

Sinabell, F. (2024). Österreichs Landwirtschaft erlitt 2023 Einkommenseinbruch und unterliegt anhaltendem Strukturwandel. *WIFO-Monatsberichte*, 97(9), 505-517. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54820468>.

Die WIFO Reports on Austria sind englischsprachige Kurzanalysen zu ökonomischen Entwicklungen in Österreich. Es werden regelmäßig Beiträge zu den Themen Konjunktur, Wettbewerbsfähigkeit, Makroökonomie, Arbeitsmarkt, Digitalisierung, Cash-Flow und Lohnstückkosten veröffentlicht, die die wesentlichen Entwicklungen in diesen Bereichen in Österreich zusammenfassen.

**13/2025    Economic Assessments Begin to Stabilise at the Start of Summer. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of July 2025**

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

In July, the economic assessments of the companies surveyed stabilised. Economic sentiment brightened in all sectors, but remained predominantly sceptical in the manufacturing sector. Business uncertainty declined compared to the previous quarter, but remained elevated in manufacturing and construction. Capacity utilisation in these sectors improved slightly. Nevertheless, "insufficient demand" remained the most frequently cited obstacle to business activity in all sectors of the economy.

September 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62453959>

**Frühere Ausgaben****12/2025    The Quality of Economic Forecasts in Times of Extraordinary Crises**

Marcus Scheiblecker

July 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/61086045>

**11/2025    Digitalisation in Austrian Agriculture. An Overview on Current Evidence and Challenges**

Franz Sinabell

July 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60776165>

**10/2025    Austria is Slowly Returning to Growth. Economic Outlook for 2025 and 2026**

Christian Glocker, Stefan Ederer

July 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60776093>

**9/2025    Persistent Economic Weakness Weighs on the Labour Market**

Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel

June 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58970175>

**8/2025    Economic Assessments Remained Cautious in Spring. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of April 2025**

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

June 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58970098>

**7/2025    Second Year of Recession in Austria. The Austrian Economy in 2024**

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

May 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58539656>

**6/2025    Public Finances Under Substantial Consolidation Pressure. Medium-term Budget Projection 2025 to 2029**

Simon Loretz, Hans Pitlik

May 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58539595>

**5/2025    Austria is in its Third Year of Recession. Economic Outlook for 2025 and 2026**

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

May 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58429438>

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-reports-on-austria/>

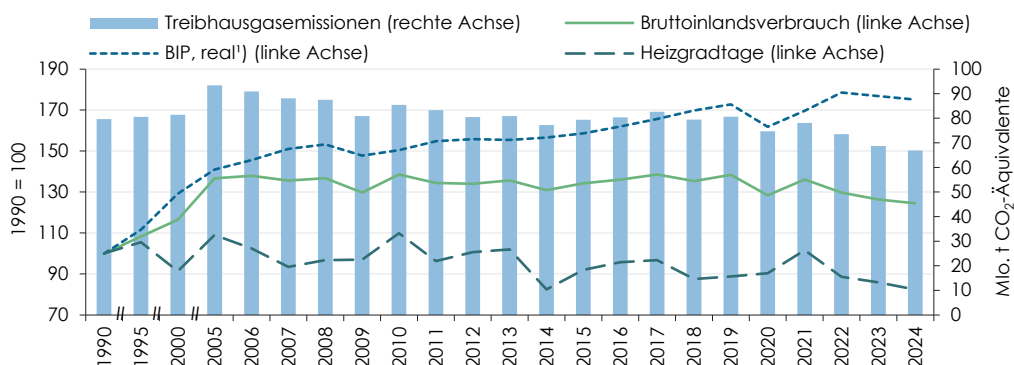
# Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2025

## Sonderthema: Die Rolle von Batteriegroßspeichern in der Energiewende

Bernhard Kasberger, Daniela Kletzan-Slamanig, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Franz Sinabell, Mark Sommer

- Im Jahr 2023 schrumpfte die österreichische Wirtschaft (BIP real  $-1,0\%$ ); auch der Energieverbrauch ( $-3,0\%$ ) und die Treibhausgasemissionen ( $-6,6\%$ ) gingen weiter zurück.
- Zuzuschreiben ist die Emissionsreduktion den anhaltend hohen Energiepreisen, der milden Witterung, den Klimaschutzmaßnahmen (Ausbau erneuerbarer Energie, Heizungstausch, CO<sub>2</sub>-Bepreisung) sowie der rückläufigen Wirtschaftsentwicklung.
- Für das Jahr 2024 prognostiziert das Umweltbundesamt eine erneute Abnahme der Emissionen um 2,6%. Dämpfend wirkte neben den Klimaschutzmaßnahmen die fortgesetzte Rezession ( $-1,0\%$ ).
- Seit 1990 hat die bewirtschaftete Ackerfläche in Österreich um etwa 85.600 ha (6%) abgenommen. Der stetige Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche gefährdet angesichts stagnierender Hektarerträge und des Bevölkerungsanstiegs die Ernährungssicherheit.
- Batteriespeicher und Photovoltaikanlagen ergänzen sich gegenseitig und machen die Energiewende kosteneffizienter. Ein klug gestalteter Regulierungsrahmen hebt das Potenzial von Batterien und ermöglicht es, den Netzausbau gezielt zu begrenzen oder zu verschieben.

### Treibhausgasemissionen, Energieverbrauch, Bruttowertschöpfung und Heizgradtage in Österreich



**"Die Reduktion der Treibhausgasemissionen war in den letzten Jahren nicht ausschließlich auf Effizienzgewinne und den strukturellen Wandel im Energiesystem zurückzuführen, sondern auch auf die Rezession."**

Im Jahr 2023 dämpfte neben den Klimaschutzmaßnahmen und der milden Witterung die Rezession den Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen. 2024 setzte sich diese Entwicklung nach vorläufigen Daten fort, allerdings verlangsamte sich der Emissionsrückgang (Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2024: Statistik Austria, vorläufige Energiebilanz 2024; Umweltbundesamt, Nahzeitprognose 2024. – 1) Referenzjahr 2015).

# Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2025

## Sonderthema: Die Rolle von Batteriegroßspeichern in der Energiewende

Bernhard Kasberger, Daniela Kletzan-Slamanig, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Franz Sinabell, Mark Sommer

### Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2025. Sonderthema: Die Rolle von Batteriegroßspeichern in der Energiewende

Das Jahr 2023 war wirtschaftlich durch Inflation und Rezession gekennzeichnet. Österreich emittierte auch aufgrund der Konjunkturlaute erneut deutlich weniger Treibhausgase als im Vorjahr (–6,6%), und auch der Energieverbrauch ging zurück (–2,5%). Ursächlich für diese Entwicklungen waren die anhaltend hohen Energiepreise infolge des Ukraine-Krieges, die milde Witterung, der Ausbau der erneuerbaren Energietechnologien sowie Verbesserungen in der Energieeffizienz der Kapitalstöcke. Der Treibhausgasausstoß erreichte mit 68,7 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten den niedrigsten Wert seit 1990. Dennoch besteht weiterhin großer Handlungsbedarf, um das österreichische Ziel der Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, insbesondere da die vorläufigen Daten für 2024 auf eine deutliche Verlangsamung der Emissionsminderungen hindeuten. Das diesjährige Sonderthema befasst sich mit dem Potenzial von Batteriegroßspeichern, zur Energiewende beizutragen, indem sie erneuerbare Erzeugungstechnologien, vor allem Photovoltaik, ergänzen. Die Kombination von Batteriespeichern und Photovoltaikanlagen kann in einem klugen Regulierungsumfeld die Strompreise glätten bzw. senken und die Erfordernisse des Netzausbaus reduzieren.

**JEL-Codes:** Q15, Q41, Q42, Q43, Q54, L94 • **Keywords:** Klimawandel, Klimapolitik, Energiepolitik, Agrarproduktion, Umweltindikatoren, Energiespeicherung, Erneuerbare Energie

**Begutachtung:** Michael Böheim • **Wissenschaftliche Assistenz:** Katharina Köberl-Schmid ([katharina.koeberl-schmid@wifo.ac.at](mailto:katharina.koeberl-schmid@wifo.ac.at)), Susanne Markytan ([susanne.markytan@wifo.ac.at](mailto:susanne.markytan@wifo.ac.at)), Dietmar Weinberger ([dietmar.weinberger@wifo.ac.at](mailto:dietmar.weinberger@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 3. 9. 2025

**Kontakt:** Bernhard Kasberger ([bernhard.kasberger@wifo.ac.at](mailto:bernhard.kasberger@wifo.ac.at)), Daniela Kletzan-Slamanig ([daniela.kletzan-slamaniq@wifo.ac.at](mailto:daniela.kletzan-slamaniq@wifo.ac.at)), Ina Meyer ([ina.meyer@wifo.ac.at](mailto:ina.meyer@wifo.ac.at)), Asjad Naqvi ([asjad.naqvi@wifo.ac.at](mailto:asjad.naqvi@wifo.ac.at)), Thomas Neier ([thomas.neier@wifo.ac.at](mailto:thomas.neier@wifo.ac.at)), Franz Sinabell ([franz.sinabell@wifo.ac.at](mailto:franz.sinabell@wifo.ac.at)), Mark Sommer ([mark.sommer@wifo.ac.at](mailto:mark.sommer@wifo.ac.at))

### Key Indicators of Climate Change and the Energy Sector in 2025. Special Topic: The Role of Grid-scale Battery Storage in the Energy Transition

The year 2023 was marked by inflation and recession. Austria again emitted significantly less greenhouse gases than in the previous year (–6.6 percent), and energy consumption also declined (–2.5 percent). This development was partly due to the economic downturn and, in addition, due to persistently high energy prices as a result of the war in Ukraine, mild weather, the expansion of renewable energy technologies, and improvements in the energy efficiency of capital stocks. Greenhouse gas emissions reached their lowest level since 1990 (68.7 million t of CO<sub>2</sub> equivalents). Nevertheless, there is still a great need for action to achieve Austria's goal of climate neutrality by 2040, especially as preliminary data for 2024 indicate a significant slowdown in emission reductions. This year's special topic deals with the potential of grid-scale battery storage to contribute to the energy transition through its complementarity with renewable generation technologies, especially photovoltaics. In a smart regulatory environment, the combination of battery storage and photovoltaics can smooth and reduce electricity prices and reduce the need for grid expansion.

Der vorliegende 18. WIFO-Bericht über die Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft dokumentiert und analysiert deren Entwicklung im Jahr 2023 und – sofern entsprechende Zahlen bereits vorliegen – im Jahr 2024. Er stützt sich auf aktuelle Daten zu den Treibhausgasemissionen in Österreich (Umweltbundesamt, 2025a, 2025b, 2025c) und den Energieflüssen laut Energiebilanz (Statistik Austria, 2024c, 2025).

Das Jahr 2023 war in Österreich wirtschaftlich durch Inflation und Rezession geprägt. Der Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen sanken erneut, allerdings ver-

langsamte sich der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr.

Die Entwicklungen in den Bereichen Energieverbrauch, Energiebereitstellung und Treibhausgasemissionen werden im Folgenden für Österreichs Gesamtwirtschaft und deren Sektoren hinsichtlich der klimapolitischen Ziele analysiert. Das diesjährige Sonderthema widmet sich dem Potenzial von Batteriespeichern, zur Energiewende beizutragen, indem sie als komplementäre Technologie die erneuerbare Energieerzeugung, insbesondere über Photovoltaik, ergänzen. Der Einsatz von Batteriespeichern ermöglicht



eine Glättung bzw. Senkung der Strompreise und erlaubt es unter der Voraussetzung eines adäquaten Regulierungsrahmens, den

erforderlichen Netzausbau zu begrenzen oder zu verschieben.

## 1. Indikatoren für Klima und Energie

### 1.1 Energetischer Bruttoinlandsverbrauch der EU 27 nahm 2023 weiter ab

2023 legte das BIP in der EU 27 im Vergleich zum Vorjahr um 0,4% zu. Der Energieeinsatz ging demgegenüber um 4,0% zurück und erreichte mit 54.427 PJ das niedrigste Niveau seit 1990. Der Rückgang war auf die weiterhin relativ hohen Energiepreise, den milden Winter sowie Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und den steigenden Anteil erneuerbarer Energieträger zurückzuführen. Der Einsatz fossiler Energieträger reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr weiter – bei Erdgas betrug der Rückgang im Durchschnitt der EU 27 15% – während der Anteil erneuerbarer Energieträger abermals zunahm und mit 24,5% am Bruttoenergie-

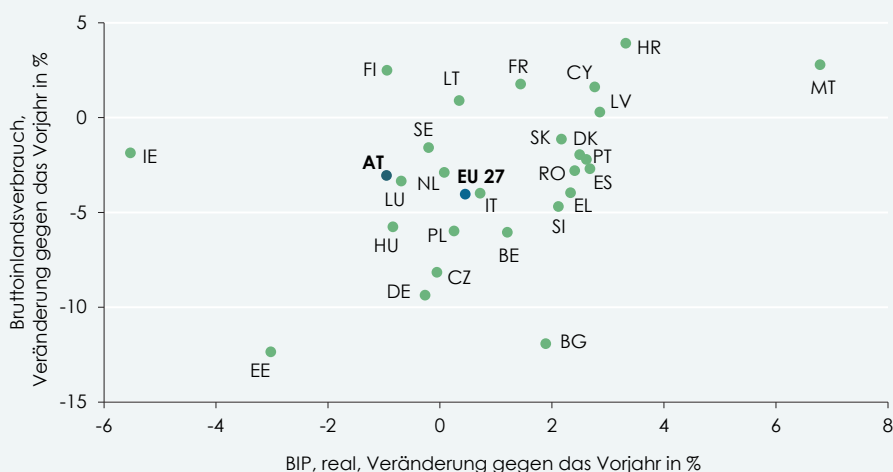
verbrauch der EU 27 um 1,5 Prozentpunkte höher war als 2022. Mit den Fortschritten der letzten drei Jahre verringerte sich der Abstand zu den für 2030 festgesetzten Energieeffizienzzielen weiter.

Ein Vergleich der Wirtschaftsentwicklung und des Energieeinsatzes auf Länderebene zeigt ein differenziertes Bild (Abbildung 1): die reale Wirtschaftsleistung stieg 2023 in zwei Dritteln der EU-Länder und schrumpfte in einem Drittel – darunter Österreich. Deutliche BIP-Zuwächse konnten neben Malta (+6,8%) auch Kroatien, Zypern und Lettland verzeichnen. Eine Verringerung des Bruttoinlandsverbrauchs an Energie gelang 20 Mitgliedsländern, allen voran Estland, Bulgarien, Deutschland und Tschechien.

**Die Wirtschaft der EU 27 wuchs 2023 nur leicht, der Energieverbrauch erreichte mit –4% gegenüber dem Vorjahr das niedrigste Niveau seit 1990.**

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsverbrauchs an Energie in Relation zur BIP-Entwicklung in den EU-Ländern

2023



Q: Eurostat.

### 1.2 Österreich: Hohe Inflation, Rezession und klimapolitische Maßnahmen dämpften 2023 die Emissionen

Österreich emittierte 2023 abermals deutlich weniger Treibhausgase als im Vorjahr (–6,6%). Über alle Sektoren hinweg betrug der Ausstoß 68,7 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente (CO<sub>2</sub>-Emissionen: 56,9 Mio. t; Abbildung 2). Das entspricht einem Rückgang von 13,7% gegenüber dem Niveau von 1990.

Ausschlaggebend für die Verringerung im Vorjahresvergleich waren die lebhafteste Inflation und die Rezession, die insbesondere im industriellen Bereich die Emissionen minder-

ten. Dämpfend wirkten auch die geringere Zahl an Heizgradtagen, der verminderte Verbrauch fossiler Energie im Gebäudesektor (Heizungstausch) und ein Rückgang des Dieserverbrauchs im Verkehrsbereich.

Für die Sektoren außerhalb des Emissionshandels gelten im Zeitraum 2021 bis 2030 nationale Höchstmengen gemäß der Effort-Sharing-Verordnung 2018/842/EU (Europäische Kommission, 2018). Im Jahr 2023 betrug die für Österreich relevante Obergrenze 45,2 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente. Die tatsächlichen Emissionen lagen mit 44,3 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten unter dem Zielwert. Auch im Emissionshandelsbereich sank der Ausstoß

**Sowohl im Bereich des Emissionshandels als auch in den durch das Klimaschutzgesetz geregelten Sektoren emittierte Österreich 2023 weniger Treibhausgase als im Jahr davor.**

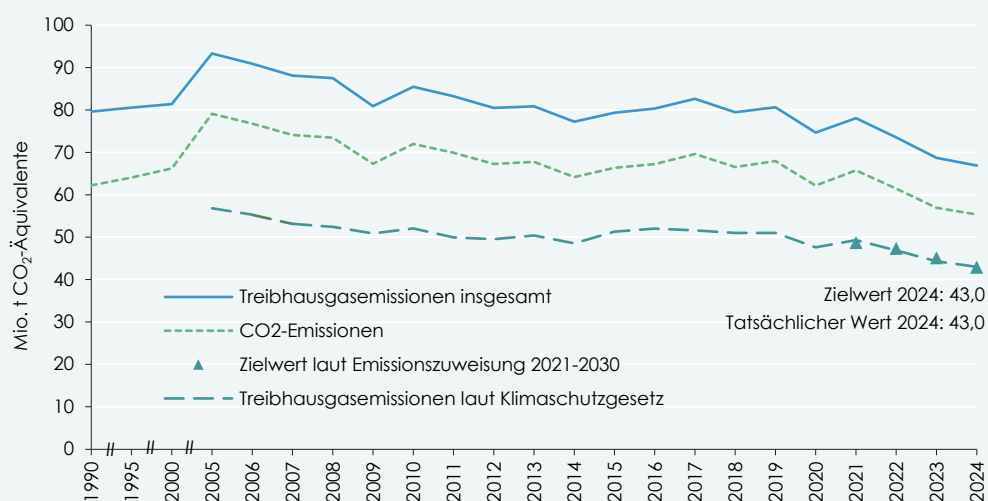
deutlich gegenüber 2022 (-2,2 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente bzw. -8,3%) und erreichte 24,4 Mio. t, wovon 6 Mio. t auf die Energieerzeugung und 18,4 Mio. t auf die Industrie entfielen. Die Reduktion folgte vor allem aus einer Abnahme der industriellen Produktion (vorrangig in den Bereichen Stahl und Roheisen, Papier, chemische Erzeugnisse sowie Zement) und dem geringeren Brennstoffeinsatz in der Energieversorgung.

2024 verringerten sich Österreichs Treibhausgasemissionen nach aktuellen Daten der

Nahzeitprognose (Nowcast) des Umweltbundesamtes um 2,6%. Damit hielt der in den Vorjahren beobachtete Rückgang zwar an, verlor jedoch merklich an Schwung<sup>1)</sup>.

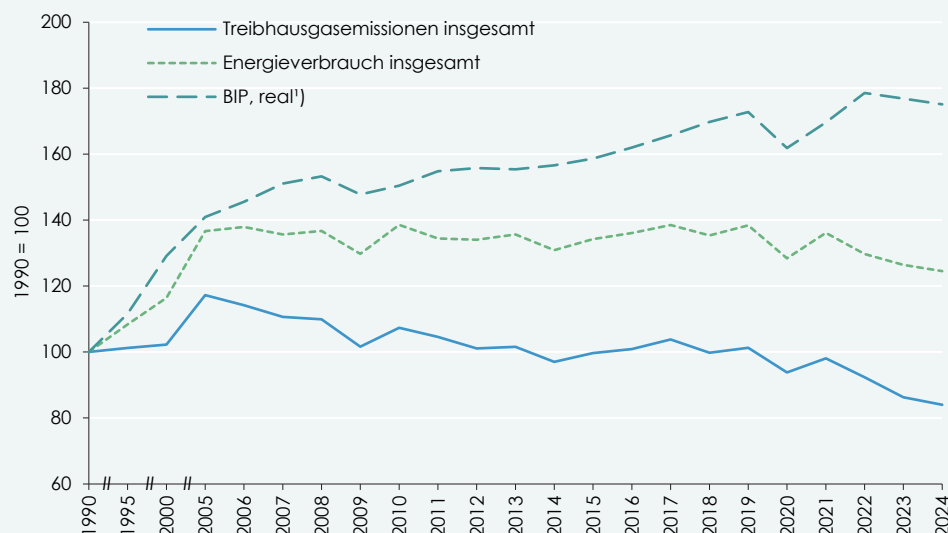
Gleiches gilt für die Emissionen laut Klimaschutzgesetz. Diese entsprachen laut Nowcast-Daten mit 43 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten genau dem für 2024 vorgegebenen Zielwert. Allerdings war auch hier der Rückgang mit -2,9% weitaus geringer als in den zwei Jahren zuvor (2022 -4,9% und 2023 -5,5%).

Abbildung 2: Treibhausgasemissionen in Österreich und Kyoto-Ziel



Q: Umweltbundesamt, Treibhausgasinventur 1990/2023. 2024: Umweltbundesamt, Nahzeitprognose 2024.

Abbildung 3: Treibhausgasemissionen und Wirtschaftswachstum in Österreich



Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2024: Statistik Austria, vorläufige Energiebilanz 2024; Umweltbundesamt, Nahzeitprognose 2024. – <sup>1)</sup> Referenzjahr 2015.

<sup>1)</sup> Dies zeigt sich auch in der Prognose der Treibhausgasemissionen des WIFO für die Jahre 2024 bis 2026 (Glocker & Ederer, 2025).

Da das heimische Bruttoinlandsprodukt auch im Jahr 2024 um 1% schrumpfte, ist die Reduktion der Treibhausgasemissionen nicht ausschließlich auf Effizienzgewinne und den strukturellen Wandel im Energiesystem zurückzuführen, sondern auch auf die schwächere wirtschaftliche Entwicklung. Auch der Energieverbrauch sank 2024 mit -1,5% nur moderat (2023 -2,5%; Abbildung 3). Dies spiegelt sich in einer leichten Abnahme der energiebedingten Emissionen um 1%, einem Rückgang der prozessbedingten Emissionen um 2,4% sowie in geringeren Emissionen des Verkehrssektors (-2,7%). Gegenüber 2023 verlangsamte sich somit der Rückgang der Emissionsintensität bezogen auf die Gesamtwirtschaft ebenso wie gemessen am Energieverbrauch.

### 1.3 Moderater Rückgang der Treibhausgasemissionen in den meisten Sektoren

Die Treibhausgasemissionen gingen 2023 in allen Sektoren zurück (Abbildung 4). Den höchsten relativen Rückgang verzeichnete der Kleinverbrauch (Gebäude und Dienstleistungen) mit 12,6%, was einer Reduktion um 1,0 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente auf 10,6% der Gesamtemissionen entsprach. Die Energiewirtschaft konnte ihre Emissionen mit -10,8% im Vorjahresvergleich ebenfalls kräftig

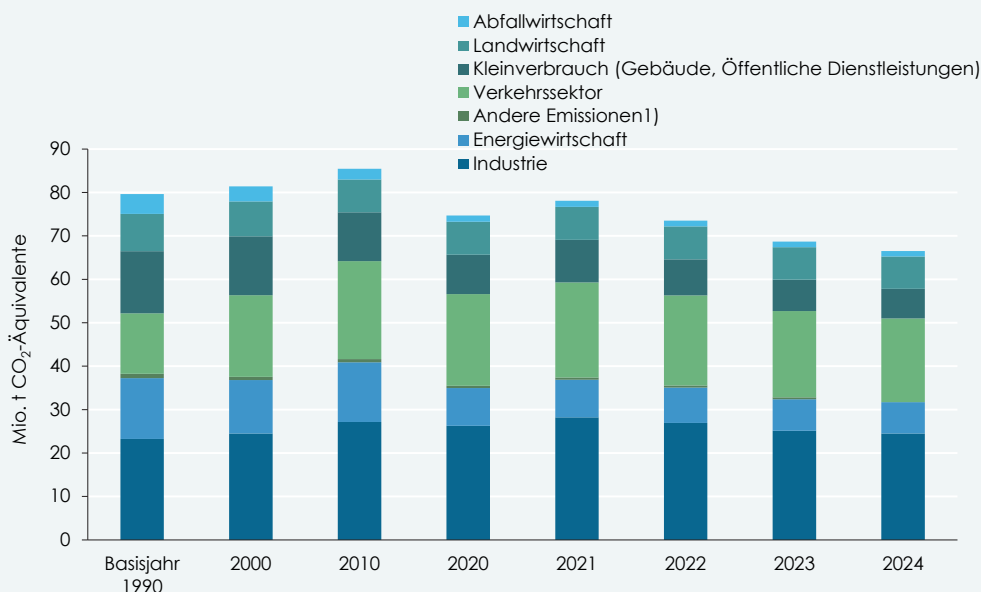
senken. In absoluten Zahlen reduzierte sich der Ausstoß der Industrie am deutlichsten (-1,8 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente bzw. -6,7%), sie blieb jedoch mit einem Anteil von über 36% der größte Emittent. Die Emissionen des Verkehrssektors nahmen um 0,9 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente (-4,4%) ab und machten 28,9% des Gesamtausstoßes aus. Seit 1990 war in Industrie (+8,0%) und Verkehr (+42,2%) ein Anstieg der Emissionen zu beobachten. Die übrigen Sektoren konnten ihren Ausstoß hingegen teils deutlich reduzieren.

2024 dürfte sich sektoral ein ähnliches Bild ergeben. Gemäß den Nowcast-Daten des Umweltbundesamtes verzeichnete die Energiewirtschaft allerdings nur einen Rückgang um 1% auf 7,2 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente, womit sich ihr Anteil auf 10,8% der Gesamtemissionen erhöhte. Der Kleinverbrauch (-6,0%), die Industrie (-2,4%) und der Verkehrssektor (-2,7%) konnten ihren Treibhausgasausstoß deutlicher senken. Auf die Landwirtschaft entfielen mit leicht steigender Tendenz 11,1% und auf die Abfallwirtschaft 1,9% der gesamten Emissionsmenge. In diesen Sektoren nahm der Ausstoß gegenüber dem Vorjahr um 0,6% bzw. 3,5% ab.

Die Emissionen sinken zwar weiter, der Rückgang verlangsamt sich allerdings.

Kleinverbrauch und Verkehr verzeichneten 2024 die stärksten Emissionsrückgänge. In der Energiewirtschaft sank der Treibhausgasausstoß kaum.

Abbildung 4: **Verursacher der Treibhausgasemissionen in Österreich**



Q: Umweltbundesamt, Treibhausgasinventur 1990/2023. 2024: Umweltbundesamt, Nahzeitprognose 2024. - 1) Militär, Fluorierte Treibhausgase, CO<sub>2</sub>-Transport und -Speicherung.

### 1.4 Industrieemissionen sinken bei rückläufiger Produktion

Die heimische Industrie emittierte 2023 abermals deutlich weniger Treibhausgase als im Vorjahr (-6,7%). Ihr Anteil an den Gesamtemissionen blieb aber annähernd stabil bei 36,5% (-0,1 Prozentpunkt). Die Abnahme der

Emissionen folgte nicht zuletzt aus dem Rückgang der industriellen Bruttowertschöpfung um 4,6%. Von den insgesamt 25,1 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten entfielen rund 15,5 Mio. t auf Prozessemissionen, die im Vorjahresvergleich um 4,6% zurückgingen – insbesondere aufgrund der geringeren Stahlproduktion.

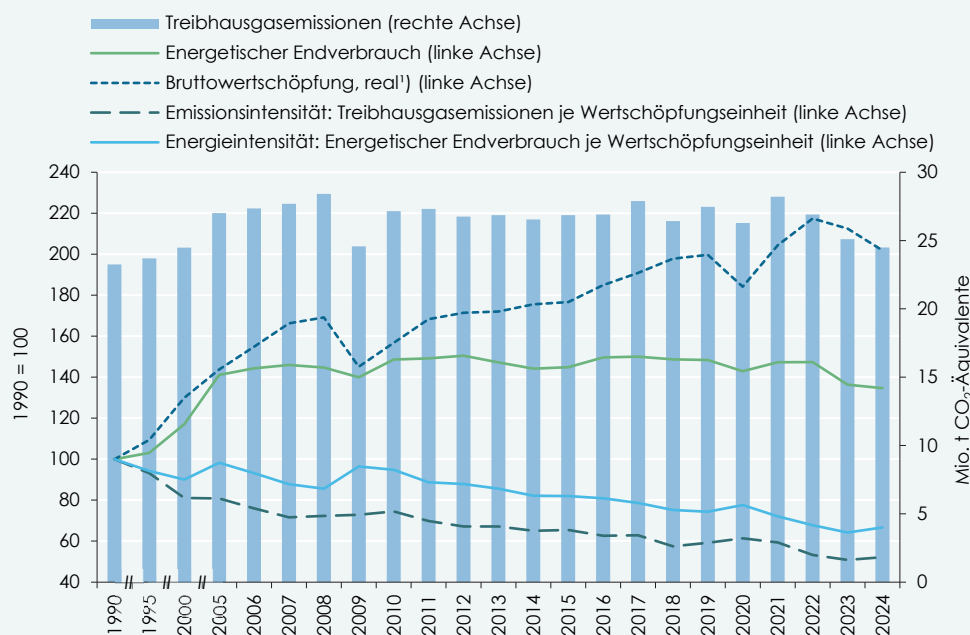
In der Industrie hält der Emissionsrückgang an, er beruht jedoch zunehmend auf einer geringeren Wertschöpfung.

Der Energieverbrauch der Industrie sank um 7,4% auf rund 291 PJ. Dies unterstreicht die Entkopplung von Energieverbrauch und Emissionen im Industriesektor, wobei die Emissionsintensität 2023 um 4,5% und die Energieintensität um 5,3% abnahm (Abbildung 5).

2024 sanken die industriellen Treibhausgasemissionen laut Umweltbundesamt weiter um 2,4% auf 24,5 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente,

während die Bruttowertschöpfung mit –5,0% mehr als doppelt so stark geschrumpft sein dürfte. Der Energieverbrauch verminderte sich nur leicht um 1,3% auf rund 287 PJ. Dadurch nahmen sowohl die Emissionsintensität (+2,7%) als auch die Energieintensität (+3,9%) wieder zu. Dies weist darauf hin, dass die Emissionsreduktion im Jahr 2024 eher von der schwächeren industriellen Aktivität als von Effizienzgewinnen getragen war.

Abbildung 5: **Treibhausgasemissionen, Energieverbrauch und Bruttowertschöpfung der Industrie**



Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2024: Statistik Austria, vorläufige Energiebilanz 2024; Umweltbundesamt, Nahzeitprognose 2024. – ¹) Sachgütererzeugung einschließlich Bergbau, zu Herstellungspreisen, Referenzjahr 2015.

**2023 gingen die Emissionen des Verkehrssektors zurück, während sein Endenergieverbrauch leicht zunahm. Diese Trends dürften sich 2024 fortgesetzt haben.**

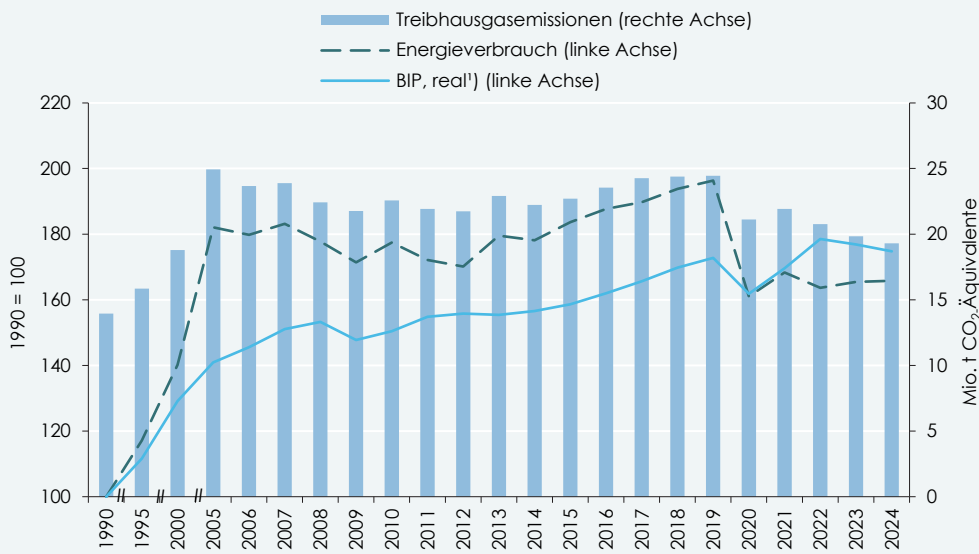
### 1.5 Rückgang der verkehrsbedingten Emissionen setzt sich fort

Die verkehrsbedingten Emissionen reduzierten sich 2023 um 4,4% auf 19,8 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente, wozu vor allem der geringere Straßenverkehr beitrug. Der Absatz von Dieselmotoren nahm insbesondere im Export mit schweren Nutzfahrzeugen ab, während der Benzinabsatz im Vergleich zu 2022 leicht anstieg (Umweltbundesamt, 2025a). Der Anteil des Verkehrs an den Gesamtemissionen erhöhte sich um 0,6 Prozentpunkte auf 28,9%. Mit 345 PJ lag der Endenergieverbrauch des Verkehrssektors um 1,1% über

dem Niveau des Vorjahres. Die Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Emissionen und des Endenergieverbrauchs ergibt sich weiterhin daraus, dass die Verbrauchsdaten den internationalen Flugverkehr enthalten, die Emissionsdaten jedoch nicht.

Für 2024 wird ein weiterer Rückgang der verkehrsbedingten Emissionen um 2,7% auf 19,3 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente prognostiziert. Der Endenergieverbrauch dürfte hingegen leicht um 0,2% auf rund 346 PJ gestiegen sein. Dadurch erhöhte sich der Anteil des Verkehrs an den Gesamtemissionen voraussichtlich auf 28,8%.

Abbildung 6: Treibhausgasemissionen und Energieverbrauch des Verkehrssektors sowie Wirtschaftswachstum in Österreich



Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2024: Statistik Austria, vorläufige Energiebilanz 2024; Umweltbundesamt, Nahzeitprognose 2024. – <sup>1)</sup> Referenzjahr 2015.

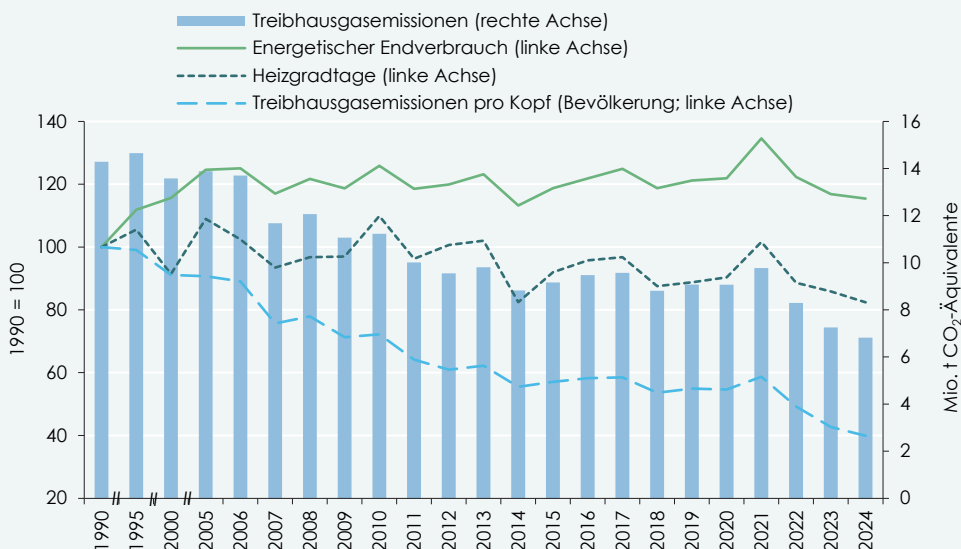
### 1.6 Treibhausgasemissionen des Kleinverbrauchs weiter rückläufig

In den Sektoren private Haushalte, Dienstleistungen und Landwirtschaft nahmen 2023 sowohl der Endenergieverbrauch als auch die Treibhausgasemissionen deutlich ab. Der energetische Endverbrauch war um 4% niedriger als im Vorjahr. Der Großteil des Minderverbrauchs entfiel auf die Raumwärmeerzeugung, für die wegen der geringeren

Zahl an Heizgradtagen (-3%) und preisbedingten Verbrauchsreduktionen weniger Energie aufgewendet wurde. Im Energiemix sank der Anteil von Gasöl spürbar von 10% auf 8%, jener von Erdgas moderat von 16,3% auf 16%. Hierfür dürfte der Heizungstausch eine Rolle gespielt haben. In der Folge nahmen die direkten Treibhausgasemissionen aus fossilen Quellen um 13% ab.

Der Anteil des für Heizzwecke eingesetzten Gasöls am Kleinverbrauch nahm 2024 deutlich ab.

Abbildung 7: Treibhausgasemissionen und Energieverbrauch von privaten Haushalten, Dienstleistungen und Landwirtschaft sowie Zahl der Heizgradtage



Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria. 2024: Statistik Austria, vorläufige Energiebilanz 2024; Umweltbundesamt, Nahzeitprognose 2024.

2024 verringerten sich der Endenergieverbrauch und die Treibhausgasemissionen das dritte Jahr in Folge. Der energetische Endverbrauch war mit 393 PJ um 5 PJ (1,2%) niedriger als 2023. Dieser Rückgang ist unerwartet schwach, zumal die Zahl an Heizgradtagen um über 4% geringer war und der Großteil der Energie (2023: 77%) für die Raumwärmeerzeugung verwendet wird. Hierbei könnten die niedrigeren Energiepreise eine Rolle gespielt haben.

Nach Energieträgern nahm insbesondere die Verwendung von Gasöl für Heizzwecke (-5 PJ), Biomasse (-3 PJ), Erdgas (-0,3 PJ) und Fernwärme (-0,2 PJ) ab. Im Bereich Umgebungswärme wurde ein Zuwachs verzeichnet (+1,8 PJ). Der Einsatz von Gasöl sank somit deutlich um über 16%, jener von Erdgas moderat um 0,5%. Folglich verringerten sich die direkten Treibhausgasemissionen aus fossilen Quellen um 6% auf 6,8 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente; die Emissionen pro Kopf schrumpften um 6,5% (Abbildung 7).

### 1.7 Treibhausgasemissionen der öffentlichen Elektrizitäts- und Fernwärmeerzeugung stagnieren

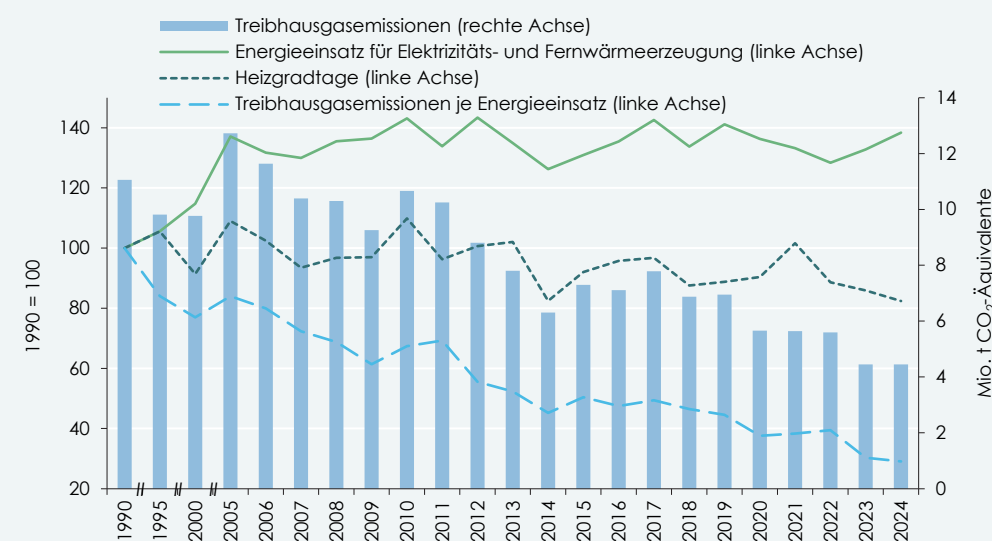
Die öffentliche Stromerzeugung im Inland stieg im Jahr 2023 auf 228 PJ (+22 PJ), wozu nach dem unterdurchschnittlichen Vorjahr insbesondere die Wasserkraft beitrug (+17% bzw. +22 PJ). Ebenso wurde mehr Strom aus Photovoltaik (+69% bzw. +9 PJ) und Windkraft (+11% bzw. +3 PJ) erzeugt, während die

Verstromung von Erdgas um 33% (-11 PJ) einbrach. Die Erzeugung öffentlicher Fernwärme lag im Jahr 2023 bei 67 PJ und ging im Vorjahresvergleich mit -7% (-5 PJ) deutlich zurück als die Zahl der Heizgradtage (-3%). Hierbei dürften auch preisbedingte Einsparungen eine Rolle gespielt haben.

2024 erreichte die öffentliche Stromerzeugung im Inland mit 282 PJ (+28 PJ) einen neuen Höchststand (laut vorläufiger Energiebilanz). Dazu trugen insbesondere Steigerungen in den Bereichen Wasserkraft (+18 PJ bzw. +11%), Windkraft (+4,4 PJ bzw. +13%) und Photovoltaik (+4,5 PJ bzw. +16%) bei. Ein Großteil des Zuwachses floss in den Nettoexport (+24 PJ), da der heimische Bedarf nur schwach wuchs (+3 PJ bzw. +1,5% gegenüber dem Vorjahr). Die Verstromung von Erdgas durch öffentliche Energieversorger war hingegen mit -5% (-1 PJ) leicht rückläufig (ENTSO-E). Die Erzeugung von Fernwärme lag im Jahr 2024 bei 79 PJ und somit nur geringfügig unter dem Vorjahresniveau (-0,8%), obwohl die Zahl der Heizgradtage um über 4% zurückging. Eine mögliche Erklärung sind geringere preisbedingte Einsparungen als 2023. Infolge der deutlich gestiegenen Stromerzeugung nahm der aggregierte heimische Energieeinsatz um geschätzt 4% zu. Die Treibhausgasemissionen der öffentlichen Elektrizitäts- und Fernwärmeerzeugung stagnierten im Jahr 2024 auf dem Vorjahresniveau, was vermutlich an einem etwas höheren Einsatz von Erdgas bzw. Erdöl in der Fernwärmeerzeugung lag (Abbildung 8).

Die Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen wurde 2024 deutlich gesteigert.

Abbildung 8: Treibhausgasemissionen und Energieeinsatz für Elektrizitäts- und Fernwärmeerzeugung der Energieversorgungsunternehmen



Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2024: Energieeinsatz laut WIFO-Schätzung auf Basis der vorläufigen Energiebilanz; Emissionen laut Umweltbundesamt, Nahzeitprognose 2024.

## 1.8 Österreich 2024 erneut Stromnettoexporteur

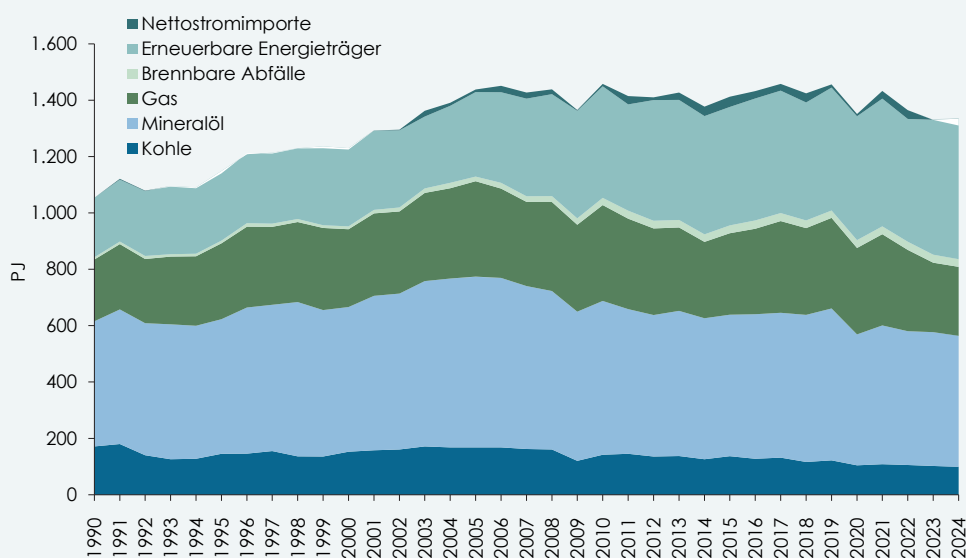
Nach einem Anstieg des Bruttoinlandsverbrauchs im Jahr 2021 um 6% sank Österreichs Energieverbrauch in den zwei folgenden Jahren (2022 -4,7%, 2023 -2,5%). Der Prognosewert der vorläufigen Energiebilanz für 2024 impliziert eine Fortsetzung des Abwärtstrends (-1,5% auf 1.310 PJ). Im Wesentlichen führte die anhaltende Konjunkturlaute, aber auch der Austausch von Gasheizungen sowie eine geringere Zahl an Heizgradtagen zu einem Rückgang des Verbrauchs von Kohle, Öl und Gas. Die deutliche Verbilligung von Erdgas hatte 2024 eine geringe Schrumpfung des Gasverbrauchs zur Folge (-1%, 2023 -14,5%). Durch den fortschreitenden Ausbau von Produktions-

kapazitäten erneuerbarer Energie war Österreich 2024 erneut Stromnettoexporteur. Der bisher deutlichste positive Saldo seit 1990 betrug 24 PJ (2023: 258 TJ).

Mengenmäßig dürfte der Energieverbrauch aus fossilen Quellen im Jahr 2024 um insgesamt 14 PJ gesunken sein, während jener aus erneuerbaren Quellen um voraussichtlich 19,8 PJ zulegen sollte. Damit sank der Anteil fossiler Energie am Gesamtverbrauch um 0,2 Prozentpunkte auf knapp 62%. Es besteht allerdings weiterhin großer Handlungsbedarf, um das österreichische Ziel der Klimaneutralität bis 2040 und die europäischen Klimaziele zu erreichen, auch vor dem Hintergrund eines möglichen Konjunkturaufschwungs in den Folgejahren.

Die anhaltende Konjunkturlaute führte 2024 zu einem Rückgang des Bruttoinlandsverbrauchs an Energie.

Abbildung 9: Bruttoinlandsverbrauch in Österreich nach Energieträgern



Q: Statistik Austria, Energiebilanz 1970-2023. 2024: vorläufige Energiebilanz 2024.

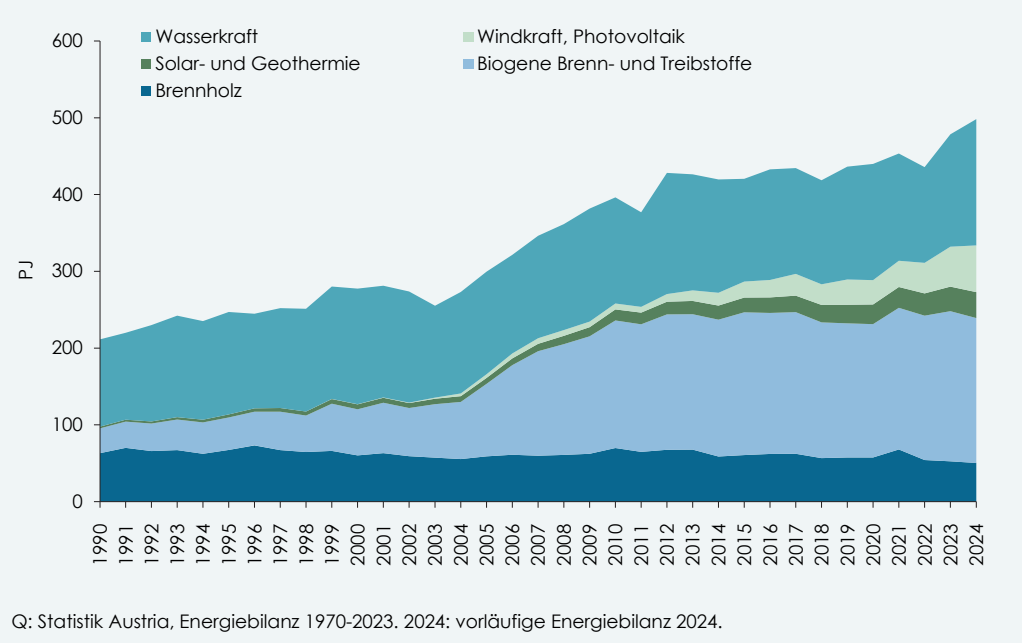
## 1.9 Bruttoinlandsverbrauch aus erneuerbaren Quellen steigt weiter

Der durch Windkraft und Photovoltaik abgedeckte Bruttoinlandsenergieverbrauch wuchs laut Nowcast 2024 um voraussichtlich 17% (2023 +31%), jener aus Solar- und Geothermie um 5,5% (2023 +10,3%). Der gesamte Bruttoinlandsverbrauch aus erneuerbaren Quellen stieg 2024 laut vorläufigen Daten um 4,1% (2023 +9,8%), was eine Verlangsamung des Ausbaus bedeutet. Biogene Brenn- und Treibstoffe blieben 2024 mit einem Anteil von 37,9% am Bruttoinlandsverbrauch die wichtigsten erneuerbaren

Energieträger, obwohl die eingesetzte Menge im Vergleich zum Vorjahr um 3,5% abnahm. An den weiteren Stellen folgen Wasserkraft mit 33%, Windkraft und Photovoltaik mit 12,2% und Brennholz mit 10,1% am Bruttoinlandsverbrauch. Der Anteil von Solar- und Geothermie lag weiter recht stabil bei 6,8%. Der anhaltende Bedeutungsgewinn erneuerbarer Energieträger unterstreicht den nachhaltigen Trend zur Dekarbonisierung, langfristig hat sich das durchschnittliche jährliche Wachstum jedoch von 3,6% (2000/2010) auf 2,2% (2011/2024) abgeschwächt.

Der Bruttoinlandsenergieverbrauch aus Windkraft und Photovoltaik sowie Solar- und Geothermie wuchs 2024 nur mäßig gegenüber dem Vorjahr.

Abbildung 10: **Bruttoinlandsverbrauch an erneuerbaren Energieträgern**



**Österreichs Einnahmen aus dem Stromexport gingen 2024 zurück, obwohl mengenmäßig deutlich mehr Strom exportiert wurde.**

### 1.10 Erneut verbesserter Außenhandelsaldo für Energie

Die nominellen Ausgaben für Energieimporte waren 2024 mit 13,4 Mrd. € um knapp ein Viertel geringer als im Vorjahr, was den Rückgang der Energiepreise widerspiegelt. Die importierte Energiemenge blieb annähernd konstant (2024: 1.050 PJ, 2023:

1.045 PJ). Am deutlichsten sanken die Ausgaben für importiertes Heizöl (-49%), Erdgas (-42%) und Strom (-38%), wobei die importierten Mengen an Heizöl und Strom um 36,5% bzw. 12,2% abnahmen und jene an Erdgas um etwa 5% zunahm. Die um 23% geringeren Ausgaben für Energieimporte sind daher hauptsächlich auf die Preisveränderungen zurückzuführen.

### Übersicht 1: Außenhandel mit Energieträgern

	Exporte				Importe				Saldo							
	2015	2022	2023	2024	2015	2022	2023	2024	2015	2022	2023	2024				
	Mio. €															
Kohle	1,8	2,1	25,0	4,8	475	1.347	1.060	617	-	473	-	1.345	-	1.035	-	612
Erdöl	0,0	0,0	0,0	0,0	3.097	3.647	4.437	4.458	-	3.097	-	3.647	-	4.437	-	4.458
Heizöl	121,0	0,0	0,0	0,0	33	87	41	21	+	88	-	87	-	41	-	21
Benzin	476,5	555,2	638,1	569,9	499	1.043	685	642	-	23	-	488	-	47	-	72
Dieselmotortreibstoff	477,9	717,4	858,7	736,4	2.177	6.168	4.093	3.432	-	1.699	-	5.450	-	3.234	-	2.695
Erdgas	314,6	1.016,6	720,1	280,0	2.701	9.207	5.027	2.858	-	2.387	-	8.191	-	4.307	-	2.578
Strom	856,9	4.506,6	4.159,0	2.850,2	1.103	4.574	2.181	1.349	-	246	-	67	+	1.978	+	1.501
<b>Insgesamt</b>	<b>2.249</b>	<b>6.798</b>	<b>6.401</b>	<b>4.441</b>	<b>10.085</b>	<b>26.074</b>	<b>17.522</b>	<b>13.376</b>	<b>-</b>	<b>7.836</b>	<b>-</b>	<b>19.276</b>	<b>-</b>	<b>11.121</b>	<b>-</b>	<b>8.935</b>
	PJ															
Kohle	0,3	0,0	0,0	2,6	119,4	105,3	104,0	101,3	-	119,1	-	105,3	-	104,0	-	98,7
Erdöl	0,0	0,0	0,0	0,0	344,6	218,3	321,6	324,7	-	344,6	-	218,3	-	321,6	-	324,7
Heizöl	21,6	11,2	16,3	17,2	0,5	1,6	0,1	0,1	+	21,1	+	9,6	+	16,3	+	17,1
Benzin	38,6	23,6	27,8	28,1	33,3	32,4	28,5	29,7	+	5,3	-	8,9	-	0,7	-	1,6
Dieselmotortreibstoff	34,0	25,1	36,6	35,5	155,6	190,1	153,2	148,7	-	121,6	-	165,0	-	116,6	-	113,2
Erdgas <sup>1)</sup>	49,4	69,8	72,1	43,9	454,4	524,6	359,6	377,3	-	405,0	-	454,9	-	287,4	-	333,4
Strom	69,6	71,6	77,8	92,5	105,8	102,9	77,6	68,1	-	36,2	-	31,3	+	0,3	+	24,4
<b>Insgesamt</b>	<b>213,4</b>	<b>201,2</b>	<b>230,7</b>	<b>219,8</b>	<b>1.213,6</b>	<b>1.175,3</b>	<b>1.044,6</b>	<b>1.049,9</b>	<b>-</b>	<b>1.000,2</b>	<b>-</b>	<b>974,1</b>	<b>-</b>	<b>813,8</b>	<b>-</b>	<b>830,0</b>

Q: Statistik Austria, Energiebilanz 1970-2023, vorläufige Energiebilanz 2024, Außenhandelsstatistik; WDS – WIFO-Daten-System. – <sup>1)</sup> In der aktuellen Energiebilanz wird der Erdgas transit durch Österreich nicht mehr ausgewiesen. Die hier abgedruckten Werte für die Ein- und Ausfuhr von Erdgas stammen aus der Außenhandelsstatistik und beinhalten auch Transit.



Die Nettoimporte an Energie stiegen 2024 um 2%. Zugleich verringerten sich die Finanzabflüsse um rund 19%; der nominelle Außenhandelsaldo für Energie blieb aber auch 2024 negativ (-8,9 Mrd. €; Übersicht 1).

Die Notwendigkeit von Energieimporten ist somit nach wie vor mit hohen Geldabflüssen in das Ausland verbunden. Neben einer Diversifizierung der Bezugsquellen und dem zügigen Ausbau erneuerbarer Energieträger kommt auch der Nutzung von Effizienzpotenzialen eine wichtige Rolle zu, um von ausländischen Lieferanten unabhängiger zu werden und die Energiesicherheit zu stärken.

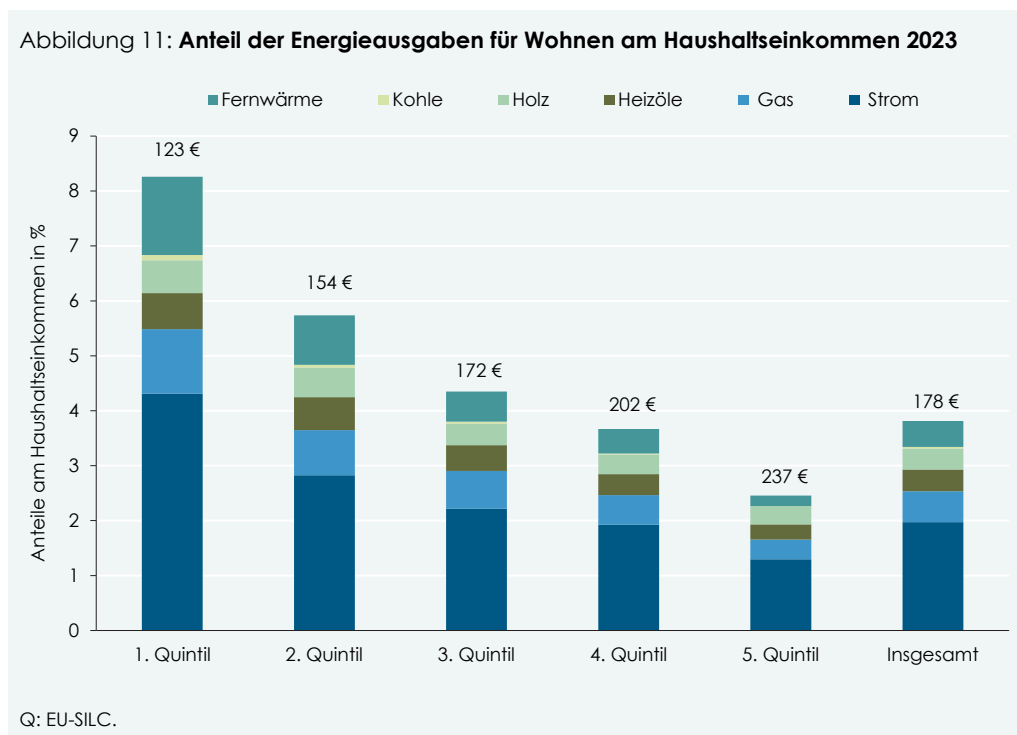
### 1.11 Energie bleibt für die privaten Haushalte ein erheblicher Kostenfaktor

Im Jahr 2023 – rezentere Daten liegen noch nicht vor – erhöhten sich die durchschnittlichen monatlichen Energieausgaben der

privaten Haushalte auf 178 €, ein Anstieg um rund 24% gegenüber dem Vorjahr (143 €). Der milde Winter und ein weiterhin sparsamer Energieverbrauch konnten die gestiegenen Preise nur teilweise kompensieren. Auffällig ist der leichte Rückgang des Anteils der Energieausgaben am Haushaltseinkommen auf durchschnittlich 3,4% (-0,1 Prozentpunkt gegenüber 2022), was auf reale Einkommenszuwächse zurückzuführen ist.

Im untersten Einkommensquintil blieb die Belastung dennoch hoch: Hier betrug der Anteil der Energieausgaben am Haushaltseinkommen 8,3% und lag somit erneut weit über dem Durchschnitt. Private Haushalte mit niedrigen Einkommen geben somit weiterhin einen überdurchschnittlich großen Teil ihres Budgets für Energie aus. Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz sind für diese Gruppen besonders wichtig, um die Kostenbelastung langfristig zu senken.

**Die Energieausgaben für Wohnen stiegen 2023 erneut, trotz rückläufigem Anteil am Einkommen.**

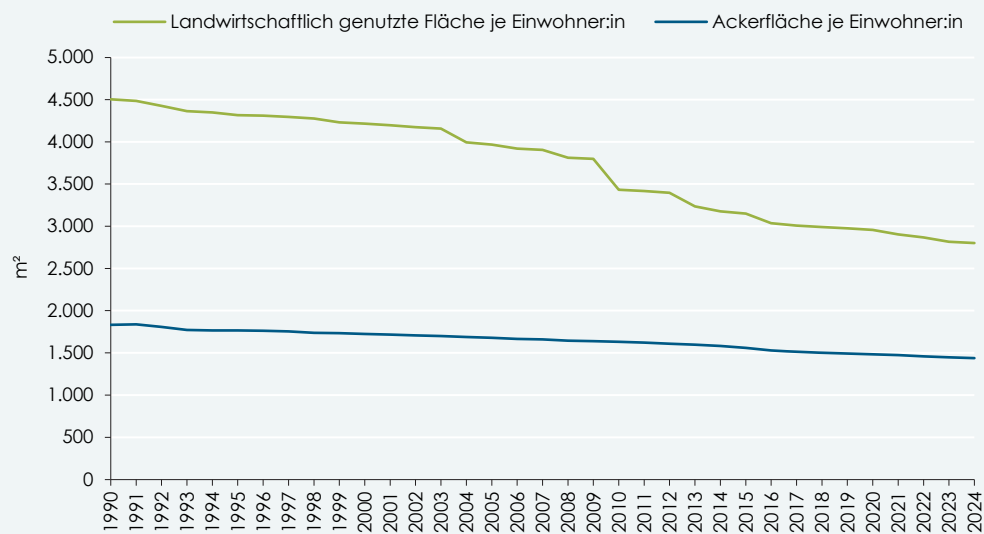


## 2. Landwirtschaftliche Produktion und Stickstoffbilanz in Österreich

Die Land- und Forstwirtschaft ist wie kaum ein anderer Sektor auf die Umwelt und die Nutzung natürlicher Ressourcen angewiesen. Neben der zentralen Rolle für die Ernährungssicherheit durch die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln stellt die Landwirtschaft zahlreiche Ökosystemdienstleistungen zur Verfügung. So trägt sie etwa durch den Kohlenstoffaufbau in lebender Biomasse und Böden zur Klimastabilität (Meyer et al., 2023) sowie zur Erhaltung der Biodiversität bei.

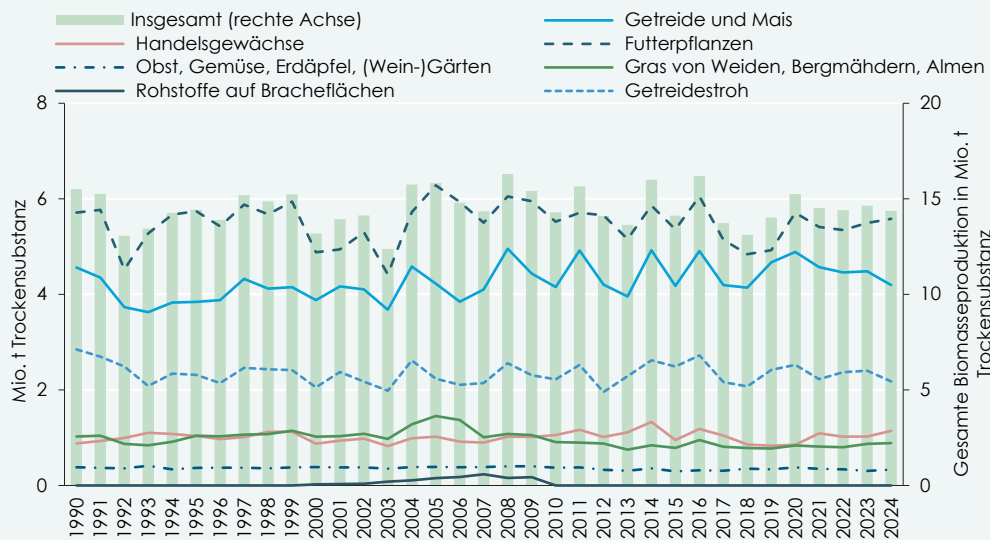
Im Jahr 2024 wurden etwa 31% (2.571.000 ha) der österreichischen Landesfläche landwirtschaftlich genutzt. Davon entfielen 1.320.800 ha (51,4%) auf Ackerland und 1.182.000 ha (46,0%) auf Dauergrünland. Den Rest stellten Dauerkulturen sowie Haus- und Nutzgärten. Seit 1990 hat die bewirtschaftete Ackerfläche in Österreich um etwa 85.600 ha (6%) abgenommen. Pro Person standen damit noch 2.801 m<sup>2</sup> für die Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung, womit die Anbaufläche um mehr als ein Drittel kleiner war als im Jahr 1990 (Abbildung 12).

Abbildung 12: **Entwicklung der landwirtschaftlichen Fläche pro Kopf**



Q: Statistik Austria (verschiedene Jahre), Anbau auf dem Ackerland, Feldfruchternte.

Abbildung 13: **Produktion von wirtschaftlich nutzbarer Biomasse durch die Landwirtschaft in Österreich**



Q: Statistik Austria (verschiedene Jahre), Anbau auf dem Ackerland, Feldfruchternte; WIFO-Berechnungen auf Basis von Buchgraber et al. (2003); DLG-Futterwerttabelle; Resch (2007). Stroh ist ein Nebenprodukt der Getreideerzeugung (ohne Mais); unterstellt wird ein einheitliches Korn-Stroh-Verhältnis von 1 : 0,9. Verlustfaktoren Futterwirtschaft gemäß Buchgraber et al. (2003).

**Die stetige Verkleinerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche gefährdet angesichts stagnierender Hektarerträge und des Bevölkerungsanstiegs die Ernährungssicherheit.**

Die Produktion von Biomasse auf Ackerland folgt aufgrund leicht steigender Hektarerträge und der Ausweitung der Maisproduktion zwar nicht dem abnehmenden Trend der Ackerfläche, stagniert allerdings seit Jahrzehnten weitgehend (Abbildung 13) bei witterungsbedingten Schwankungen. Problematisch ist dies insbesondere aufgrund des Nachfrageanstiegs infolge des Bevölkerungswachstums (Statistik Austria, 2024a). Bei unverändertem Ernährungsverhalten leistet die heimische Landwirtschaft einen immer

geringeren Beitrag zur Ernährungssicherheit, wodurch die Importabhängigkeit zunimmt.

Eine ausreichende Verfügbarkeit von Nährstoffen wie Stickstoff, Phosphor und Kalium ist für die Bodenfruchtbarkeit sowie die Produktion von Biomasse als Nahrungs- und Futtermittel und als Rohstoff für industrielle Anwendungen von zentraler Bedeutung. Mit der Abfuhr des Ernteguts werden dem Boden Nährstoffe entzogen. Für hohe Erträge von Nutzpflanzen ist es daher notwendig, diese

Nährstoffe durch Düngemittel zu ersetzen. Als Düngemittel kommen leicht lösliche mineralische oder organische Dünger (z. B. Wirtschaftsdünger, Kompost) zum Einsatz. Eine zu intensive Düngung wirkt sich jedoch negativ auf die Umwelt aus. Nährstoffe, die von Pflanzen nicht aufgenommen werden, können in Grund- und Oberflächengewässer gelangen oder – insbesondere bei Stickstoffdüngern – in Gasform in die Atmosphäre entweichen.

Die Stickstoffbilanz gemäß der von der OECD entwickelten und von Eurostat modifizierten Methode (Abbildung 14; OECD & Eurostat, 2013) berücksichtigt neben Düngemitteln auch die Synthese von Luftstickstoff über das Wurzelsystem von Pflanzen sowie die atmosphärische Deposition. Die dadurch verursachten Nährstoffeinträge werden dem Entzug durch das Erntegut gegenübergestellt. Bei einer positiven Bilanz wurde dem landwirtschaftlichen Kreislauf mehr Stickstoff zugeführt als entzogen. Mit steigendem

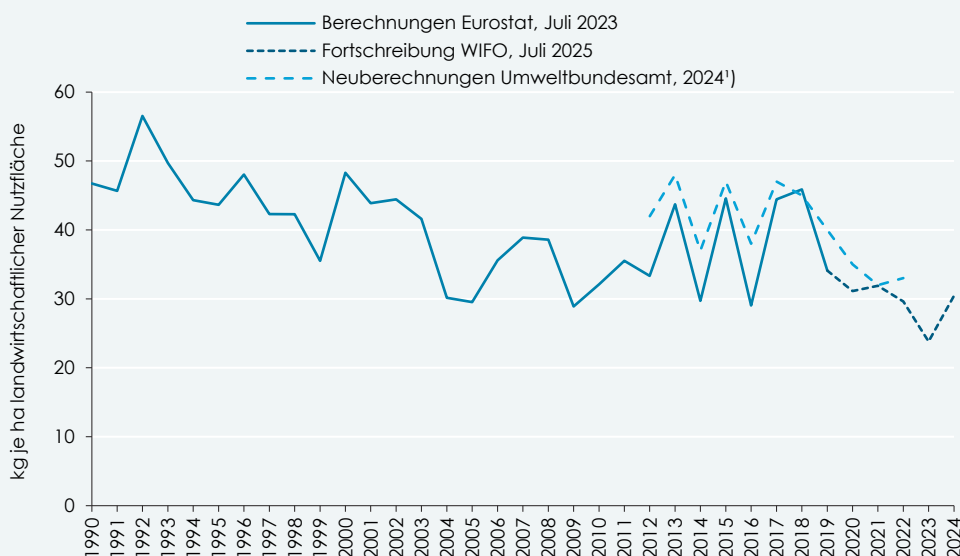
Bilanzüberschuss steigt die Gefahr unerwünschter Nebeneffekte. Eine Reduktion der Mineraldüngung ist positiv für die Umwelt und häufig auch mit wirtschaftlichen Vorteilen verbunden.

Die Menge an ausgebrachtem Stickstoffdünger ist in Österreich seit 1990 leicht rückläufig. Die jährlichen Schwankungen sind einerseits durch den zum Zeitpunkt der Düngung noch nicht absehbaren Nährstoffbedarf von Nutzpflanzen begründet. Andererseits erfasst die Statistik die am Markt abgesetzten und nicht die tatsächlich ausgebrachten Mengen.

In der aktuellen Bilanz fällt auf, dass im Jahr 2024 der Stickstoffüberschuss je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche wieder empfindlich zunahm, da wieder mehr mineralischer Dünger ausgebracht wurde. In den Vorjahren war der Einsatz infolge der Teuerung teilweise deutlich zurückgegangen.

**Stickstoff(-düngung) ist notwendig, um langfristig hohe Erträge sicherzustellen, gleichzeitig aber eine bedeutende Quelle von Emissionen.**

Abbildung 14: **Stickstoffbilanz**



Q: Eurostat, Bruttonährstoffbilanz 1990-2019 (Daten abgerufen am 22. 8. 2025, Datenstand 19. 8. 2025); Umweltbundesamt (2024), Österreichische Stickstoff- und Phosphorbilanz der Landwirtschaft nach Eurostat-Vorgaben; WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Neuberechnung für die Jahre 2000 bis 2022 im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft unter Verwendung neuer, für Österreich relevanter Nährstoff-Koeffizienten.

### 3. Sonderthema: Die Rolle von Batteriegroßspeichern in der Energiewende

#### 3.1 Einleitung

Die österreichische Stromwirtschaft durchläuft eine tiefgreifende Transformation, um bis 2030 den heimischen Strombedarf bilanziell zu 100% aus erneuerbaren Quellen decken zu können (gemäß Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz – EAG). Vollzogen wird diese Energiewende durch den Markteintritt und den Ausbau neuer Technologien, die ältere emissionsintensive Technologien – etwa

thermische Kraftwerke – schrittweise verdrängen. Insbesondere müssen Windkraft- und Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) kräftig ausgebaut werden, um die Klimaziele zu erreichen. Der resultierende Technologiemarkt bestimmt die Erzeugungskosten und damit das Preisniveau sowie die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Politisch verordnete Ausbauziele führen jedoch nicht notwendigerweise zu einem kosteneffizienten Technologiemarkt (unter Einhaltung der CO<sub>2</sub>-Ziele und Gewährleistung der

**Batteriespeicher und Photovoltaikanlagen können gegenseitig ihren Wert erhöhen und die Energiewende kosteneffizienter machen.**

Versorgungssicherheit). Daher gilt es, legislativ und regulativ einen Rahmen zu schaffen, in dem neue Technologien möglichst ohne

umverteilende Förderungen in den Markt eintreten können<sup>2</sup>).

## Die Rolle von Batteriegroßspeichern in der Energiewende

Batteriegroßspeicher sind für das Gelingen der Energiewende von zentraler Bedeutung. Sie tragen dazu bei, eine der größten Herausforderungen zu lösen: die schwankende Verfügbarkeit von Strom aus Windkraft und Photovoltaik. Indem sie überschüssige Energie bei Sonnenschein oder starkem Wind zwischenspeichern und bei hoher Nachfrage oder Flaute wieder ins Netz abgeben, erhöhen sie die Stabilität des Stromnetzes und machen die Energieversorgung sicherer. Dieser Ausgleichsmechanismus kann den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien kosteneffizienter machen und den Bedarf an teurem Netzausbau begrenzen.

### Wichtige Begriffe

**Batteriegroßspeicher** sind große, stationäre Batteriesysteme, die elektrische Energie chemisch speichern. Sie können schnell auf Schwankungen im Stromnetz reagieren.

**Pumpspeicherkraftwerke** sind eine traditionelle Form von Energiespeichern in Österreich. Sie pumpen Wasser in einen hochgelegenen Speichersee, wenn Strom günstig ist, und lassen es bei Bedarf durch Turbinen wieder ab, um Strom zu erzeugen. Obwohl sie eine ähnliche Funktion wie Batterien erfüllen (Strom speichern und bei Bedarf abgeben), werden sie im vorliegenden Beitrag als separate Technologie behandelt.

**Zwei- und Vierstundenspeicher** beschreiben die Speicherkapazität einer Batterie in Relation zu ihrer maximalen Leistung. Ein Vierstundenspeicher kann seine maximale Leistung über einen Zeitraum von vier Stunden abgeben, bevor er leer ist. Beispielsweise kann ein Speicher mit 10 Megawatt (MW) Leistung und einer Kapazität von 40 Megawattstunden (MWh) vier Stunden lang 10 MW Strom ins Netz einspeisen. Zweistundenspeicher können ihre maximale Leistung entsprechend für zwei Stunden liefern.

In den letzten Jahren wurden große technologische Fortschritte bei Batteriespeichern erzielt. Aus volkswirtschaftlicher Sicht sprechen gute Argumente dafür, dass Batteriespeicher und PV-Anlagen komplementäre Technologien sind, d. h. wechselseitig ihren Wert steigern. Einerseits erhöhen PV-Anlagen den Wert von Speichern, weil ihre schwankende Produktion Preiszyklen erzeugt, die Arbitragemöglichkeiten für Batterien schaffen. Andererseits erhöhen Batterien den Wert von PV-Anlagen, indem sie mittags günstigen Photovoltaikstrom einspeichern, der abends zu höheren Preisen verkauft werden kann. Dadurch steigen mittags die Preise und sinken abends, was zu niedrigeren Durchschnittspreisen führen kann. In gewissen Abendstunden bleiben thermische Kraftwerke dadurch abgeschaltet, was CO<sub>2</sub>-Emissionen und variable Kosten vermeidet und zusätzlich Anfahrtskosten spart. Speicher ermöglichen den Betreibern von PV-Anlagen<sup>3</sup>) außerdem, das Zeitfenster, in dem sie ihren Strom auf dem Markt anbieten, zu vergrößern, wodurch mittägliche Einspeisebeschränkungen seltener notwendig werden. Eine weitere komplementäre Technologie ist das Übertragungsnetz. In leistungsfähigen Leitungen kann günstiger Photovoltaikstrom europaweit dorthin fließen, wo die Preise höher sind (z. B. infolge anderer Wetterlagen).

Batteriespeicher können zugleich den Netzausbau ergänzen bzw. ersetzen, indem sie an kritischen Netzpunkten Engpässe abfedern.

Investitionen in solche komplementären Technologien machen es wahrscheinlicher, dass der politisch gewünschte Photovoltaik- und Windkraftausbau auch ohne Förderungen in ausreichendem Umfang erfolgt. Bei PV-Anlagen gibt es nämlich einen Kannibalisierungseffekt: Mehr Photovoltaik reduziert bei Sonnenschein die Preise, bis diese sogar negativ werden und PV-Anlagen abgeregelt werden müssen, um die Netzstabilität zu gewährleisten. Auch in diesem Zusammenhang erhöhen Batteriespeicher den Wert einzelner PV-Anlagen, weil sie durch die zusätzliche Nachfrage zu Mittag den Strompreis heben. Dadurch können höhere Photovoltaikkapazitäten auch ohne staatliche Förderungen wirtschaftlich tragfähig sein. Umgekehrt können Batterien Photovoltaik teilweise substituieren: Entladen sich Speicher bereits am späten Nachmittag, während PV-Anlagen noch einspeisen, senkt das den Strompreis und damit die Rentabilität der Anlagen. Sobald die Batterieflotte groß genug ist, um Preise messbar zu beeinflussen, kann sie somit den Wert von PV-Anlagen teilweise wieder mindern.

<sup>2</sup>) Damit sind staatliche Subventionen gemeint, die bestimmte Technologien (wie Photovoltaik oder Batteriespeicher) finanziell unterstützen, um deren Markteintritt und Ausbau zu beschleunigen. Diese Förderungen werden oft aus allgemeinen Steuermitteln oder über Abgaben auf den Strompreis finanziert und führen so zu einer Umverteilung.

<sup>3</sup>) Der Begriff umfasst im Beitrag sowohl profitorientierte, gewerbliche Akteure (z. B. Betreiber großer Solarparks), die Strom auf dem Markt handeln, als auch private Anlagenbetreiber:innen. Letztere reduzieren durch den Eigenverbrauch die aus dem Netz bezogene Strommenge, was sich auf das allgemeine Nachfrageprofil auf dem Strommarkt auswirkt.

### 3.2 Potenzial von Batteriespeichern

Die Entwicklungen auf dem Strommarkt sowie der Photovoltaikausbau der letzten Jahre haben ein Umfeld geschaffen, das Arbitrage über Stromspeicher begünstigt.

Abbildung 15 (erste Grafik) zeigt die mediane stündliche Stromnachfrage (Last) in Österreich. Die Nachfrage ist in der Früh und am Abend hoch und zu Mittag niedriger. In den Nachtstunden lag sie 2024 etwas unter dem Niveau von 2019. Dies kann möglicherweise auf Energiesparmaßnahmen und die Rezession zurückgeführt werden. Untertags hat sich das Nachfrageprofil jedoch verändert. Während es 2019 relativ flach verlief, zeigen sich für 2024 zwei ausgeprägte Spitzen um etwa 8:00 und 18:00 Uhr. Der Verlauf ist mit der Stromproduktion von PV-Anlagen erklärbar (Abbildung 15, zweite Grafik). Diese erreicht zur Mittagszeit den Höhepunkt. Die für den Eigenverbrauch produzierenden PV-Anlagen reduzieren die Nachfrage, insbesondere zu Mittag. Dadurch entstehen stärkere Schwankungen im Tagesverlauf. Der zweiten Grafik entnehmbar ist auch der deutliche Ausbau der Photovoltaikkapazitäten gegenüber 2019. So wurde im Winter 2024 selbst in 50% der Mittagsstunden mehr Photovoltaikstrom erzeugt als 2019 im Sommer.

Abbildung 15 (dritte Grafik) zeigt die Residuallast, also die Stromnachfrage nach Abzug der Produktion von Laufkraftwerken, Windrädern, Biomasse- und PV-Anlagen. Auch die Residuallast schwankte 2024 deutlicher als 2019. So kann es für Gaskraftwerke mittlerweile häufiger optimal sein, untermittags nicht mehr zu produzieren, was jedoch bedeutet, dass die Kosten der Wiederinbetriebnahme am Abend auf die marginalen Erzeugungskosten aufgeschlagen werden. Die Residuallast wird hauptsächlich durch Speicherwasserkraftwerke, Gaskraftwerke und durch Stromimporte gedeckt. Diese Technologien weisen relativ hohe Grenzkosten auf, was zu hohen Strompreisen führt, ablesbar am Börsenstrompreis (Abbildung 15, vierte Grafik). Trotz niedrigerer Nachfrage war der Strompreis 2024 deutlich höher als noch 2019. Gründe sind der höhere Erdgaspreis, gestiegene CO<sub>2</sub>-Preise, aber auch höhere Kosten für das Wiederhochfahren von thermischen Kraftwerken (sowie eventuell eine höhere Marktmacht) am Abend (Jha & Leslie, 2025). Die Preisspitzen in der Früh (um etwa 7:00 Uhr) und am Abend (um etwa 19:00 Uhr) sind ausgeprägt. Im Fünfjahresabstand war 2024 die Variabilität der Strompreise sowohl im Jahresverlauf (durch eine höhere Differenz des 3. und 1. Quartils) als auch im Tagesverlauf höher.

Abbildung 15 illustriert die Komplementarität von Photovoltaik und Batteriespeichern: der Photovoltaikzubaubau verstärkt die Preiszyklen und macht Arbitrage lukrativ. Andererseits

lassen Batterien PV-Anlagen an den hohen Strompreisen am Abend teilhaben und heben die Preise zu Mittag. Keine Komplementarität besteht dagegen mit unflexiblen Grundlasttechnologien wie Laufwasser- und Kernkraft: Deren niedrige Grenzkosten und konstante Produktion glätten die Preise und reduzieren damit die Arbitragemöglichkeiten. Werden abendliche Nachfragespitzen hingegen von schnell hochfahrbaren Gaskraftwerken gedeckt, so sind Batteriegroßspeicher eher ein Substitut. Daraus ergibt sich die wissenschaftlich und wirtschaftlich relevante Frage nach der "optimalen" Größe der Batterieflotte.

### 3.3 Aktuelle Forschungsergebnisse

Im Juli 2025 veröffentlichten der österreichische Übertragungsnetzbetreiber Austrian Power Grid (APG), Photovoltaic Austria, die Technische Universität Graz und d-fine Austria eine gemeinsame Studie, die den Bedarf an Batteriespeichern prognostiziert und die für die Kostenminimierung optimale Menge an Batteriespeichern berechnet (Wiedner et al., 2025). Im Modell minimieren Batteriespeicher mit insgesamt 8,7 GW (davon 2,7 GW an Groß- und 6 GW an Kleinspeichern) die Gesamtkosten. Dazu kommen die Pumpspeicherkraftwerke, die eine ähnliche Rolle wie Batteriespeicher spielen.

Das Modell der APG basiert auf der Annahme, dass die Kapazitäten von Batteriespeichern vollständig genutzt werden und sich die Betreiber "system- und netzdienlich" verhalten. Selbst bei perfektem Wettbewerb werden die auf Profitmaximierung ausgerichteten, preisnehmenden Speicherbetreiber allerdings nicht immer ihre gesamte Kapazität zur Verfügung stellen. Ebenso ist nicht klar, welche Kapazitäten ohne Förderungen in den Markt eintreten. Um zu verstehen, wie profitmaximierende Speicherbetreiber auf einem Markt agieren, bedarf es eines Gleichgewichtsmodells.

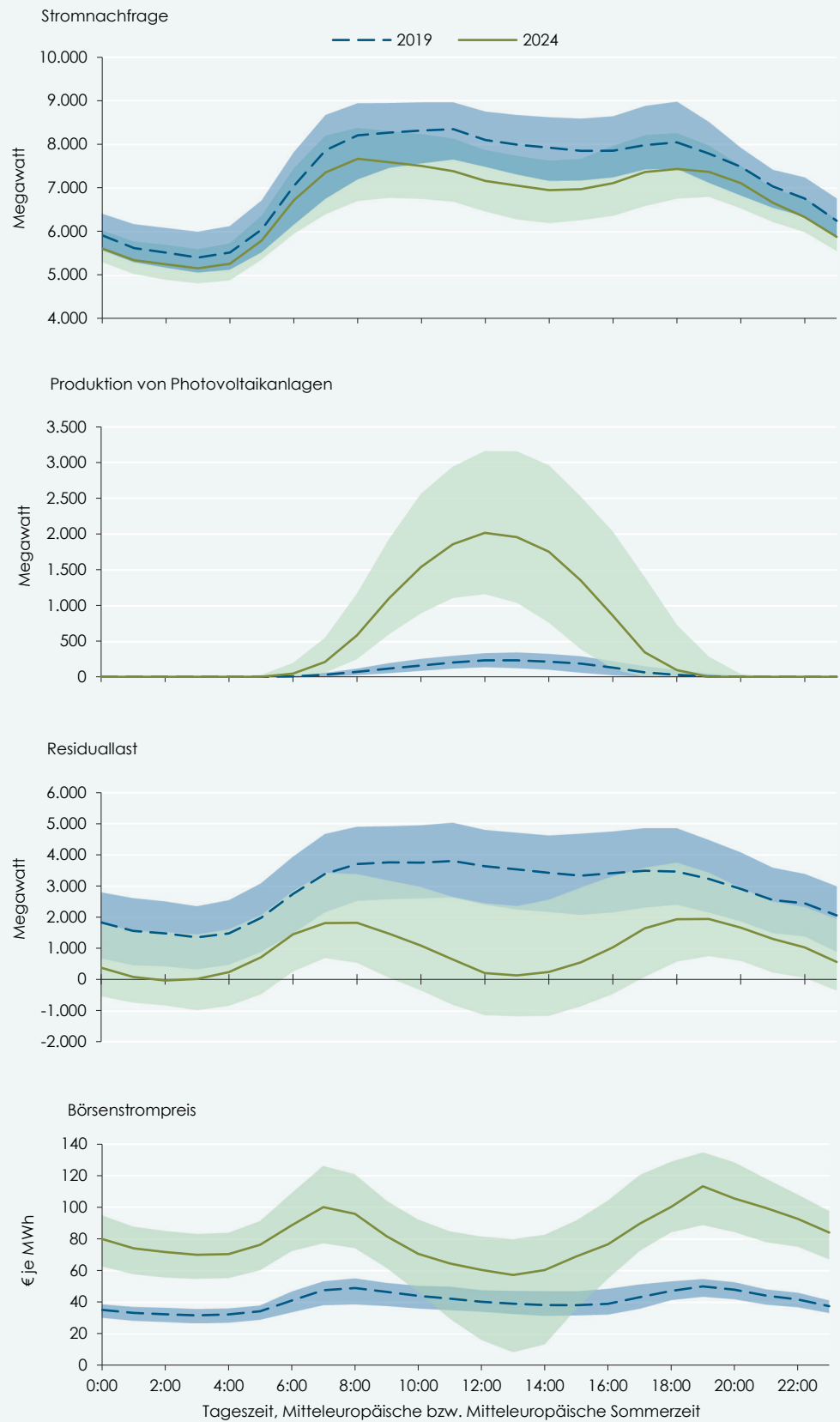
Butters et al. (2025) entwickeln und analysieren ein dynamisches Gleichgewichtsmodell auf Basis von Daten aus Kalifornien. Im Modell optimieren preisnehmende Speicherbetreiber ihren Ein- und Verkauf im Tagesverlauf. Im Gleichgewicht nimmt der Einfluss der installierten Speicherkapazität auf den Strompreis stark ab. Die ersten 5.000 MWh an Batteriespeichern verringern den durchschnittlichen Strompreis um 5,6%. Eine Erweiterung von 25.000 MWh auf 50.000 MWh mindert den Preis dagegen nur mehr um 2,6%. Thermische Kraftwerke verlegen tendenziell den Beginn ihrer Produktion von 19:00 auf 20:00 Uhr. Die Batteriespeicher schmälern die Gewinne der thermischen Kraftwerke, allerdings auch jene der PV-Anlagen, da die Batteriespeicher schon am späten Nachmittag ins Netz einspeisen und somit den Strompreis reduzieren, während PV-Anlagen noch produzieren.

**Der massive Photovoltaikausbau der letzten Jahre hat die täglichen Strompreisschwankungen deutlich vergrößert – und damit ein lukratives Umfeld für Batteriespeicher geschaffen.**

**Je mehr Speicherkapazität installiert wird, desto kleiner wird der zusätzliche preisdämpfende Effekt.**

Abbildung 15: **Tagesprofile zum österreichischen Strommarkt**

Im Median, stündlich



Q: ENTSO-E Transparency Platform; WIFO-Berechnungen. Jahresdurchschnittswerte. Die farbigen Schattierungen kennzeichnen den Bereich zwischen dem 1. und dem 3. Quartil.

In einem zweiten Schritt analysieren Butters et al. (2025) optimale Eintrittsentscheidungen, in denen Investoren die erwarteten Gewinne mit den Kapitalkosten und der erwarteten Kostensenkung für Batterien in Relation setzen. Demgemäß sorgt der Photovoltaik- und Speicherausbau allein nicht dafür, dass eine bedeutende Menge Batterien in den Markt eintritt. Eine Subvention in der Höhe von 30%, wie im "Inflation Reduction Act" vorgesehen, sollte die installierte Speicherkapazität in Kalifornien bis 2030 auf 5.000 MWh erhöhen. In der Realität verfügte der Bundesstaat bereits im Mai 2025 über eine Batteriespeicherkapazität von 15.763 MW, darunter etwa 2.500 MW hinter dem Zähler. Damit gab es ungefähr 13,3 GW an Großspeichern, was bei typischen Vierstundenbatterien einer Energiekapazität von rund 53 GWh (bei Zweistundenbatterien von etwa 26,5 GWh) entsprach. Dieser starke Ausbau wurde durch regulatorische Maßnahmen und Förderungen erreicht.

Die Ergebnisse für Kalifornien lassen sich nicht direkt auf Österreich übertragen, da die klimatischen Bedingungen unterschiedlich sind. Österreich im europäischen Strommarkt eingebunden ist und bereits bedeutende Speicherwasserkraftwerke besitzt. Gemäß einer Skalierung auf Basis der Bevölkerungszahl entsprächen den 5.000 MWh aus Butters et al. (2025) im Falle Österreichs etwa 1.125 MWh – dies ist allerdings eine grobe Schätzung und keine Prognose. Eine Gigawattstunde an Speicherkapazität würde demnach den durchschnittlichen Strompreis um 5% reduzieren. Zum Vergleich liegt die maximale Leistung der österreichischen Pumpspeicherkraftwerke derzeit bei 3.512 MW (ENTSO-E Transparency Platform). Ein abnehmender Preiseffekt bei steigender Speicherkapazität ist auch für Österreich zu erwarten.

Im Modell von Andrés-Cerezo und Fabra (2023) wurde die wohlfahrtsmaximierende Batteriespeicherkapazität so gewählt, dass die Produktionskosten minimiert werden, indem die zusätzliche Reduktion der marginalen Stromerzeugungskosten den Investitionskosten entspricht. In diesem Fall verlaufen die marginalen Kosten und somit die Strompreise über den Tag hinweg nicht vollkommen flach, da dafür die Kosten für zusätzliche Speichereinheiten gleich null sein müssten. Daher bestimmen die Kosten für

Speicher die Preisfluktuationen. Andrés-Cerezo und Fabra (2023) analysierten weiters den Einfluss der Marktmacht der Stromproduzenten. In Zeiten hoher Nachfrage wird diese stärker ausgeübt, wodurch die Preise etwa frühmorgens und abends überproportional steigen. Dies hat relativ zum Fall ohne Marktmacht höhere Investitionen in Speicher zur Folge. Bei Marktmacht werden die Preispitzen durch Batterien weniger geglättet, da die Betreiber den Effekt des eigenen Handelns auf die Preise antizipieren.

### 3.4 Regulatorische Überlegungen

Da Batteriespeicher die Strompreise glätten und senken und den Ausbau von PV-Anlagen beschleunigen können, erscheint es sinnvoll, die Erweiterung der Speicherkapazitäten zu forcieren. Um das volle Potenzial von Batteriespeichern zu heben, gilt es jedoch, wettbewerbsökonomische Aspekte zu beachten. So behandeln Andrés-Cerezo und Fabra (2023) etwa den Fall, bei dem die PV-Anlagen und die Batterien den gleichen Eigentümer haben. In diesem Fall berücksichtigt der Speicherbetreiber auch, wie sich der Betrieb des Speichers auf die Profite des Kraftwerks auswirkt. Dies kann zu niedriger Wohlfahrt führen.

Auf Netzebene sind Netzanschlussverfahren transparent und zügig zu gestalten. Werden Batterien an den richtigen Stellen positioniert, kann dies den erforderlichen Netzausbau begrenzen bzw. verbilligen. Die Rahmenbedingungen für Netzanschlussverfahren werden in Österreich von der E-Control gestaltet. Innerhalb dieses Rahmens prüft der Netzbetreiber (z. B. APG) die technische Machbarkeit. Der Standort eines Speichers wird von Gemeinden und Landesbehörden genehmigt, wobei der Netzbetreiber dem Anschluss zustimmen muss.

Ebenso erscheint es sinnvoll, den Betreibern von Photovoltaik- und Windkraftanlagen das Nachrüsten von Batterien an ihrem Netzknoten zu ermöglichen. Generell sollten neue PV-Anlagen möglichst mit Batterien ergänzt werden, um einerseits deren Betrieb zu optimieren und andererseits den Netzanschluss bestmöglich zu nutzen. In Kalifornien wurde den Energieunternehmen ein verpflichtendes Beschaffungsziel für Speicher vorgegeben (Butters et al., 2025). Das wäre auch eine Möglichkeit für Österreich.

Ein klug gestalteter Regulierungsrahmen hebt das Potenzial von Batteriespeichern und ermöglicht es, den Netzausbau gezielt zu begrenzen oder zu verschieben.

## 4. Literaturhinweise

Andrés-Cerezo, D., & Fabra, N. (2023). Storing Power: Market Structure Matters. *The RAND Journal of Economics*, 54(1), 3-53. <https://doi.org/10.1111/1756-2171.12429>.

Buchgraber, K., Resch, R., & Blashka, A. (2003). Entwicklung, Produktivität und Perspektiven der österreichischen Grünlandwirtschaft. In Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft (Hrsg.), 9. *Alpenländisches Expertenforum*, 27.-28. März 2003 (S. 9-18).

Butters, R. A., Jackson, D., & Gowrisankaran, G. (2025). Soaking up the Sun: Battery Investment, Renewable Energy, and Market Equilibrium. *Econometrica*, 93(3), 891-927. <https://doi.org/10.3982/ecta20411>.

- Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz – EAG (2021). Bundesgesetz über den Ausbau von Energie aus erneuerbaren Quellen. StF: BGBl. I Nr. 150/2021.
- Europäische Kommission (2018). Verordnung (EU) 2018/842 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 bis 2030 als Beitrag zu Klimaschutzmaßnahmen zwecks Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013.
- Glocker, C., & Ederer, S. (2025). Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück. Prognose für 2025 und 2026. *WIFO-Monatsberichte*, 98(7), 347-363. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/61122497>.
- Jha, A., & Gordon L. (2025). Start-Up Costs and Market Power: Lessons from the Renewable Energy Transition. *American Economic Review*, 115(2), 690-724. <https://doi.org/10.1257/aer.20211145>.
- Kletzan-Slamanig, D., Sinabell, F., Pennerstorfer, D., Böhs, G., Schönhart, M., & Schmid, E. (2014). *Ökonomische Analyse 2013 auf der Grundlage der Wasserrahmenrichtlinie. Datenanalyse und Ergebnisse*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4096197>.
- Meyer, I., Sinabell, F., Streicher, G., Spiegel, H., & Bohner, A. (2023). Kohlenstoffsequestrierung in Österreichs Acker- und Grünlandböden. Bedeutung und ökonomische Effekte ausgewählter Maßnahmen. *WIFO-Monatsberichte*, 96(3), 189-199. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/32282780>.
- OECD, & Eurostat (2013). *Nutrient Budgets. Methodology and Handbook*. Version 1.02. [https://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/Annexes/aei\\_pr\\_qnb\\_esms\\_an\\_1.pdf](https://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/Annexes/aei_pr_qnb_esms_an_1.pdf).
- Resch, R. (2007). *Neue Futterwerttabellen für den Alpenraum*. 34. Viehwirtschaftliche Fachtagung. Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Landwirtschaft.
- Statistik Austria (2024a). Bevölkerungsprognose 2024, Hauptvariante. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/demographische-prognosen/bevoelkerungsprognosen-fuer-oesterreich-und-die-bundeslaender>.
- Statistik Austria (2024b). *Demographisches Jahrbuch 2023*. Verlag Österreich GmbH. [https://www.statistik.at/fileadmin/user\\_upload/Demo-JB-2023\\_Web-barrierefrei.pdf](https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/Demo-JB-2023_Web-barrierefrei.pdf).
- Statistik Austria (2024c). *Energiebilanz Österreich 1970-2023*. <https://www.statistik.at/fileadmin/pages/99/AustriaDatenPublikationSHARES.ods>.
- Statistik Austria (2025). *Vorläufige Energiebilanz Österreich 2024*. <https://www.statistik.at/fileadmin/pages/99/vorlaeufigeEnergiebilanzenOesterreich2024inTerajoule.ods>.
- Statistik Austria (diverse Jahre). Anbau auf dem Ackerland. SB 1.16. <https://www.statistik.at/statistiken/land-und-forstwirtschaft/pflanzenbau/ackerbau-dauergruenland>.
- Statistik Austria (diverse Jahre). Feldfruchtenernte. SB 1.12. <https://www.statistik.at/statistiken/land-und-forstwirtschaft/pflanzenbau/ackerbau-dauergruenland>.
- Umweltbundesamt (2024). Österreichische Stickstoff- und Phosphorbilanz der Landwirtschaft nach EUROSTAT-Vorgaben. REP-0940. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0940.pdf>.
- Umweltbundesamt (2025a). *Austria's National Inventory Document 2025. Submission under the UNFCCC and under the Paris Agreement*. <https://www.umweltbundesamt.at/klima/treibhausgase/unfccc-berichtsspflicht>.
- Umweltbundesamt (2025b). *Nahzeitprognose der österreichischen Treibhausgas-Emissionen für das Jahr 2024*. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0992.pdf>.
- Umweltbundesamt (2025c). *Klimaschutzbericht 2025*. REP-0990. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0990.pdf>.
- Wiedner, V., Schreiner-Fuß, St., Immitzer, V., Alam, T., Janisch, F., Gaugl, R., Walenta, K., Labmayr, M., & Wiedemair, F. (2025). *Flexibilitäts- und Speicherbedarf im österreichischen Energiesystem. Kooperationsprojekt im Rahmen der Initiative zusammen2040*. Austrian Power Grid (APG), Bundesverband Photovoltaic Austria, Technische Universität Graz, d-fine.



Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autori:nnen wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 711/2025**    **Short and Medium-term Effects of Intangible Capital on Firm Growth. Firm Level Evidence from Austrian Microdata**  
Klaus Friesenbichler, Agnes Kügler
- 710/2025**    **Enhancing Macroeconomic Forecasts with Uncertainty-Informed Intervals**  
Christian Glocker, Serguei Kaniovski
- 709/2025**    **The Impact of Demographic Change on Spousal Caregiving and Future Gaps in Long-term Care: Microsimulation Projections for Austria and Italy**  
Philipp Warum (WIFO), Fabrizio Culotta (UNIMIB), Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Horvath (WIFO), Thomas Leoni (FH Wiener Neustadt), Pauline Pohl, Martin Spielauer (WIFO)
- 708/2025**    **The Effects of COVID-19 on Labour Market Matching in Austria: A Regional Perspective**  
Michael Christl (ULOYOLA), Aron Kiss (Europäische Kommission, GD ECFIN), Wolfgang Nagl (THD)
- 707/2025**    **Predicting the Uptake of Long-Term Care Benefits in Austria**  
Ulrike Famira-Mühlberger, Klaus Nowotny
- 706/2025**    **EU Supply Chain Regulations between Efficiency and Effectiveness**  
Gabriel Felbermayr, Klaus Friesenbichler (WIFO), Markus Gerschberger (ASCI), Birgit Meyer (WIFO), Peter Klimek (ASCI)
- 705/2025**    **Demographic Change and the Future of Austria's Long-Term Care Allowance: A Dynamic Microsimulation Study**  
Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Horvath (WIFO), Thomas Leoni (FH Wiener Neustadt), Martin Spielauer, Viktoria Szenkurök, Philipp Warum (WIFO)
- 704/2025**    **I Think What You Think: Trade Fairs and the Exchange of Firms' Beliefs**  
Anja Sebbesen, Birgit Meyer
- 703/2025**    **Everything You Always Wanted to Know About EU Membership Trade Effects but Were Afraid to Ask**  
Harald Oberhofer (WIFO), Zhenyi Wang (WU Vienna)
- 702/2025**    **Global Demand and Supply Elasticities and the Impact of Tariff Shocks**  
Asjad Naqvi
- 701/2025**    **Business Use of Online Platforms: Competition, Satisfaction and Willingness to Pay**  
Michael Peneder, Sandra Bilek-Steindl, Susanne Bärenthaler-Sieber, Julia Bock-Schappelwein, Alexandros Charos
- 700/2025**    **How Do Rising Care Needs Impact the Formal and Informal Care Sectors and Existing Inequalities? Comparing Austria and Spain**  
Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Horvath (WIFO), Thomas Leoni (FH Wiener Neustadt), Martin Spielauer, Philipp Warum (WIFO)
- 699/2025**    **The Intergenerational Homeownership Gap across Europe: an Empirical Exploration of Explanations**  
Stefan Angel (WIFO), James Gregory (Universität Birmingham)

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-working-papers/>

**11/2024** Weiterhin keine Trendwende in Österreichs Industrie und Bauwirtschaft • Konjunkturbeurteilungen bleiben unterdurchschnittlich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2024 • Österreichs Innovationsleistung im internationalen Vergleich • Stellenmeldungen an das Arbeitsmarktservice und die Rekrutierung von Arbeitslosen durch österreichische Unternehmen

**12/2024** Produktion erneut rückläufig, Erwartungen stabilisiert • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Nutzung künstlicher Intelligenz in Unternehmen • Nächtigungsnachfrage 2024 erstmals höher als vor der COVID-19-Pandemie • Emissionen entkoppeln sich von Wirtschaftsleistung. Mittelfristige Prognose des Treibhausgasausstoßes 2025 bis 2029

**1/2025** Zaghaftes Wirtschaftswachstum erschwert Budgetkonsolidierung. Prognose für 2025 und 2026 • Investitionsbereitschaft auch 2025 rückläufig. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2024 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2024 • Österreichs Industrieproduktion im internationalen Vergleich. Aktualisierung 2025

**2/2025** Noch keine Aussicht auf Konjunkturaufhellung • Konjunkturerwartungen auch zu Jahresbeginn gedämpft. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2025 • Bauwesen in Europa vor moderater Erholung. Euro-construct-Prognose bis 2027 • Erwerbstätige mit Migrationshintergrund in Wien. Beitrag zur Wirtschaft und Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt

**3/2025** Rezession in Österreich hält an • Europäische Wirtschaftspolitik 2024. Zwischen externen Schocks, strukturellen Problemen und der Notwendigkeit eines Produktivitätsschubs • Produktneueinführungen stiegen trotz stagnierender Investitionen • Digitalisierung in der österreichischen Landwirtschaft. Ein Überblick zu vorliegenden Befunden und Herausforderungen

**4/2025** Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr. Prognose für 2025 und 2026 • Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029 • Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029 • Zweites Rezessionsjahr in Österreich. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024 • Schwächere Inflationsdynamik ermöglicht Senkung der Leitzinssätze

**5/2025** Konjunktur in Österreich weiter schwach • Konjunktüreinschätzungen blieben im Frühjahr verhalten. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2025 • Hartnäckige Konjunkturschwäche belastet den Arbeitsmarkt • Exporte und Industriekonjunktur im Abschwung. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2024

**6/2025** Aufhellung der Industriekonjunktur bei anhaltend hoher Unsicherheit • Rezession traf Österreichs Regionen unterschiedlich hart. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2024 • Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen. Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029 • Zur Güte von Konjunkturprognosen in Zeiten außergewöhnlicher Krisen

**7/2025** Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück. Prognose für 2025 und 2026 • Investitionsdynamik bleibt 2025 verhalten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025 • Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025 • Wenn Beschäftigung pausiert – Temporäre Layoffs in Österreich

**8/2025** Konjunkturbelebung lässt in Österreich weiter auf sich warten • Stabilisierung der Konjunktüreinschätzungen zu Sommerbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2025 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung blieb 2024 rückläufig • Drei Jahrzehnte Landwirtschaft und Agrarpolitik im Ländervergleich. Eine Fallstudie zu Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz

**Präsident**

**Dr. Harald Mahrer**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

**Vizepräsidentin**

**Renate Anderl**, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

**Vorstand**

**Mag. Jochen Danninger (kooptiert)**, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

**Wolfgang Katzian**, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

**Georg Knill**, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

**Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Kocher (kooptiert)**, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

**Anton Matile**, Landeshauptmann von Tirol

**Kuratorium**

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Reinhard Schwendtbauer, Andreas Stangl, Michael Streb, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

**WIFO-Partner:innen**

A1 Telekom Austria AG, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische

**Direktorium**

**Direktor:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

**Stellvertretende Direktor:innen:**

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

**Ökonom:innen**

Stefan Angel, Julia Bachtröglger-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Elisabeth Fidrmuc, Marian Fink, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Bernhard Kasberger, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Agnes Kügler, Ines Kusmenko, Simon Loretz, Sergey Lychagin, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Sujata Pokhrel, Sebastian Poledna, Silvia Rocha-Akis, Simon Rütten, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Viktoria Szenkurök, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

**Wissenschaftliche Assistent:innen**

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer,

**Vizepräsidentin**

**Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin**, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

**Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

**Barbara Novak, MA (kooptiert)**, Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales der Stadt Wien

**Mag. Tobias Schweitzer (kooptiert)**, Bereichsleiter Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

**Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell**

**Mag. Harald Waiglein, MSc**, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Hagelversicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

**WIFO Associates**

Karl Aiginger, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffel, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Angela Köppl, Mario Larch, Markus Leibrecht, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Victoria Plöchl, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Moritz Uhl, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

**Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich**

Birgit Agnezy, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Thomas Haas, Claudia Hirschall, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Peter Janecek, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klozar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Gina Lanik, Thomas Leber, Sarah Ledl, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Aloisia Michl, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Klara Stan, Petra Taschner, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Ulrike Weissenlechner, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

